

Stenographisches Protokoll

61. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 20. Dezember 1972

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI: Finanzen

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Inhalt

Nationalrat

Schlußansprache des Präsidenten Benya (S. 5725)

Personalien

Krankmeldungen (S. 5670)

Ausschüsse

Zuweisung (S. 5670)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1972 (546 d. B.)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI: Kapitel 50: Finanzverwaltung, Kapitel 51: Kassenverwaltung, Kapitel 52: Öffentliche Abgaben, Kapitel 53: Finanzausgleich, Kapitel 54: Bundesvermögen, Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung), Kapitel 56: Familienlastenausgleich, Kapitel 57: Staatsvertrag, Kapitel 59: Finanzschuld, Kapitel 73: Salz (Monopol), Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol), Kapitel 75: Branntwein (Monopol), Kapitel 76: Hauptmünzamt

Spezialberichterstatter: Jungwirth (S. 5670)

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Generalberichterstatter: Troll (S. 5673)

Redner: Bundesminister Dr. Androsch (S. 5674 und S. 5714), Sandmeier (S. 5676), Dipl.-Vw. Josseck (S. 5681), Dr. Tull (S. 5684), DDr. Neuner (S. 5690), Mühlbacher (S. 5696), Peter (S. 5698), Kern (S. 5702), Dr. Pelikan (S. 5704), Hans Mayr (S. 5707), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 5711) und Dr. Koren (S. 5718)

Entschließungsanträge Peter betreffend steuerpolitische Maßnahmen für Forschungsförderung (S. 5698) und Dipl.-Ing. Zittmayr betreffend höherer pauschaler Vorsteuerabzug für die Landwirtschaft (S. 5714)

Annahme der Beratungsgruppe XI (S. 5722)

Annahme des Bundesfinanzgesetzes (S. 5722)

Annahme der vier Ausschußentschließungen E 25 bis E 28 (S. 5723)

Annahme des Entschließungsantrages Doktor Kotzina, Lukas, Dr. Schmidt (S. 5078) — E 29 (S. 5723)

Ablehnung der Entschließungsanträge Doktor Ermacora (S. 4437), Dr. Kaufmann (S. 4491), Glaser (S. 4631), DDr. König (S. 4655, S. 4752 und S. 4897), Dipl.-Ing. Hanreich, Mitterer (S. 4970), Hahn (S. 5109), Meißl (S. 5130), Dipl.-Ing. Tschida (S. 5145), Brunner (S. 5183), Hietl (S. 5206), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 5454), Dipl.-Ing. Doktor Leitner (S. 5473), Dr. Ermacora (S. 5522, S. 5523 und S. 5523), Dr. Blenk (S. 5554, S. 5555 und S. 5556), Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer (S. 5566), Wedenig (S. 5596), Kinzl (S. 5626), Dr. Scrinzi (S. 5633), Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (S. 5714) und Peter (S. 5698) — (S. 5723 bis S. 5725)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

599: Änderung des Volksbegehrensgesetzes (S. 5725)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Fiedler, Ofenböck und Genossen an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie betreffend 6. Novelle zur KDV 1967 (1030/J)

Dr. Heinz Fischer, Dr. Reinhart, Blecha und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Errichtung politikwissenschaftlicher Lehrkanzeln (1031/J)

Dr. Prader, Tödling, Suppan und Genossen an den Bundesminister für Landesverteidigung betreffend Erhöhung der Tapferkeitsmedaillenzulagen und der Kärntner Kreuz-Zulagen (1032/J)

Pansi, Stögner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend Budgetmittel für die Landwirtschaft (1033/J)

Dr. Schmidt, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Liegenschaften des Bundes auf Wiener Boden (1034/J)

Dipl.-Ing. Hanreich, Dr. Scrinzi, Meißl und Genossen an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Probleme der Müllbeseitigung (1035/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 50 Minuten

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Maleta, Dritter Präsident Probst.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Horr, Dr. Gruber, Staudinger, Dr. Schleinzer, Nittel und Fachleutner.

Zuweisung

Präsident: Die bereits als eingebracht bekanntgegebene Regierungsvorlage: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über den Schutz von Herkunftsangaben, Ursprungsbzeichnungen und sonstigen auf die Herkunft hinweisenden Benennungen landwirtschaftlicher und gewerblicher Erzeugnisse (564 der Beilagen), weise ich dem Handelsausschuß zu.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen)

Spezialdebatte

Beratungsgruppe XI

Kapitel 50: Finanzverwaltung

Kapitel 51: Kassenverwaltung

Kapitel 52: Öffentliche Abgaben

Kapitel 53: Finanzausgleich

Kapitel 54: Bundesvermögen

Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung)

Kapitel 56: Familienlastenausgleich

Kapitel 57: Staatsvertrag

Kapitel 59: Finanzschuld

Kapitel 73: Salz (Monopol)

Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol)

Kapitel 75: Brannwein (Monopol)

Kapitel 76: Hauptmünzamt

Bundesfinanzgesetz, Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes, Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes und Dienstpostenplan

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein. Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 (546 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe XI und über das Bundesfinanzgesetz selbst samt Anlagen, soweit diese noch nicht Gegenstand der Spezialdebatte waren.

Spezialberichterstatter zur Beratungsgruppe XI ist der Herr Abgeordnete Jungwirth. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Jungwirth: Herr Präsident! Hohes Haus! Im Namen des Finanz- und Budgetausschusses berichte ich über die Regierungsvorlage (460 und Zu 460 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973, Gruppe Finanzen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe XI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 am 16. November 1972 der Vorberatung unterzogen.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Budgetvoranschlag sieht bei den Kapiteln der Beratungsgruppe Finanzen an Ausgaben rund 40,7 Milliarden Schilling oder über 29 Prozent der Gesamtausgaben und an Einnahmen rund 98,0 Milliarden Schilling oder über 76 Prozent der gesamten erwarteten Einnahmen des Bundes im Jahre 1973 vor.

1. Kapitel 50 „Finanzverwaltung“

Beim Kapitel 50, welches das Bundesministerium für Finanzen, die Finanzlandesdirektionen, die Finanzämter und Zollämter, die Finanzprokuratur, das Zentralbesoldungsamt sowie sonstige zugehörige Ämter umfaßt, sind für 1973 — außer den Einnahmen aus öffentlichen Abgaben, die im Kapitel 52 dargestellt sind — Einnahmen von rund 956 Millionen Schilling gegen 735 Millionen Schilling im Voranschlag für dieses Jahr und Ausgaben von 3824 Millionen Schilling gegenüber 3244 Millionen Schilling im Budget 1972 vorgesehen.

Die Mehreinnahmen von rund 221 Millionen Schilling sind in erster Linie auf weiterhin steigende Einnahmen beim Münzregal und auf die gemäß § 7 Abs. 4 des Postsparkassengesetzes 1969 zu leistenden Ersätze zurückzuführen, die gegenüber 1972 um ungefähr 31 Millionen Schilling höher sein werden.

Die Mehrausgaben sind im wesentlichen auf Bezugserhöhungen und Teuerungszulagen sowie auf Mehrausgaben im Zusammenhang mit der EDV, auf höhere Kostenersätze an das Hauptmünzamt für Ausmünzungen und eine beträchtliche Steigerung des Aufwandes für die Entwicklungshilfe zurückzuführen. Eine Vergütung an die Oesterreichische Nationalbank wird im Jahre 1973 nicht mehr erfolgen.

2. Kapitel 51 „Kassenverwaltung“

Die Ausgaben bei Kapitel 51 liegen um rund 1683 Millionen Schilling und die Einnahmen um rund 9559 Millionen Schilling über denen des heurigen Jahres. Die starke Ausweitung des Ausgabenrahmens ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Pauschalvor-

Jungwirth

sorge für Ausgaben aus Rücklagenauflösungen abermals um 600 Millionen Schilling auf 1600 Millionen Schilling und die Pauschalvorsorge für Personalausgaben auf 330 Millionen Schilling erhöht wurden. Außerdem fallen infolge des Überganges auf das Mehrwertsteuersystem noch die Maßnahmen zur Vorratsentlastung im Ausmaße von 200 Millionen Schilling und andere damit zusammenhängende Ausgaben von fast 500 Millionen Schilling sehr ins Gewicht.

Mehreinnahmen von fast 600 Millionen Schilling ergeben sich aus den durch die höhere Veranschlagung der Ausgaben für Rücklagenauflösungen ermöglichten höheren Entnahmen an Rücklagen. Die Kassenverwaltungseinnahmen zur Vorratsentlastung, das sind die Erlöse der Sonderaktion zur Abdeckung der Zahlungen für die Vorratsentlastung, sind mit 8900 Millionen Schilling angesetzt.

3. Kapitel 52 „Öffentliche Abgaben“

Für das heurige Jahr wird eine nominelle Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes mit etwa 12 Prozent prognostiziert. Dies läßt erwarten, daß gegenüber den für 1972 präliminierten öffentlichen Abgaben Mehreinnahmen von etwa 3 Milliarden Schilling netto anfallen werden.

Für 1973 wurden auf Grund der weiterhin günstigen Konjunkturlage sowie aller sonst das Aufkommen wesentlich beeinflussenden Faktoren die öffentlichen Abgaben brutto mit rund 111,5 Milliarden Schilling veranschlagt. Das Nettoaufkommen wird mit 69,6 Milliarden Schilling erwartet.

4. Kapitel 53 „Finanzausgleich“

Das Kapitel 53 „Finanzausgleich“ weist Ausgaben von rund 2233 Millionen Schilling und Einnahmen von rund 1136 Millionen Schilling auf.

Die Ausgaben betragen 1972 fast 1700 Millionen Schilling. Die Steigerung beruht im wesentlichen auf einer Anhebung des Zuschusses zur Wiener U-Bahn-Errichtung von 150 Millionen Schilling auf 200 Millionen Schilling, auf der Gewährung von Zuschüssen nach § 36 Abs. 7 Wohnbauförderungsgesetz (30 Millionen Schilling) und nach § 10 Abs. 2 BGBL. Nr. 336/1971 (55 Millionen Schilling), Zuschüsse an Länder und Gemeinden für Fremdenverkehrsförderung (30 Millionen Schilling), für Umweltschutz (100 Millionen Schilling) und Nahverkehrsangelegenheiten (100 Millionen Schilling), Zuschüssen zur Wirtschaftsförderung (30 Millionen Schilling) sowie einer Erhöhung der Ausgaben beim Katastro-

phenfonds um mehr als 122 Millionen Schilling.

Die Verringerung der Einnahmen gegenüber 1972 ist auf den Entfall der Beiträge und Ersätze von Ländern und Gemeinden zu den Besoldungskosten an allgemein- und berufsbildenden Pflichtschulen sowie an landwirtschaftlichen Schulen auf Grund von Bestimmungen des neuen Finanzausgleichsgesetzes zurückzuführen. Dagegen ergeben sich höhere Überweisungen der Wohnbaufonds auf Grund des Wohnungsverbesserungsgesetzes und des bereits zitierten Bundesgesetzes vom 16. Juli 1971, BGBL. Nr. 336, und erhöhte Beiträge zum Katastrophenfondsgesetz.

5. Kapitel 54 „Bundesvermögen“

Hier scheinen unter anderem die Ausgaben und Einnahmen im Zusammenhang mit Kapitalbeteiligungen des Bundes, die Bundesdarlehen und deren Rückflüsse, die Haftungsanspruchnahme des Bundes sowie die Vorsorge für sonstige besondere Zahlungsverpflichtungen oder Forderungen auf. Die für 1973 vorgesehenen Gesamtausgaben liegen bei 1423 Millionen Schilling, die Einnahmen bei 1239 Millionen Schilling. Die vergleichbaren Beträge für 1972 sind bei den Ausgaben 1476 Millionen Schilling, bei den Einnahmen 1220 Millionen Schilling.

Die Verminderung bei den Ausgaben gegenüber 1972 ist hauptsächlich in geringeren Kapitalbeteiligungen des Bundes bei der Österreichischen Industrieverwaltungs-Aktiengesellschaft (—17 Millionen Schilling), der Elektrizitätswirtschaft (—27 Millionen Schilling), bei internationalen Finanzinstituten (—139 Millionen Schilling) und den sonstigen Unternehmungen (—64 Millionen Schilling) begründet. Bei den Verstaatlichten Unternehmungen ist jedoch eine Kapitalbeteiligung von rund 97 Millionen Schilling (1972 null) vorgesehen. Ferner erwachsen dem Bund im Jahre 1973 durch erhöhte Haftungsübernahmen zusätzliche Kosten.

Die Einnahmen erfahren gegenüber 1972 keine besondere Veränderung (rund 20 Millionen Schilling Mehreinnahmen).

6. Kapitel 55 „Pensionen (Hoheitsverwaltung)“

Für die Pensionen der Hoheitsverwaltung sind im Budgetentwurf 1973 Ausgaben von rund 4,7 Milliarden Schilling gegen 4,3 Milliarden Schilling im heurigen Jahr vorgesehen. Die Steigerung um rund 400 Millionen Schilling ist auf Bezugserhöhungen zurückzuführen. Der Aufwand für Ersätze an die Länder

Jungwirth

für Pensionen der Landeslehrer wird 1973 über 1,6 Milliarden Schilling betragen.

An Einnahmen sind rund 895 Millionen Schilling veranschlagt. Die Verminderung um rund 47 Millionen Schilling ist durch geringere Pensionsbeiträge bzw. Überweisungen von Pensionsträgern infolge der Leistung eines Netto-Kostenersatzes an die Länder für den Landeslehreraufwand auf Grund des neuen Finanzausgleichsgesetzes bedingt.

7. Kapitel 56 „Familienlastenausgleich“

Die Einnahmen sind mit 11.201 Millionen Schilling präliminiert, das sind um 1917 Millionen Schilling mehr als 1972. Diese Steigerung ergibt sich im wesentlichen aus Mehreinnahmen beim Dienstgeberbeitrag infolge Zunahme der Bruttoarbeitslöhne.

Die Gesamtausgaben zeigen ebenso wie die Einnahmen gegenüber dem Voranschlag 1972 von 9284 Millionen Schilling eine Zunahme um 1917 Millionen Schilling auf 11.201 Millionen Schilling. Diese Ausweitung ist vor allem eine Folge der Erhöhung der Anzahl der anspruchsberechtigten Kinder und der Erhöhung der Familienbeihilfe für jedes Kind ab 1. Jänner bzw. 1. Juli 1973, der Gewährung von Schulfahrtbeihilfen bzw. der Finanzierung der Schülerfreifahrten und Schulbücher. Die Abfuhr an den Reservefonds für Familienbeihilfen wird sich im nächsten Jahr von rund 311 Millionen Schilling auf rund 71 Millionen Schilling verringern.

8. Kapitel 57 „Staatsvertrag“

Den Ausgaben bei Kapitel 57 in Höhe von rund 80 Millionen Schilling im vorliegenden Budgetentwurf 1973 stehen Einnahmen von 116 Millionen Schilling gegenüber. 1972 betragen die Ausgaben 71 Millionen Schilling, die Einnahmen 67 Millionen Schilling.

Das Ansteigen des Voranschlages bei den Ausgaben für 1973 gegenüber 1972 ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß im Rahmen von Entschädigungsaktionen für österreichische Vermögensverluste in Italien Zahlungen von fast 37 Millionen Schilling zu leisten sind. Für die Entschädigung österreichischer Vermögensverluste in Ungarn werden jedoch nur mehr ungefähr 22 Millionen Schilling gegenüber 45 Millionen Schilling im Jahre 1972 veranschlagt.

Die Mehreinnahmen von fast 49 Millionen Schilling im Vergleich zu 1972 sind in erster Linie durch Einnahmen auf Grund des Vermögensvertrages zwischen Österreich und der Republik Italien bedingt.

9. Kapitel 59 „Finanzschuld“

In den Ausgaben beim Kapitel 59 in Höhe von rund 9360 Millionen Schilling, die geringfügig geringer sind als der Voranschlagsbetrag 1972, ist unter anderem für die Tilgung der verschiedenen Investitionsanleihen des Jahres 1972, ferner für die Verzinsung weiterer im Jahre 1972 aufgenommener Darlehen und Kredite Vorsorge getroffen. Der Aufwand für die Verzinsung von Bundesschatzscheinen ist größer als im heurigen Jahr, der Aufwand für die Tilgung von Bundesschatzscheinen aber geringer.

10. Kapitel 73 „Salz“

Bei Kapitel 73 „Salz“ sind im Voranschlag für 1973 Ausgaben von 264 Millionen Schilling (1972: 261 Millionen Schilling) und Einnahmen von rund 255 Millionen Schilling (1972: rund 265 Millionen Schilling) vorgesehen.

Die Mehrausgaben gegenüber dem laufenden Jahr sind in erster Linie auf Bezugserhöhungen zurückzuführen. Die etwas geringeren Einnahmen hängen mit der Einführung der Mehrwertsteuer zusammen.

11. Kapitel 74 „Glücksspiele“

Bei Kapitel 74 „Glücksspiele“ sind im Budgetvoranschlag 1973 Ausgaben von rund 580 Millionen Schilling (1972: 539 Millionen Schilling) und Einnahmen von rund 646 Millionen Schilling (1972: 598 Millionen Schilling) vorgesehen.

Die Vermehrung bei den Einnahmen und Ausgaben ergibt sich in erster Linie bei der Klassenlotterie und beim Sporttoto.

12. Kapitel 75 „Branntwein“

Bei Kapitel 75 „Branntwein“ sind im Budgetentwurf für das kommende Jahr Ausgaben von 232 Millionen Schilling (1972: 242 Millionen Schilling) und Einnahmen von 791 Millionen Schilling (1972: 706 Millionen Schilling) vorgesehen.

Die etwas geringeren Ausgaben sind in erster Linie dadurch bedingt, daß mit dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes 1972 diese Steuer nicht mehr in der voranschlagswirksamen Verrechnung des Monopols aufscheint.

Die Mehreinnahmen wurden auf Grund des zu erwartenden größeren Absatzes an Spiritus und des höheren Verkaufspreises für Extraprimasprit zur Trinkbranntweinerzeugung präliminiert.

Jungwirth**13. Kapitel 76 „Hauptmünzamt“**

Die Betriebsausgaben des Hauptmünzamtes sind im Voranschlag 1973 mit 383 Millionen Schilling (1972: 311 Millionen Schilling), die Betriebseinnahmen mit 408 Millionen Schilling (1972: 336 Millionen Schilling) angesetzt.

Bei den Ausgaben fällt vor allem der Mehraufwand für Münzmaterial ins Gewicht. Bei den Einnahmen werden besonders wegen der vermehrten Ausprägung österreichischer Scheidemünzen höhere Einnahmen bei den Ersätzen für Ausmünzungen für Rechnung des Bundes erwartet.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Mussil, Dr. Broesigke, Lanc, Sandmeier, Dr. Neuner, Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr, Weisz, Hahn, Kern, Mühlbacher, Dr. Pelikan, Steiner, Nittel und Suppan. Bundesminister für Finanzen Doktor Androsch nahm zu den in der Debatte aufgeworfenen Fragen Stellung.

Bei der Abstimmung wurden die finanzielles gesetzlichen Ansätze der in gegenständlicher Beratungsgruppe zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Lanc und Genossen angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 50: Finanzverwaltung,
dem Kapitel 51: Kassenverwaltung,
dem Kapitel 52: Öffentliche Abgaben,
dem Kapitel 53: Finanzausgleich,
dem Kapitel 54: Bundesvermögen,
dem Kapitel 55: Pensionen (Hoheitsverwaltung),

dem Kapitel 56: Familienlastenausgleich,
dem Kapitel 57: Staatsvertrag,
dem Kapitel 59: Finanzschuld,
dem Kapitel 73: Salz (Monopol),
dem Kapitel 74: Glücksspiele (Monopol),
dem Kapitel 75: Branntwein (Monopol) und
dem Kapitel 76: Hauptmünzamt

samt dem zu den Kapiteln 50 und 54 gehörenden Konjunkturausgleich-Voranschlag des Bundesvoranschlages für das Jahr 1973 (460 der Beilagen) mit der dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderung wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Danke. Ich bitte nun den Generalberichterstatter, Herrn Abgeordneten Troll, um seinen Bericht.

Generalberichterstatter Troll: Hohes Haus! Ich habe nunmehr über das Bundesfinanzgesetz, die beiden Systemisierungspläne und den Dienstpostenplan zu berichten. Hinsichtlich der Details darf ich auf meinen ausführlichen schriftlichen Bericht verweisen.

Das Bundesfinanzgesetz wurde vom Ausschuß unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages der Abgeordneten Lanc, Doktor Mussil und Dr. Broesigke mit Stimmenmehrheit angenommen.

Dadurch ergaben sich im einzelnen Änderungen der im Art. I angeführten Schlusssummen, doch sind diese Änderungen lediglich die logische Konsequenz jener Anträge, die zum Bundesvoranschlag angenommen wurden.

Weiters wurde dem Art. III Abs. 5 eine neue Z. 8 angefügt, die für eine in Aussicht genommene Änderung des Prämiensparförderungsgesetzes Vorsorge trifft. Zur Gewährleistung, daß im Falle des Inkrafttretens der Novelle im Jahre 1973 die hiefür aus dem Bundeshaushalt erforderlichen Mittel bereitgestellt werden können, ist die gegenständliche Ergänzung des Art. III Abs. 5 des Bundesfinanzgesetzes 1973 vorgesehen. Wegen der letzten Endes doch sehr schwierig schätzbarer Höhe dieser Mehrausgaben empfiehlt es sich nicht, den Ausgabenansatz des Bundesvoranschlages 1973 um einen bestimmten Betrag zu erhöhen. Durch Aufnahme einer entsprechenden Maximal-Überschreitungsermächtigung in den Text des Bundesfinanzgesetzes kann das gleiche Ergebnis erzielt werden.

Schließlich erhielt Art. X Abs. 2 a eine neue Fassung. Dieser enthält nämlich Bestimmungen über die Veräußerungen von beweglichem Bundesvermögen durch Schenkung. Von den Bundesdienststellen nicht mehr benötigte Sachgüter werden vorerst im Rahmen des Sachgüteraustausches des Bundes anderen Bundesdienststellen angeboten. Liegt kein Bedarf in der gesamten Bundesverwaltung vor, sollen diese Sachgüter zum Verkauf angeboten werden. Da jedoch ein Käufer für diese Sachgüter sehr oft nur schwer feststellbar ist beziehungsweise Kosten entstehen können, die den Erlös aus dem Verkauf übersteigen, wurden die diesbezüglichen Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes neu gefaßt. Auf Grund dieser Neufassung können die gegenständlichen Sachgüter, wenn die angeführten Bedingungen gegeben sind, unentgeltlich an andere Rechts-

5674

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Troll

träger, in der Regel karitative oder gemeinnützige Institutionen, abgegeben werden.

Der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes wurde unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes wurde unter Berücksichtigung eines Abänderungsantrages des Abgeordneten Lanc mit Stimmenmehrheit angenommen. Der erwähnte Abänderungsantrag des Abgeordneten Lanc enthielt folgende Begründung:

„Die fortschreitende systematische Erfassung und der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen in den einzelnen Verwaltungszweigen des Bundes hat im Zusammenhang mit der Vorbereitung vom Gesamtkonzept in diesen einzelnen Verwaltungsbereichen zu der Feststellung geführt, daß im Bereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zehn kleinere Datenverarbeitungsanlagen und im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst drei kleinere Datenverarbeitungsanlagen bereits vorhanden sind, die jedoch infolge Unklarheit der Rechtsverhältnisse bzw. unklarer Vorstellungen über die Grundsätze für die Erfassung im Systemisierungsplan in die Regierungsvorlage nicht aufgenommen worden sind, wiewohl sie bereits seit langem in diesen Verwaltungszweigen vorhanden sind. Sie müssen daher in dem Systemisierungsplan Aufnahme finden, da andernfalls für die Weiterverwendung eine rechtliche Grundlage fehlen würde. Die zum Betrieb dieser Anlage erforderlichen Mittel sind im Entwurf des Bundesvoranschlags 1973 bereits berücksichtigt.“

Der Dienstpostenplan wurde unverändert mit Stimmenmehrheit angenommen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1973 (460 und Zu 460 der Beilagen) mit den dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Abänderungen sowie dessen Anlage I, Bundesvoranschlag in der Fassung der Spezialberichte samt Anlagen I a bis I d, Gesamtübersichten unter Berücksichtigung der sich aus den Spezialberichten ergebenden Abänderungen, Anlage II, Konjunkturausgleich-Voranschlag, dem Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag), Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes (Anlage zum Bundesvoranschlag) mit den dem schriftlichen Bericht angeschlossenen Abände-

rungen, sowie der Anlage III, Dienstpostenplan, wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Präsident: Danke.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Am 22. November dieses Jahres hat der Nationalrat eine Entschließung gefaßt, in welcher die Bundesregierung ersucht wird, noch heuer dem Nationalrat über die ersten Ergebnisse der Bemühungen betreffend zusätzliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Preisauftriebes in geeigneter Form zu informieren.

In Erfüllung dieser Entschließung erlaube ich mir, dem Hohen Haus über die zusätzlichen stabilitätspolitischen Bemühungen der Bundesregierung sowie über die damit in Verbindung stehenden Beschlüsse zu berichten.

Gestatten Sie mir aber einleitend einige grundsätzliche Bemerkungen.

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung war und ist auf Vollbeschäftigung und auf Erhöhung unserer gesamtwirtschaftlichen Leistungen bei größtmöglicher Stabilität ausgerichtet. Angesichts der weltweiten Beschleunigung der Preissteigerungen wurden daher bereits im April 1970 preisdämpfende Maßnahmen eingeleitet, seither mehrfach erweitert und der jeweiligen Konjunktursituation angepaßt. Die Einzelheiten hiezu bitte ich der Anlage I der an die Abgeordneten verteilten Unterlagen zu entnehmen.

Im besonderen wurde die Budgetpolitik in den Dienst der stabilitätspolitischen Zielsetzungen gestellt. Dabei ist es vor allem — wie einschlägigen Untersuchungen zu entnehmen ist — durch konjunkturgerechten Budgetvollzug gelungen, einen wirkungsvollen Beitrag zur Stabilitätspolitik zu leisten. Das ist zum Beispiel für 1971 durch die Umwandlung eines inlandwirksamen Defizits von 2,7 Milliarden Schilling im Voranschlag in einen Überschuß von 1,8 Milliarden Schilling oder durch die vorzeitige Rückzahlung von Auslandsschulden in Höhe von einer Milliarde Schilling deutlich geworden. Nahezu eine Milliarde Schilling wird auch im heurigen Jahr — über den Voranschlag hinaus — vorzeitig getilgt werden.

Hohes Haus! Die besonders schwierige konjunkturelle Situation des Jahres 1972 machte ein sehr sorgfältiges Abwägen der wirtschaftspolitischen Entscheidungen notwendig.

Bundesminister Dr. Androsch

Zunächst galt es, den seit mehr als zwei Jahren immer wieder vorausgesagten Konjuktureinbruch, wie er in den meisten anderen europäischen Ländern eingetreten ist, zu verhindern und damit eine Stagflation, das heißt Unterbeschäftigung bei weiterhin stark steigenden Preisen, zu vermeiden. Das ist zweifellos gelungen. Wir konnten ohne ein solches Konjunkturtief den Übergang von einem zum nächsten Konjunkturaufschwung erreichen.

Dieser so erfreulichen Entwicklung stand allerdings das Problem des beschleunigten Preisauftriebes gegenüber. Bereits am 24. Mai 1972 habe ich daher der Paritätischen Kommission im Rahmen einer Sondersitzung einen Bericht unterbreitet, der Ihnen als Anlage M der verteilten Unterlagen vorliegt. Am 15. September 1972 habe ich zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Budget- und Kreditpolitik vorgeschlagen.

Der sich weiterhin beschleunigende Preisauftrieb — nicht zuletzt durch vorweggenommene Preiserhöhungen im Hinblick auf die Mehrwertsteuer ausgelöst, aber auch durch eine außergewöhnliche Verteuerung der Saisonprodukte hervorgerufen — verlangte zusätzliche Maßnahmen. Diese konnten nicht auf die Budget- und Kreditpolitik beschränkt bleiben, sondern mußten alle in Betracht kommenden Bereiche, das heißt das gesamte wirtschaftspolitische Instrumentarium, umfassen.

Das Ergebnis dieser zusätzlichen stabilitätspolitischen Bemühungen liegt nunmehr in einem umfassenden Maßnahmenpaket vor. Es umfaßt Maßnahmen der Budgetpolitik des Bundes, Vereinbarungen mit den Ländern und Gemeinden, die Finanzierungs- und Kreditpolitik sowie alle Möglichkeiten der Tarif-, der Gebühren- und der administrativen Preispolitik. Einen zentralen Raum nimmt darin das Stillhalteabkommen der Wirtschaftspartner ein. Die Einzelheiten bitte ich den Ihnen zugegangenen Anlagen zu entnehmen.

Eine wesentliche Voraussetzung für das Zustandekommen dieser Vereinbarungen bildeten die in diesem Zusammenhang als Vorleistungen zu wertenden Maßnahmen des Bundes. Dazu zählen die Einkommen- und Lohnsteuersenkung zum 1. Jänner 1973 sowie die damit in Verbindung stehende steuerliche Entlastung zur Mitte des Jahres 1972. Weiters die wirtschaftsfördernden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Schillingaufwertung, die Begleitmaßnahmen zur Umstellung auf die Mehrwertsteuer und zum EWG-Arrangement, wie sie ebenfalls den Anlagen zu entnehmen sind.

Zum Katalog der Vorleistungen des Bundes zählen auch die Zollsenkungen auf Grund des EWG-Arrangements und schließlich der neue Finanzausgleich, der Ländern und Gemeinden zusätzliche Mittel bringt.

Weitere Leistungen des Bundes wurden im Zusammenhang mit der administrativen Preispolitik erbracht. Das hiezu erforderliche Abgabenänderungsgesetz ist vom Hohen Haus bereits beschlossen worden.

Von ganz besonderer Bedeutung für das Zustandekommen war jedoch das Verantwortungsbewußtsein und die Kooperationsbereitschaft aller an den Stabilisierungsbemühungen Beteiligten. Ich erlaube mir daher, den Wirtschaftspartnern, den Vertretern der Gebietskörperschaften sowie den Funktionären der Österreichischen Nationalbank und des Kreditapparates dafür aufrichtig zu danken. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Ich möchte diesen Dank auch auf das Sparverhalten der österreichischen Bevölkerung ausdehnen und damit die Bitte verknüpfen, dieses beizubehalten. Ebenso möchte ich die Unternehmer bitten, bei ihrer Preisgestaltung, beziehungsweise die Konsumenten bitten, bei ihrem Kaufverhalten diese Bemühungen zu unterstützen. (*Erneuter Beifall bei der SPÖ*.)

Die Gesamtheit dieser Bemühungen läßt erwarten, daß eine weitere Beschleunigung des Preisauftriebes verhindert und schrittweise eine Preisberuhigung erreicht wird. Diese Hoffnung ist auch deswegen berechtigt, weil inzwischen andere europäische Länder ähnliche Maßnahmen ergriffen oder in Aussicht genommen haben. In diesem Zusammenhang ist besonders die auf österreichische Initiative zurückgehende Empfehlung der OECD hervzuheben.

Die immer stärker werdende Integration und Verflechtung der nationalen Volkswirtschaften im Rahmen der Weltwirtschaft im allgemeinen und der europäischen Integration im besonderen verlangt auch weiterhin die realistische Einschätzung der eigenständigen Möglichkeiten eines kleinen Landes bei der Bekämpfung des Preisauftriebes. Es muß daher im Interesse der Vollbeschäftigung und eines optimalen Wirtschaftswachstums Ziel der Wirtschaftspolitik sein, ein größtmögliches Ausmaß an relativer Stabilität sicherzustellen.

Das verlangt aber auch weiterhin nicht nur verantwortungsbewußte Zusammenarbeit aller Beteiligten, sondern auch die flexible Handhabung aller eingesetzten Instrumente. So wird es uns auch weiterhin gelingen, die Gefahr einer Stagflation von Österreich abzuwehren und den Prozeß der ständigen Verbesserung

5676

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Bundesminister Dr. Androsch

rung unserer wirtschaftlichen Leistungskraft fortzusetzen. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ*)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Sandmeier.

Abgeordneter **Sandmeier** (OVP): Herr Präsident! Hohes Haus! In der soeben abgegebenen Erklärung haben Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, den Versuch unternommen, die Dinge so darzustellen, als ob seitens der Bundesregierung ohnedies alles unternommen worden wäre, um dem seit zweieinhalb Jahren, also seit Installierung der SPÖ-Regierung, exorbitant anwachsenden Preisanstieg zu begrenzen. Sie haben, Herr Bundesminister, unter anderem erklärt, daß die Budgetpolitik der Regierung in den Dienst der stabilitätspolitischen Zielsetzungen gestellt wurde. Dazu ist festzustellen: Das gilt, Herr Bundesminister, auf gar keinen Fall für das Budget 1972 und schon gar nicht für den Budgetvollzug des Jahres 1972. Sie müssen sich doch von überall her den Vorwurf gefallen lassen, daß Sie das Budget 1972 eklatant konjunkturwidrig vollzogen haben. (*Zustimmung bei der ÖVP*.) Wenn man in einer Zeit höchster konjunktureller Anspannung tatsächlich um 5 Milliarden Schilling mehr ausgibt, als im Budget vorgesehen, wie dies 1972 geschehen ist, und dadurch natürlich die Preissteigerungen zusätzlich anheizt, dann ist dies ein Musterbeispiel konjunkturwidrigen Verhaltens. Sie, Herr Bundesminister, und damit die ganze Bundesregierung tragen einen Großteil der Schuld für die übermäßig hohen Preissteigerungsraten des Jahres 1972. (*Zustimmung bei der ÖVP*.)

Die Behauptung, daß die Budgetpolitik in den Dienst der stabilitätspolitischen Zielsetzungen gestellt wurde, trifft aber ebensowenig für das vorliegende Budget 1973 zu. Deshalb hat es ja auch innerhalb und außerhalb des Parlaments heftige Kritik an dem vorliegenden Budget wegen seines inflationären Charakters gegeben. (*Abg. Dr. Fischer: Sie haben aber überall mehr verlangt, bei jedem einzelnen Kapitel!* — *Abg. Dr. Koren: Das ist eindeutig nicht wahr!*) Herr Abgeordneter Fischer! Diese Schallplatte, die Sie nun schon seit Anfang dieser Budgetdebatte gespielt haben, hat die Rillen schon ganz abgespielt und zieht nicht mehr. (*Beifall bei der ÖVP*. — *Abg. Ing. Häuser: Aber wahr bleibt es trotzdem!*)

Wohl kaum ein Budget vorher hat so viel Kritik über sich ergehen lassen müssen wie das vorliegende. Heute stehen wir am Ende der Beratungen über diesen Vorschlag, und zum Ende dieser Budgetdebatte kann man feststellen, daß jedenfalls zwei Hauptziele, die

sich die sozialistische Parlamentsfraktion zu Beginn der Debatte gestellt hat, nicht erreicht wurden:

Erstens ist es ihr nicht gelungen, die außerordentlich harte Kritik inner- und außerhalb des Parlaments am vorliegenden Budget wegen seines inflationären Charakters zu entkräften. Es bleibt daher unwidersprochen, daß heute mit den Stimmen der sozialistischen Parlamentsfraktion ein Budget beschlossen wird, von dem jedermann weiß, daß es zu weiterer inflationärer Entwicklung beitragen wird.

Das zweite nicht erreichte Ziel der sozialistischen Fraktion bei dieser Budgetdebatte: Der Abgeordnete Dr. Fischer hat zu Beginn der Debatte angekündigt, daß die sozialistischen Abgeordneten bei jedem Kapitel Punkt für Punkt aufzeigen werden, daß etwa zwei Drittel des Regierungsprogramms erfüllt seien. Nur ein paar Abgeordnete der Regierungspartei haben einen Versuch gewagt, in dieser Richtung zu agieren. Als aber die OVP-Abgeordneten bei den jeweiligen Kapiteln zusammenfaßten, was bisher von den Versprechungen der Regierungserklärungen nicht erfüllt wurde, und dies wesentlich mehr war als das Erfüllte, hat man es bei der sozialistischen Fraktion vorgezogen, die genannte Ankündigung, man werde Punkt für Punkt aufzählen, was geschehen ist, größtenteils einfach zu vergessen.

Ich möchte mich nun der Regierungserklärung zuwenden. Wie steht es mit der Erfüllung der Ankündigungen in der Regierungserklärung, was die Budget- und Finanzpolitik betrifft?

Es heißt in der Regierungserklärung: „Die Bundesregierung wird sich in der Budgetpolitik vom Ziel ... der Erhaltung der Kaufkraft des Schillings leiten lassen.“

Was ist die Realität? Die Wirklichkeit sieht so aus, daß es nicht gelang, die Kaufkraft des Schillings zu erhalten. Das Resultat ist ein noch nie dagewesener Kaufkraftschwund des Schillings.

In der Regierungserklärung heißt es unter anderem weiter: „Es wird die vordringliche Aufgabe der Bundesregierung sein, den Bundeshaushalt ... zu konsolidieren.“

Was ist die Realität? Das Budget des Jahres 1973 weist das größte Defizit aus, das es je in unserer Republik gegeben hat. Von einer Konsolidierung also keine Rede.

In der Regierungserklärung werden weiter langfristige Finanzierungskonzepte angekündigt. In Wirklichkeit gibt es weder ein mittelfristiges noch ein langfristiges Finanzierungskonzept.

Sandmeier

Weiter heißt es in der Regierungserklärung: Die Bundesregierung ist entschlossen, in dieser Gesetzgebungsperiode eine Einkommensteuerreform vorzunehmen, die „leistungsfördernd und sozial gerecht“ ist.

Wie sieht es in Wirklichkeit aus? Richtig ist nur, daß mit den Stimmen der Regierungspartei eine Steuerreform beschlossen wurde, die mit 1. Jänner 1973 wirksam wird. Leistungsfördernd und sozial gerecht ist sie nicht; deshalb wurde sie auch von den Oppositionsabgeordneten abgelehnt. Das Gegenteil trifft nämlich zu: Durch die Systemänderung ergeben sich leistungsfeindliche und nivellierende Tendenzen. Sozial gerecht ist sie ebenfalls nicht, weil gerade die Familien mit geringem Einkommen und einer größeren Kinderanzahl, die wirklich eine Hilfe bräuchten, durch Ihr System keinen Vorteil haben.

Nun zu unserem Vorwurf, daß das Budget inflationär und nicht stabilitätsgerecht ist. Worauf beruht eine konjunkturorientierte Budgetpolitik? Die konjunkturorientierte oder antizyklische Budgetpolitik beruht hauptsächlich auf dem Prinzip der Kaufkraftsteuerung.

Wenn also die kaufkraftmäßige Nachfrage nach Gütern und Leistungen geringer ist, als die Wirtschaft imstande wäre zu produzieren, dann soll die Budgetpolitik helfen, die Nachfragelücke zu schließen. Das geschieht dadurch, daß vom Staat her Aufträge an die Wirtschaft gehen oder die private Nachfrage — durch Ausweitung öffentlicher Transferzahlungen oder durch Steuersenkungen — stimuliert wird.

Dies geschah richtigerweise in den Jahren 1967 und 1968, die bekanntlich Rezessionsjahre waren, wo allein im Jahre 1967 für Investitionen um 20 Prozent mehr Mittel ins Budget eingesetzt wurden als im Jahre vorher (*Abg. M a y r: Weshalb waren Rezessionsjahre?*), was die Aufnahme von Krediten notwendig machte. (*Abg. M a y r: Wieso denn?*)

Herr Abgeordneter, Sie erinnern sich (*Abg. Gla s e r: Er hat ein schlechtes Gedächtnis, er erinnert sich an gar nichts!*), obwohl Sie, wie ich glaube, zu dieser Zeit noch nicht im Parlament waren, sicherlich genau, daß gerade Ende 1966, 1967 und 1968 besonders starke Rezessionsjahre waren. (*Abg. M i n k o w i t s c h: In Europa!*) Gerade zu der Zeit, als die Steuereingänge zurückgingen, gerade zu der Zeit ... (*Lebhafte Zwischenrufe bei der SPÖ. — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Sie dürfen nicht so kleinkariert denken! Herr Abgeordneter, denken Sie nicht so kleinkariert! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Schauen Sie doch aus Ihrem Schlafzimmer hinaus! In

ganz Europa war eine Rezession, Österreich wurde mit einbezogen, und deshalb hat die Bundesregierung damals bereits ins Budget 1967 um 20 Prozent mehr für Investitionen eingesetzt als im Jahre vorher. (*Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.*)

Das Umgekehrte gilt für Perioden ange spannter Konjunktur, wenn die gesamtwirtschaftliche Nachfrage das Produktionspotential überfordert. Diese Phase machen wir seit einiger Zeit und gegenwärtig mit. In diesem Fall müßte der Staat in seiner Ausgabenpolitik zurückhaltend sein.

Nach welchen Kriterien ist nun das Budget zu beurteilen? Sieht man von den unzähligen Ansatzpunkten einer Detailkritik ab, so findet die Globalkritik drei Ansatzpunkte: den Budgetsaldo, das Budgetvolumen und die Budgetstruktur.

Wenn wir den Budgetsaldo ansehen, müssen wir feststellen, daß es noch nie ein so hohes Defizit gegeben hat wie beim Budget 1973. (*Abg. Dr. F i s c h e r: Aber mehr Forderungen stellen!*) Ich habe schon gesagt: Die Schallplatte ist ausgelaufen, Herr Dr. Fischer! Daß Sie diesen Text noch immer wiederholen, zeigt von Ihrer nicht guten Position heute! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Doktor F i s c h e r: Kollege Sandmeier! Auch wenn Sie es wiederholen, wird es nicht wahr!*)

11,2 Milliarden Schilling Defizit, Herr Abgeordneter Dr. Fischer, sind offen ausgewiesen. (*Zwischenrufe der Abg. Dr. F i s c h e r und Gla s e r.*) 11,2 Milliarden sind offen ausgewiesen, dazu kommen aber noch, Herr Abgeordneter Fischer, 8,9 Milliarden nicht offen ausgewiesene Kreditaufnahmen, denn normalerweise müssen ja Kreditaufnahmen in der Anlehensgarantie verrechnet werden (*Abg. Dr. F i s c h e r: Trotzdem betreiben Sie Lizitationspolitik! Das nimmt Ihnen niemand ab!*), sodaß ein tatsächliches Defizit von rund 20 Milliarden Schilling vorhanden ist. Das ist die Wahrheit, Herr Abgeordneter, da können Sie nichts daran deuteln: Sie brauchen für das Jahr 1973 Kredite von 20 Milliarden Schilling!

Heute soll also — auch mit Ihrer Stimme, Herr Abgeordneter Fischer! — ein Budget mit dem größten Defizit, das es je in Österreich gegeben hat, beschlossen werden. Darauf brauchen Sie nicht stolz zu sein. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Der Herr Bundeskanzler und besonders auch der Herr Finanzminister haben sich früher nicht genug ereifern können, von einer „Defizitwirtschaft“ der ÖVP-Regierung zu sprechen — und heute stellt des Herrn Bundeskanzlers Finanzminister den größten Defizitrekord auf!

5678

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Sandmeier

Herr Bundesminister, Sie hatten leider nicht den Mut, das volle Defizit von 20 Milliarden Schilling offen auszuweisen. Offensichtlich haben Sie dies aus optischen Gründen nicht getan. Sie kommen aber nicht darum herum, nächstes Jahr 20 Milliarden Schilling vom Kreditmarkt zu beanspruchen, wenn der Schuldenstand abgedeckt werden soll. Sie werden also in einem einzigen Jahr den Schuldenstand um brutto 20 Milliarden Schilling erhöhen! Was das für den Kreditapparat bedeutet, ist noch gar nicht abzusehen.

Es mag sein und erscheint verständlich, daß es einer Regierung, die sehr darauf bedacht ist, der Bevölkerung möglichst nur Schallmeiemusik vorzuspielen, schwerfällt, der Bevölkerung die volle Wahrheit zu sagen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Hier könnten Sie vielleicht einen Ausspruch Ihres sozialistischen Kollegen aus Deutschland, Carlo Schmid, beherzigen, der gesagt hat (*Ruf bei der SPÖ: Helmut!*) — nein, Carlo Schmid, Helmut ist ein anderer Schmidt —: „Demokratie steht und fällt mit dem Mut der Regierungen, dem Volk die Wahrheit zu sagen, vor allem sich der Kritik ihres eigenen Verhaltens zu stellen.“ (*Abg. Dr. Tull: Das hat der Carlo gesagt!*) Das habe ich ja gesagt! Herr Abgeordneter Tull, vielleicht einigen Sie sich mit dem Finanzminister, ob es der Helmut oder der Carlo war. Diesmal haben ausnahmsweise Sie recht! Carlo war es, ja. (*Abg. Dr. Tull: Carlo Schmid war es, ja!*) Einigen Sie sich vielleicht mit dem Finanzminister! Sie haben sonst nicht immer recht, aber diesmal ausnahmsweise.

Diesen Mut zur Wahrheit, Herr Abgeordneter, hat der Herr Finanzminister bis zur Stunde nicht gefunden! (*Abg. Dr. Tull: Das können Sie nachlesen in den „Finanznachrichten“ von Horst Knapp!* — *Abg. Graf: Es schadet nichts, wenn Sie es noch einmal hören!*) Das hat Ihnen, Herr Bundesminister, auch der bekannte Wirtschaftspublizist Horst Knapp beinhart gesagt.

Aber nicht nur das Defizit wurde in diesem Budget verschleiert dargestellt, auch bezüglich der Ausgabenausweitung im Budget 1973 haben Sie sich eines Zahlentricks bedient. Ich gebe zu, Herr Bundesminister, das ist ein harter Vorwurf, wenn einem Finanzminister gesagt wird, er arbeite mit Zahlentricks. Aber der Ausdruck Zahlentrick, Herr Bundesminister, stammt nicht von mir, er stammt ebenfalls von Horst Knapp.

Die Begründungen für diese Anschuldigungen sind die: Um feststellen zu können, um

wieviel der Ausgabenrahmen des Budgets von einem Jahr zum anderen gestiegen ist, hat man bisher die Voranschläge miteinander verglichen. Im konkreten Fall heißt das, der Ausgabenrahmen des Budgets 1973 wird verglichen mit dem Ausgabenrahmen des Budgets 1972. Daraus ergibt sich, wenn man das tut, daß die Ausgaben 1973 um 13,2 Prozent höher sind als 1972. Nun geht der Finanzminister bei diesem Vergleich plötzlich von der bisherigen richtigen Praxis ab und vergleicht nicht mehr — weil es für ihn offensichtlich optisch günstiger ist — Budget mit Budget, sondern das voraussichtliche Ergebnis 1972 mit dem Voranschlag 1973 und spiegelt damit eine Ausgabensteigerung von nur 9,2 Prozent vor. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Schleiertanz!*)

Sie haben damit, Herr Bundesminister — wie Horst Knapp sagte —, vorgetäuscht, daß die Budgetausweitung unter der nominellen Wachstumsrate des Bruttonationalproduktes bleiben wird. Hier soll also mit fragwürdigen Mitteln der Eindruck erweckt werden, daß diesmal bereits die Budgeterstellung stabilitätsorientiert sei.

In Wirklichkeit steigt der Ausgabenrahmen nicht, wie von Ihnen hier angegeben, um 9,2 Prozent, sondern um 13,2 Prozent. Und berücksichtigt man die formalen Änderungen im Budget bei verschiedenen Ansätzen, dann steigt der Ausgabenrahmen sogar nahezu um 14 Prozent.

Und dies, obwohl Anfang September 1972 die EWG-Kommission ihre Mitgliedstaaten aufforderte, die Ausgabensteigerung auf 10 Prozent jährlich zu beschränken.

Für die Bundesrepublik Deutschland wurde eine Budgetzuwachsrate von 10,5 Prozent bekanntgegeben. Der französische Finanzminister Giscard d'Estaing nannte etwa zum gleichen Zeitpunkt für das Zentralbudget Frankreichs eine Ausgabenzuwachsrate von 11 Prozent. Der Ausgabenrahmen des Bundesvoranschlages 1973 des EWG-Neulings Österreich sieht dagegen eine Steigerungsrate von nahezu 14 Prozent vor!

Ob die österreichische Wirtschaft europareif ist, soll hier nicht untersucht werden. Aber sicher ist, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung nicht europareif ist. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Die angekündigte 15prozentige Budgetbindung kann nicht über all das hinwegtäuschen. Auch heuer haben Sie, Herr Bundesminister, von einer 15prozentigen Budgetbindung gesprochen. Diese 15 Prozent hätten rund

Sandmeier

1,6 Milliarden Schilling betragen. Was ist geschehen? Sie haben vorerst einmal die Hälfte, also rund 800 Millionen, wieder freigegeben und von den restlichen 805 Millionen noch einmal an die 500 Millionen. Was man also von angekündigten Budgetbindungen zu halten hat, erwies das heurige Jahr.

Wie steht es nun mit den Einnahmen des Budgets? Auf der Einnahmeseite wurden die Inflationsgewinne des Finanzministers schon 1972 durch die äußerst ungerechte und unsoziale Vorleistung von 360 S nicht abgegolten; ungerecht und unsozial deshalb, weil die 360 S ohne Rücksicht auf den Familienstand für jeden Steuerpflichtigen gegeben wurden.

Aber auch die sogenannte große Einkommensteuerreform 1973 wird dem Finanzminister neuerlich Steuergewinne bringen. Das neue System der Steuerabsetzbeträge anstatt der Steuerfreibeträge bringt dem Finanzminister auf Sicht Vorteile und benachteiligt die Steuerpflichtigen.

Es mag vielleicht wie eine Groteske klingen und dennoch ist es richtig: Keine Bundesregierung vorher hat von den Arbeitnehmern mehr an Steuern herausgeholt als die unter dem Vorzeichen „sozialreformatorisch“ getretene, von der SPÖ allein gestellte Bundesregierung. Der Anteil der Lohnsteuereinnahmen an den Nettoeinnahmen des Bundes war noch nie so hoch wie heute und steigert sich von Jahr zu Jahr. Diese Entwicklung zeigt deutlich, daß tatsächlich die Arbeitnehmer zu den Hauptgeschädigten der Bundesregierung zählen.

Das Ergebnis dieser Betrachtung ist also: Nicht nur die Budgetausgaben-, sondern auch die Budgeteinnahmeseite wird zufolge des Bundesvoranschlages 1973 inflationierend eingesetzt. Dafür spricht auch der Einführungstermin der Mehrwertsteuer sowie der stark überhöhte Mehrwertsteuersatz.

Ich habe schon erwähnt, daß das Budget 1972 ebenfalls falsch konzipiert und daß der Budgetvollzug in bezug auf die Konjunktur noch falscher durchgeführt wurde. Herr Bundesminister! Man kann sich ein Jahr lang irren. Aber im zweiten Jahr müßte man Gegenmaßnahmen treffen. Aber wenn man sich, wie es nun den Anschein hat, auf Dauer irrt, dann ist das eine schlimme Sache. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wäre Aufgabe jener Leute, denen das Regieren anvertraut ist, die Wirtschaftslage richtig einzuschätzen. Wenn eine Regierung das nicht kann, dann hat sie ganz einfach ver-

sagt. Versagt deshalb, weil sie nicht wirtschaften kann (*lebhafte Zustimmung bei der ÖVP*), weil sie alle jene, die es besser gewußt haben, die verantwortungsbewußter waren und die daher gewarnt haben, verteuft und als „Hysteriker“ verschrien hat.

Ich könnte mich ja eigentlich darüber freuen, was der Sozialistischen Partei jetzt alles auf den Kopf fällt. Freuen einfach deshalb, weil Sie, meine Damen und Herren, so ungemein selbstsicher verkündet haben, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Da haben Sie vor den Wahlen von Plänen und Programmen gesprochen, haben uns von einem Geisterheer von 1400 Experten erzählt, und jetzt stehen Sie in der Praxis hilflos neben Ihren Programmen! Freuen könnte man sich vielleicht auch deshalb, weil bereits Ihre treuesten Anhänger erkennen, wieweit Sie uns alle in zweieinhalb Jahren gebracht haben. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich freue mich nicht, denn das Versagen in Ihrer Wirtschaftspolitik wird uns allen noch schwer zu schaffen machen.

Sie haben, meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion, vor sechs Jahren eine Teuerungskampagne gegen die ÖVP-Regierung begonnen, die in ihren Ausmaßen und in ihrer Hartnäckigkeit alles bisher Dagewesene in den Schatten gestellt hat. Sie haben uns damals mit dem ganzen Apparat, der Ihnen zur Verfügung steht — inklusive OGB, inklusive Arbeiterkammer —, bei 3 Prozent Teuerung im Jahr den Teufel an die Wand gemalt, der jetzt schon längst bei der Tür hereingekommen ist.

Damals haben Sie gefragt: „Macht Ihnen Einkaufen noch Spaß?“ Ich zitiere wörtlich aus einem SPÖ-Inserat von damals. Da lautete die Antwort. „Bei den hohen Preisen macht's wirklich keine Freude mehr. Und die Preise steigen und steigen. Tarife und Steuern wurden ... stark hinaufgesetzt.“

Es heißt hier weiter: „Was bleibt da noch übrig von Ihrem hart verdienten Geld? — So darf es nicht noch einmal vier Jahre weitergehen!“

Und jetzt hören Sie zu! Da lese ich:

„Eine neue Regierung und eine moderne Wirtschaftspolitik müssen her. Und Männer, die Probleme lösen, die nicht herumwurschtteln.“ (*Abg. Ing. Hobl: Sehr richtig!*) Soweit das Inserat.

Der zuletzt zitierte Satz, meine Herren Abgeordneten von der linken Seite, stimmt wohl erst heute ganz besonders. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sandmeier

Und gerne würde ich mit der Frau vom damaligen Plakat, die in dieses Inserat mit einbezogen wurde, sprechen. Damals hat diese Frau zum Ausdruck gebracht:

„Ich will endlich wieder stabile Preise, wenn ich einkaufen gehe. Das kann nur die SPÖ schaffen.“

Na und jetzt? Jetzt, Herr Abgeordneter Fischer, trauen Sie sich gar nimmer hochzuschauen! (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Tempora mutantur! Jawohl, die Zeiten ändern sich, und Sie ändern sich mit ihnen, Herr Abgeordneter! (Abg. Dr. Fischer: Und Sie nicht? — Abg. Dr. Kohlmaier: Er bleibt schon, wie er ist, der Fischer! — Weitere Zwischenrufe.)

Ich habe durchaus, Herr Abgeordneter Tull, Verständnis dafür, daß Sie nervös sind, daß Sie mit allen möglichen Gags versuchen, von diesen Themen abzulenken. Sie sehen ja an den Betriebsratswahlen, wohin all das führt. Und wenn bei den Betriebsratswahlen der AAB Stimmengewinne zu verzeichnen hat, dann freue ich mich. (Abg. Dr. Tull: Freuen Sie sich nicht zu früh!) Aber glauben Sie denn, daß man sich freuen kann, wenn die Kommunisten enorme Stimmengewinne kriegen? Die damit zunehmende Radikalisierung, meine Damen und Herren, tut unserem Lande nicht gut. Ich erinnere nur an die Vorgänge an der Wiener Universität vor einigen Tagen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Leider ist diese zunehmende Radikalisierung auch ein Ergebnis Ihrer Politik. (Abg. Glaser: Vor allem auch des Doktor Fischer!)

Der Finanzminister spricht von mindestens 8 Prozent Teuerung, die im nächsten Jahr zu erwarten sind. (Bundesminister Doktor Androsch: Wo?) 8 Prozent, die weniger uns hier treffen, meine Damen und Herren, die wir da sitzen, sondern die ausgerechnet jene treffen, die es schon bisher nicht leicht hatten, durchzukommen. Das ist eine Teuerung, die nicht auf eine importierte Inflation zurückzuführen ist, sondern zu der ein Gutteil die Regierung mit beigebracht hat, was auch im OECD-Bericht aufgeführt ist.

Der Wertverlust der Spareinlagen ist erschreckend. Wenn der Herr Bundeskanzler am Abend des heutigen Weltspartages gemeint hat, er sei überwältigt vom Vertrauen der Bevölkerung in die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung, weil die Einlagen wieder alle Rekorde gebrochen hätten, so muß man doch einmal in aller Öffentlichkeit etwas dazu sagen und die Dinge ausleuchten. Man darf nicht nur immer von Spareinlagen sprechen, sondern wenn man sich ein echtes Bild von

der Spartätigkeit machen will, muß man auch die Abhebungen in Betracht ziehen, und da sehen die Dinge wesentlich anders aus. Es gibt eine ganze Reihe von Kreditinstituten, die an vielen Tagen jetzt mehr Abhebungen zu verzeichnen haben als Neueinlagen.

Daß das Vertrauen der Bevölkerung zur Wirtschaftspolitik dieser Regierung nicht überwältigend ist, das zeigen doch eindeutig die Milliardeneinkäufe heuer zu Weihnachten. Das ist doch vielfach nichts anderes als die Flucht in die Sachwerte. (*Beifall bei der ÖVP.*) Wenn wir vor einigen Tagen hier ein Prämiensparförderungsgesetz novelliert haben, dann ist das doch das Eingeständnis dafür, daß Ihnen der Sparer wegen der hohen Geldentwertungsrate ja bereits davongelaufen ist und nunmehr der Versuch gemacht wird, ihn wieder herbeizuholen.

Die Sozialistische Partei ist eine Partei ohne Augenmaß. Zuerst schätzt sie eine Lage falsch ein und tut nichts. Und dann, wenn die Lage offensichtlich wird, läßt sie die Konsumenten zahlen. Ja, in der Theorie klingt das halt alles sehr schön, nur in der Praxis bricht dann alles zusammen.

Sie versuchen zwar immer wieder, von den eigentlichen Problemen, die Sie nicht zu bewältigen imstande sind, abzulenken und spielen sich gerne als die auf, die irgendwie irgendwo wieder etwas in Ordnung bringen müßten. Das typische Beispiel dafür ist der ORF.

Ich möchte Sie ersuchen: Schaffen Sie doch Ordnung dort, wo es wirklich im Interesse des Landes notwendig ist! Und wenn Sie alles geordnet haben — Preise, Steuern, Bundesheer —, dann befassen sie sich mit dem Rundfunk und anderen Dingen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber lenken Sie doch nicht immer mit neuen Sachen von den wirklichen Problemen ab!

Der Herr Bundesminister hat in seiner Budgetrede gemeint, das vorliegende Budget sei ein Unikat. Das ist richtig, Herr Bundesminister. Sie haben sicherlich einige Rekorde aufgestellt, die tatsächlich einmalig sind, allerdings sind es fast nur Negativrekorde.

Das Budget enthält tatsächlich das größte Defizit, das es in der Republik je gegeben hat. Es enthält das höchste inlandschwirksame Defizit, das es je gegeben hat, die höchste Beamtenzahl, die meisten Dienstautos, die höchsten Inlandsschulden, was letzten Endes alles mit der höchsten Preissteigerungsrate seit zwanzig Jahren zusammenhängt. Es enthält ein Höchstmaß an steckengebliebenen Reformen.

Sandmeier

Es ist daher kein Wunder, daß dieses Budget inner- und außerhalb des Parlaments von Politikern und Budgetexperten scharf kritisiert wurde. Treffend charakterisiert das der bekannte Wirtschaftspolitiker Horst Knapp. Ich muß ihn wieder zitieren, er gilt als Fachmann. Er hat das Budget 1973 so kritisiert: Es gibt kein Gebot antizyklischer Fiskalpolitik, gegen das dieses Budget nicht verstößt!

Herr Bundesminister! Das ist ein hartes Urteil, aber leider berechtigt. Und dieses Versagen, Herr Bundesminister, können Sie nicht dadurch wegbringen, daß Sie verstärkt public relation betreiben. Da nützt Ihnen auch ein Fernsehauftritt in einer als Unterhaltungssendung getarnten SPÖ-Sendung, wie das am letzten Samstag abend im Fernsehen der Fall war, nichts. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Kohlmaier:* Das war eine billige Belangsendung!) Sie werden nicht bestreiten können, daß diese Sendung schwere SPÖ-Schlagseite hatte, auch wenn es Ihnen gelungen ist, die Sparkassenverbände zur Finanzierung heranzuziehen.

Aus all der Kritik, die im Laufe der Budgetdebatte gegen das vorliegende Budget vorgetragen wurde, kann es nur eine verantwortungsvolle Schlußfolgerung geben: Die Österreichische Volkspartei wird dieses inflationistische Budget ablehnen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Kohlmaier:* Das war die billigste Belangsendung der Zweiten Republik! Ich möchte auch einmal so etwas haben! — *Abg. Mayr:* Warum greifen Sie immer den ORF an?)

Präsident: Als nächster Redner ist Herr Dipl.-Vw. Josseck gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck** (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf gleich voraus Sie, Herr Bundesminister, besonders begrüßen, denn ich habe Sie lang hier im Haus nicht mehr gesehen, ausgenommen die verschiedenen Fitneßübungen des Aufstehens und Niedersetzens bei Abstimmungen.

Es ist nämlich auffallend, daß sich sowohl Sie, Herr Bundesminister, als auch der Herr Bundeskanzler während der zweieinhalb-wöchigen Debatte kaum hier im Haus befunden haben. Es ist sicherlich bedauerlich, daß der Herr Bundeskanzler erkrankt ist; aber ich bin der Meinung — und ich gehe hier bestimmt nicht fehl —, daß es mit ganz gezielter Absicht geschah, daß sowohl der Herr Bundeskanzler als auch Sie nicht im Hause waren. Wie würde man unter Soldaten sagen? Man hat Sie offensichtlich aus der Schußlinie genommen. Ich bin überzeugt, daß das zutrifft,

denn wären Sie im Sitzungssaal gewesen, so wäre zweifellos manchmal das Klima mehr aufgeschaukelt gewesen. Wenn die beiden Hauptverantwortlichen für dieses Monsterbudget nicht im Haus sind, so können sie auch nicht wie ein rotes Tuch auf die Abgeordneten wirken. (*Abg. Dr. Schranz:* Die Abgeordneten sind doch keine Stiere!) Das habe ich nicht gesagt, aber es gibt Leute, die wie ein rotes Tuch wirken.

Ich weiß aber, Herr Bundesminister, daß Sie sicher sehr viel zu tun haben und Ihre Anwesenheit oft nur unter großen Schwierigkeiten möglich gewesen wäre. Aber es ist interessant, aus dem Jahre 1967 einen Antrag vermerkt zu sehen, der lautete: „der Nationalrat möge beschließen, daß die Bundesregierung an der Sitzung teilnimmt.“ Interessanterweise ist dieser Antrag am 29. 6. 1967 von der SPÖ gestellt worden. (*Heiterkeit.*) Es hätte mich nicht verwundert, wenn er in diesen zweieinhalb Wochen diesmal von der anderen Oppositionspartei oder von uns — mit Recht — gekommen wäre.

Ich sagte, Ihre Zeit, Herr Bundesminister, ist sicher sehr beschränkt; das wurde heute hier auch schon angeführt. Aber Zeit haben Sie dafür gehabt, daß Sie unnötige und — das unterstreiche ich — politisch eingefärbte Unterhaltungssendungen, an denen Sie mitwirkten, über den Fernsehschirm haben gehen lassen. Es klingt nämlich wie ein Witz, meine Herren — und da müssen Sie mir recht geben —, daß ausgerechnet dieser Bundesfinanzminister an einer Sendung über eine Sparmeisterschaft teilnimmt. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Ich bin überzeugt, Herr Bundesminister: Hätten Sie persönlich als Kandidat teilgenommen, Sie hätten weder den VW noch eine Küche gewonnen, denn Sie wären ganz bestimmt Letzter geworden. Ich darf wohl sagen: Sie haben vielleicht aufs erste Hinsehen nicht ganz so rot gewirkt wie seinerzeit Schönherr, weil Sie zufällig nicht mit roter Nelke aufgetreten sind. Aber so eine penetrant rote Fernsehshow hat es in Österreich noch nicht gegeben! Mich wundert nur, daß Frau Schell, das „Seelchen“ vom Dienst, nicht ob dieser Sendung zu weinen begonnen hat. (*Abg. Dr. Kohlmaier:* Sie war ja zum Weinen!)

Aber eine Frage, Herr Bundesminister, da Sie während der Budgetdebatte kaum im Haus waren: Ist das überhaupt noch Ihr Budget? Ich sagte schon einmal hier zu Ihnen: Vielleicht können Sie nicht anders, vielleicht identifizieren Sie sich nicht mit diesem Budget. Dann verstehe ich es natürlich, dann haben Sie recht gehabt, wenn Sie zweieinhalb Wochen nicht im Hause waren.

5682

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Dipl.-Vw. Josseck

Zu Ihren heutigen Erklärungen werden Parteifreunde von mir noch Stellung nehmen. Ihre Maßnahmen, die Sie uns in einem dicken Katalog überreicht haben, sind ja nichts Neues, es sind alles bereits altbekannte Maßnahmen. Es hat zwar sehr schön geklungen, jetzt vor Weihnachten noch einmal diesen Katalog zu zitieren. Aber Neues haben Sie uns nicht gebracht. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Ich darf, wenn ich zum Kapitel Finanzen komme, zu Anfang eine Feststellung treffen, die da lautet: „Im allgemeinen besteht die Kunst des Regierens darin, einer Klasse von Bürgern so viel Geld wie nur möglich abzunehmen, um es an andere zu verteilen.“ Der Ausspruch ist zwar gut, aber trotzdem nicht von mir. Er stammt nämlich von Voltaire, und es heißt da weiter: „Noch nie hat es eine Steuerpolitik gegeben, die nicht gleichzeitig Gesellschaftspolitik gewesen wäre. Es fragt sich nur, zu wessen Gunsten.“

Der Ausspruch ist kein Vorwurf gegen Sie, Herr Bundesminister, auf jede andere Couleur hätte er wahrscheinlich genauso zugekommen. Aber diese Feststellung ist deswegen notwendig, damit man die Tatsachen nicht verkennt. Das trägt nämlich auch dazu bei, den Standpunkt hie Bundesregierung — hie Opposition abzuklären. Und man darf sich nicht empfindlich geben und empfindlich reagieren, wenn einem dann die Opposition entsprechende Dinge an den Kopf wirft.

Lassen Sie mich gleich mit einigen Fakten beginnen — die ich Ihnen nicht gerade an den Kopf werfen, aber doch vorhalten möchte —, die nach freiheitlicher Sicht eben typisch sozialistische Gesichtszüge tragen und einfach Nivellierungen darstellen. Die wesentlichen Punkte hat Ihnen mein Kollege Dr. Broesigke ja schon einige Male vorgehalten, nicht nur hier im Haus, auch im Ausschuß; ich werde sie daher nur ganz kurz streifen.

Da ist einmal im besonderen der von Ihnen und Ihren Parteifreunden so vehement vertretene fixe Kinderabsetzbetrag im neuen Einkommensteuergesetz. Darnach zählt jedes Kind gleich. Mit diesem Slogan kann man sehr gut in die Öffentlichkeit gehen. Er ist zutreffend, ist aber legalistisch doch nur zutreffend — wie x-mal auch schon gesagt wurde — für den Familienbeihilfenfonds. Dem Einkommensteuergesetz ist er ausgesprochen fremd. Es ist mir unverständlich, daß diese Dinge nicht mit dem Justizministerium abgesprochen werden, denn das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch nimmt doch hier einen ganz anderen Standpunkt ein. Nicht zu Unrecht hat Dr. Broesigke unlängst gesagt, daß

die Rechtsfolgen daraus eindeutig die Justiz zu tragen hat. Sie persönlich waschen Ihre Hände in Unschuld!

Gesellschaftspolitische Überlegungen sehe ich aber auch — und das ist vielleicht ein Vorwurf, auf den Sie, Herr Bundesminister, mir antworten werden — im Bereich der Mehrwertsteuer. Wenn Erleichterungen im Zusammenhang mit dem neuen Umsatzsteuergesetz von uns mehrmals gefordert wurden und Sie diese besonders den kleinen und mittleren Gewerbetreibenden vorenthalten haben, so ist das auch eine gesellschaftspolitische Überlegung. Schon bei der Debatte zur Mehrwertsteuer haben wir Freiheitlichen mehrfach — auch in den Ausschüssen — gefordert, daß für Klein- und Mittelbetriebe Arbeitserleichterungen hinsichtlich der Vorratsentlastung bei einem Übergang auf das neue Umsatzsteuergesetz zu schaffen wären und daß man einen pauschalen Vorsteuerabzug vornehmen sollte. Damals wurden von Ihrer Seite, als ich Ihnen das zu diesem Gesetz gesagt habe, rechtliche Bedenken vorgebracht. Und nun auf einmal geht es doch. Das ist erfreulich. Ich frage nur, wieso man erst so spät darauf kommt. Haben Sie Ihre Meinung geändert, oder sind Sie doch der Meinung, daß diesen kleinen und mittleren Gewerbetreibenden geholfen werden muß? Die Frage ist nur, warum erst heute. Das zeigt ganz typisch die Unsicherheit, mit der Sie agieren und verschiedene Dinge in den Raum setzen, die Sie zuerst versprechen, dann zurückziehen, oder die Sie zuerst negieren und am Schluß dann doch vorbringen.

Sie wollten mittels Erlaß eine Regelung treffen, daß bestimmte Branchen in einer bestimmten Größenordnung bei der neuen Umsatzsteuer einen durchschnittlichen Vorsteuerabzug bekommen. Sehr schön, alles in Ordnung. Aber bis heute ist nichts geschehen. In 14 Tagen hat sich der Steuerpflichtige mit diesem Problem zu beschäftigen, aber bis heute ist nichts geschehen. Es geht alles so schleppend, weil Ihnen eben das Besingen von Schallplatten und Ihre Fernsehauftritte wesentlich wichtiger sind als die Arbeit hier.

Wie unüberlegt zum Teil gearbeitet wurde, hat ja auch das neue Einkommensteuergesetz gezeigt, das bereits einen Tag nach der Kundmachung schon wieder geändert werden mußte. Es wäre hier ja fast der groteske Fall eingetreten, daß wir etwas ändern, was überhaupt noch nicht besteht.

Herr Bundesminister! Ihr großes Versprechen war, als Sie sich hier in den gefüllten Raum stellten und zusagten: Ich bringe der Wirtschaft eine 30prozentige Sonder-

Dipl.-Vw. Josseck

abschreibung ab 1973! Applaus von beiden Seiten des Hauses. Im stillen Kämmerlein ist Ihnen dann der Mut wieder hinuntergefallen — ich will nicht sagen, wie weit —, und Sie haben diese angekündigte Maßnahme wieder zurückgenommen. Es kann natürlich auch sein, daß Sie in Ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit gehemmt sind und man Ihnen von anderer Seite gesagt hat: „Ja, bist du verrückt? Wie kannst du denn das in den Raum setzen?“ So stelle ich mir vor, wie es hinter den Kulissen aussieht. Es ist aber ein gewisses Armutszeichen für einen Finanzminister, wenn solche Vorgänge überhaupt möglich sind.

Anläßlich der Beschußfassung über das neue Einkommensteuergesetz sind Ihre Beamten auch schon mit dem fix fertigen Gesetz unterm Arm herumgegangen. Alles schön und recht, geht völlig in Ordnung. Aber ich meine, dann müßte es doch auch möglich sein, in der Zeit bis heute gewisse Formulare zumindest den Finanzämtern zur Verfügung zu stellen. Bis heute sind bei den Finanzämtern noch nicht die Formulare für die Sonderausgaben eintragung 1973 eingetroffen. Es wären ja nur geringfügige Änderungen, aber sie sind noch nicht da.

Ich nehme an, Herr Bundesminister, Sie waren schon lange nicht mehr als Antragsteller bei einem Finanzamt. Denn sonst müßten Sie ja eigentlich mit dem Steuerzahler mitdenken und mitfühlen. Ich behaupte, Sie haben den Kontakt zum Steuerzahler verloren. Denn wie sieht es draußen aus? Wie sieht es der Steuerzahler, durch den wir ja letztlich hier sitzen, und was nützen ihm hochtrabende oder sehr gescheite Reden hier im Haus, wenn er draußen in der Praxis mit Dingen konfrontiert wird, die ihm mehr als unangenehm erscheinen?

Was spielt sich draußen ab? Üblicherweise sind die Leute gewohnt gewesen, am Jahresende zum Finanzamt zu gehen. Der Antragsteller läßt sich — und das ist bei den vielen neuen Bausparverträgen jetzt wichtig — auf der Lohnsteuerkarte noch die Sonderausgaben für das auslaufende Jahr eintragen, damit er sie heuer noch absetzen kann. Damit er sich einen weiteren Weg erspart und weil die Lohnsteuerkarte schon dem Finanzamt vorliegt, beantragt er gleichzeitig die Eintragung der Sonderausgaben schon für das nächste Jahr. Das ist aber heute einfach unmöglich, weil es die neuen Formulare noch nicht gibt.

Natürlich, Herr Bundesminister, können Sie mir sagen, das seien Kleinigkeiten. Aber das trifft doch auf Tausende, auf Hunderttausende, ja auf Millionen von Steuerzahlern zu, um die

es doch letztlich geht, wenn wir Gesetze beschließen.

So bleibt nichts anderes übrig, als daß jeder antragstellende Steuerpflichtige ein zweites Mal zum Finanzamt rennt, um nächstes Jahr dann seine Sonderausgaben wieder eintragen zu lassen. Von der Unmenge Mehrarbeit, die dabei die Beamten zu bewältigen haben, will ich gar nicht reden. Aber es zeigt sich auch hier wieder, wie schleppend vorgegangen wird: die flankierenden Maßnahmen kommen nicht oder zu spät.

Ich darf aber auch in diesem Zusammenhang noch ein Wort zu den Finanzbeamten sagen. Es ist berechtigt, wenn die Lehrer eine zusätzliche Entschädigung für die Mehrarbeit mit den Schulbüchern fordern. Aber welche ungeheure Mehrarbeit die Finanzbediensteten im Zusammenhang mit der Umstellung auf das neue Umsatzsteuergesetz, mit dem neuen Einkommensteuergesetz und zum größten Teil auch mit der Umstellung der Konten auf die Datenverarbeitung, alles in einem Atemzug, zu bewältigen haben, sollte doch besonders hervorgehoben werden. Das ist eine schier unlösbare Aufgabe für diese Beamten. Auch bei Befolgung des Appells zum Sparen, den sie als erste zu erfüllen versuchen, kommen die Finanzbediensteten wieder zum Handkuß. Abgesehen davon, daß es infolge der geringen Bezahlung der Finanzbediensteten heute kaum einen Maturanten reizt, in den Finanzdienst einzutreten. Aber dort würde man Leute noch und noch brauchen. Ich sage Ihnen damit nichts Neues, aber ich möchte es von dieser Stelle aus nicht unerwähnt lassen.

Die Sozialisten halten nichts von vorgebrachten Ideen, wenn diese von der Opposition kommen. Nur dann gilt eine Idee etwas, wenn sie die Sozialisten selbst vortragen. So nach dem Motto: Wir sind die Mehreren, darum müssen wir auch die Gescheiteren sein! Das gilt auch für das Beispiel, daß Sie einer durchschnittlichen Lagerentlastung zuerst nicht Rechnung tragen wollten und daß auch der durchschnittliche Vorsteuerabzug bis heute noch nicht im Verordnungswege ergangen ist.

Natürlich: Alles dreht sich ums Geld, im besonderen wenn wir den Bundesfinanzminister vor uns sitzen haben. Sie wollen mehr verteilen, daher müssen Sie auch mehr einstreben. Auf leisen Sohlen schleicht sich dann das Mehraufkommen schön langsam ein.

Ich darf ein typisches Beispiel noch einmal erwähnen. Der Bevölkerung werden zweifellos noch die Augen aufgehen, wenn sich an die Erhöhung der Einheitswerte eine Unzahl von Steuererhöhungen anhängen werden. Das betrifft, um sie nur kurz zu erwähnen, die

Dipl.-Vw. Josseck

Vermögensteuer, die Gewerbesteuer vom Betriebsvermögen, die Erbschafts- und Schenkungssteuer, die Grunderwerbsteuer, die Grundsteuer und so weiter, und so weiter. Ganz still und leise für die Öffentlichkeit geht diese Einheitswerterhöhung über die Bühne, aber was sich anhängt, ist ein ganzer Berg.

Nun vielleicht zur Auflockerung noch einige Vorschläge, weil sie mir gerade untergekommen sind, wie man auch zu neuen Steuern kommen könnte. Finanzminister sind ja meistens in ihrer Erfindungsgabe sehr groß, aber hier gäbe es vielleicht noch ein paar Beispiele. Da in Österreich bis auf das Atmen ohnehin schon alles besteuert ist, darf ich Ihnen vielleicht noch einige Vorschläge unterbreiten. Aber ich bitte Sie, diese Ideen dann letztlich doch nicht in Anwendung zu bringen, weil das eine Menge Leute auch hier im Haus betrifft.

Es hat schon einmal eine Bauchsteuer gegeben. Eine Bartsteuer hat es in England und in Preußen gegeben. Aber es gibt auch heute noch in Brasilien eine Glatzensteuer, und mittels Verordnung ist festgelegt, wie lang die Haare noch sein dürfen und wie lang nicht; es steht nicht fest, ob man sich dieser Steuer mit einer Perücke entziehen kann. Aber es ist grotesk, wenn man in einer solchen Aufstellung der Besonderheiten liest, daß Österreich der einzige Staat der Welt wäre, in dem Essig noch versteuert wird!

Daß man fürs Wohnen Steuern zahlt, ist klar. Im Fremdenverkehr bezahlt man die Luft schon in Form von Kurtaxen. Von der Wiege bis zum Grabe — ununterbrochen Steuern, Steuern! Auf alles und jedes! Und wie es da so schön heißt: Dem armen Staatsbürger bleibt nichts anderes übrig, als zähneknirschend zu zahlen, denn — und diese Worte sind ja für alle Finanzminister zutreffend — die Steuern kommen alle wieder nur ihm zugute, versichert uns der Finanzminister.

Ich darf aber trotzdem sagen, daß unser Staat mit allem, was zu ihm gehört, durch überspitzte Gefälligkeitsdemokratie einfach zu teuer geworden ist und alle Nähte sprengt. Das kann nur anders werden, wenn alle im Staate, die damit befaßt sind, begreifen, daß man an einem Punkt angelangt ist, an dem man nicht mehr zuviel von diesem Staate verlangen kann, es sei denn durch ein neues Maß an Belastungen in Form von Steuern.

Herr Bundesminister! Mit meinen wenigen Worten zu Ihrem Ressort habe ich, wie ich glaube, doch dargelegt, daß die Bundesregierung — nicht nur sie allein — nicht nur nicht wirksame, sondern so gut wie keine einsparenden Maßnahmen in ihrer Ausgabenpolitik

getroffen hat. Was uns fehlt, sind wesentliche Schwerpunkte, die Sie nicht gesetzt haben. Sie werden sich daher nicht wundern, wenn wir Freiheitlichen Ihrem Budget die Zustimmung nicht geben werden.

Ich darf aber für meine Parteifreunde am Schluß noch einen Entschließungsantrag ... (*Abg. Peter: Nein! Es fehlt die achte Unterschrift! Bringe den Antrag jetzt nicht ein! — Heiterkeit.*) Danke.

Dann darf ich Ihnen nochmals sagen, Herr Bundesminister: Was Sie getan haben, ist uns Freiheitlichen zuwenig! Daher ein Nein zu diesem Budget! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Tull. Ich erteile es ihm. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. Tull: Nur das, was unbedingt notwendig ist, werde ich sagen!*)

Abgeordneter Dr. Tull (SPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Angesichts des wachsenden Unbehagens über die Art, die Form und den Stil unserer Budgetberatungen und des entsprechend auch zunehmenden Unmutes über viele Ausführungen, die zwangsläufig nicht immer das Niveau haben können, das sich der Außenstehende, der Zuhörer oder Zuseher wünscht, muß es als außerordentlich begrüßenswert empfunden werden, wenn gestern der Herr Bundesminister für Finanzen im Ministerrat einen Gesetzentwurf vorgelegt hat, der wohl im Zusammenhang mit der künftigen Finanzpolitik dieses Landes von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Er hat nämlich gestern ein neues Haushaltsgesetz eingefügt, und ich glaube, daß damit auch ein Stein dazu gelegt worden ist, in der Finanzpolitik neue, moderne Wege zu gehen.

Der Finanzminister hat in seiner expeditiven und modernen Art und Weise innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit das Zustande gebracht, was der ÖVP-Regierung Klaus, aber auch den vorangegangenen Regierungen versagt geblieben ist. Sie haben zwar wiederholt angekündigt und versprochen, ein neues Haushaltsgesetz vorzulegen. Es ist aber nie so weit gekommen, weil man offenbar doch nicht in der Lage gewesen ist, jene Ideen, jene Wege und jene Methoden zu finden, die neue Möglichkeiten und neue Perspektiven in der Finanzpolitik eröffnen.

Wir glauben und begrüßen es, daß mit einem neuen Haushaltsgesetz auch die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß in Hinkunft ein längerfristiges Investitionsprogramm, wie es ja auch bereits von dieser Bundesregierung vorgelegt worden ist, zügiger und ohne Brü-

Dr. Tull

che und ohne Schwierigkeiten verwirklicht werden kann.

Es ist immerhin als eine erfreuliche Tatsache zu vermerken, daß das Bundesministerium für Finanzen im Zuge der Verwirklichung des Regierungsprogramms der Regierung Kreisky im Jahre 1972 sehr entscheidende Vorlagen dem Parlament vorgelegt hat und daß das Parlament letzten Endes diese gesetzlichen Maßnahmen auch verabschiedet hat.

So haben wir im Jahre 1972 ein neues Einkommensteuergesetz und ein neues Umsatzsteuergesetz mit der Umstellung auf die Mehrwertsteuer beschlossen, um den Weg nach Europa für unsere Wirtschaft freizumachen. Wir haben das längerfristige Investitionsprogramm vorgelegt bekommen. Wir hoffen, daß wir bereits in verhältnismäßig kurzer Zeit in der Lage sein werden, uns damit zu beschäftigen und dieses Investitionsprogramm auch gutzuheißen. Die Sparförderung, die unbedingt notwendig ist, um die Spartätigkeit in Österreich, die in den letzten zwei Jahren so außerordentlich erfreulich angestiegen ist, weiter zu forcieren, wird verstärkt. Letzten Endes ist dieser Bundesregierung — hier können wir alle stolz und außerordentlich zufrieden sein — das Arrangement mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelungen. (Beifall bei der SPÖ.)

Budgetdebatten, meine Damen und Herren, sind in der Regel die Stunden der Opposition. Die Stunden der Opposition neigen sich nunmehr dem Ende zu. (*Demonstrativer Beifall und Heiterkeit bei der ÖVP.*) Der Opposition im Zusammenhang mit der Budgetberatung; Sie wissen das ganz genau! Sie brauchen sich keinen falschen Hoffnungen hinzugeben. Herr Professor Dr. Koren, Sie müssen sich noch auf eine sehr lange Oppositionszeit gegenüber den Sozialisten vorbereiten. Sie müssen Oppositionspolitik überhaupt erst erlernen (Abg. Dr. Koren: *Sie können sie hoffentlich noch!*), um glaubwürdig zu werden, und sie dann entsprechend lange üben beziehungsweise praktizieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Es drängt sich, meine Damen und Herren, nunmehr die Frage auf: Führte diese Stunde der Opposition im Zusammenhang mit dem Budget zu der großen Abrechnung mit der Regierungspolitik? Haben Sie es zustande gebracht, eine wirklich zielführende Konfrontation gegenüber der Regierungspartei an den Tag zu legen? Und vor allem: Waren Sie, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in der Lage, brauchbare konstruktive Alternativen und Vorschläge auf den Tisch zu legen? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.*) Sie haben sehr viel behauptet,

meine Damen und Herren. Sie haben auch heute unentwegt von „Budgetexplosion“, von der Aufblähung der Budgetposten und so weiter gesprochen, ohne hiefür einen überzeugenden Beweis angetreten zu haben. Sie haben verschiedenes entstellt und verzerrt dargelegt, wie beispielsweise bei Ihren Behauptungen im Zusammenhang mit der Familienpolitik.

Aber Sie waren bis zur Stunde unfähig und nicht in der Lage zu sagen, wie man es eigentlich besser machen kann. (Abg. Dr. Keimel: 1966 bis 1970!) Ich werde auf die Zeit von 1966 bis 1970, wenn Sie wollen, auch gerne zurückkommen. (Abg. Dr. Keimel: *Das hat Kreisky zitiert! Ich bringe es Ihnen gerne! „Antizyklisches Budget“!*) Ja, wir haben damals in der Zeit von 1966 bis 1970 als Oppositionspartei nicht nur sehr konkrete Alternativvorschläge erstattet. Wir haben darüber hinaus immer wieder aufgezeigt, wie man es besser machen könnte. Nur Sie haben diesen Ratschlägen nicht folgen wollen. Die Wählerinnen und Wähler haben in den Jahren 1970 und 1971 auf Ihre vermeintlich so gute Regierungspolitik die richtige Antwort erteilt! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Wie war das mit den Anträgen, die 4 Milliarden Schilling gekostet hätten, im Jahre 1967?*) Aber damals waren wesentlich andere Voraussetzungen als heute. Damals ist es darum gegangen, zu verhindern, daß wir in eine größere Rezession und in eine größere Krise hineinschlittern. (Abg. Dipl.-Ing. Tschida: *Anträge um 4 Milliarden Schilling!*) Daher haben wir damals solche Anträge gestellt. Aber ich werde auch auf Ihre Anträge beziehungsweise Anregungen, die Sie im Zuge dieser Budgetdebatte gemacht haben, auf Ihre Lizitationsforderungen zu sprechen kommen. Dann bitte ich Sie, mir ganz konkret zu sagen, wie Sie das alles finanzieren wollen, wenn dieses Budget ohnehin so groß und ein „Monsterbudget“ ist, und wenn wir ohnedies eine „Budgetexplosion“ hervorgerufen haben.

Sie, meine Damen und Herren, haben vor Eingehen in die Budgetberatungen im Finanz- und Budgetausschuß behauptet, Sie würden im Finanz- und Budgetausschuß Material sammeln, um dann hier zum Generalangriff antreten zu können. Im Ausschuß gab es von Ihrer Seite 155 Wortmeldungen, und 24 Stunden lang haben Ihre Abgeordneten unsere Minister unentwegt gefragt. Wenn man sich die Ausbeute anschaut, so muß man sagen, daß sie außerordentlich dürfsig ist. Sie haben zwar zum Sturm geblasen und haben die Sturm-Glocken geläutet . . . (*Zwischenruf des Abg. Kern.*) Herr Kollege Kern! Sie haben zwar die Sturm-Glocken geläutet, aber Ihr Angriff

5686

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Dr. Tull

ist steckengeblieben und Ihre großangekündigte totale Offensive ist im Grunde genommen im Sande verschwunden, sie ist einfach versickert. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Der Sand ist teurer geworden!*) Sie haben bisher keinen einzigen Fingerzeig gegeben, wie man das eine oder das andere besser machen könnte.

Sie haben sich zwar dieses Mal gehütet, konkret viele Abänderungsanträge zu stellen. Das haben Sie nicht gemacht. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Jetzt gibt er es zu!*) Sie haben einen einzigen Abänderungsantrag gestellt. Herr Dipl.-Ing. Tschida! Sie haben aber dafür unzählige Entschließungsanträge eingebracht, die letzten Endes doch auch verwirklicht werden sollten. (*Abg. Kern: Die zum Nachdenken anregen!*) Sie haben die Bundesregierung und die einzelnen Minister aufgefordert, dieses oder jenes zu machen. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Das werden wir doch noch dürfen!*) Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Tschida! Sie haben hier in diesen über 100 Stunden und bei den weit über 200 Wortmeldungen unentwegt geschimpft, geraunzt, gejammt und aufgezeigt, was man alles eigentlich noch verlangen und noch fordern müsse.

Ich darf Ihnen nun eine Blütenauslese Ihrer Forderungen bringen.

Der Herr Abgeordnete Sandmeier hat in seiner Rede gemeint, das Budget 1972 sei auch schlecht gewesen, auch im Vollzug wäre es nicht konjunkturgerecht gewesen. (*Abg. Sandmeier: Besonders im Vollzug!*) Nun darf ich Sie, Herr Abgeordneter Sandmeier, fragen: Wäre das Budget 1972 Ihrer Meinung nach richtig gewesen, wenn wir Ihre Anträge, die Sie damals gestellt haben und die, wie der Generalberichterstatter damals festgestellt hatte, die Kleinigkeit von 18 bis 20 Milliarden Schilling zusätzlich erfordert hätten, berücksichtigt und erfüllt hätten? Herr Professor Dr. Koren! Das hat der Generalberichterstatter Jungwirth genau vor einem Jahr in seinem Abschlußbericht dargelegt. (*Abg. Sandmeier: Kollege Dr. Tull, bleiben Sie doch ernst!*)

Ich darf Ihnen vielleicht einige Ihrer markantesten Forderungen heute hier aufzeigen, die Sie in den letzten Tagen gestellt haben.

Der Herr Abgeordnete Glaser verlangte die Freigabe der Budgetbindungen für die technischen Investitionen bei der Post. (*Abg. Steiner: Das ist, glaube ich, wohl notwendig!*)

Der Herr Dr. König verlangte den forcierten Ausbau der Schnellbahn in den Ballungsräumen. Kostet denn das nichts, meine Damen und Herren? Wissen Sie, was das kosten

würde? (*Abg. Kern: Bürgermeister Slavik hat das sehr vehement gefordert!*) Das würde die Kleinigkeit von 22 Milliarden Schilling in einem Zeitraum von fünf Jahren kosten. Das heißt: Jahr für Jahr um 2,4 Milliarden Schilling mehr!

Oder: Der Herr Abgeordnete König hat zum Beispiel kritisiert, daß das Defizit der Österreichischen Bundesbahnen von 2,8 Milliarden auf 3,7 Milliarden Schilling im Jahr 1973 ansteigt. Gleichzeitig prangern Sie aber an, daß man genötigt gewesen ist, die Tarife entsprechend zu korrigieren, um zu verhindern, daß dieses Defizit noch weiter ansteigt.

Oder: Der Herr Abgeordnete Frodl verlangte die Erhaltung und Verbesserung der Nebenbahnen für die Entwicklung im ländlichen Raum. (*Abg. Dr. Mussil: Das ist richtig! Da hat er vollkommen recht!*) Soll das nichts kosten? Wie viele Milliarden kostet das?

Sie reden von „Budgetexplosion“, Sie reden von Budgetausweitung und stellen gleichzeitig unentwegt Forderungen. Da muß man wirklich fragen: Weiß bei Ihnen der eine noch, was der andere vorher gesprochen hat? Weiß die Linke von Ihnen, was die Rechte getan hat? (*Abg. Dr. Mussil: Sie begeben sich aufs Glatteis!*) Herr Kollege Mussil, Sie verlangen! Wir haben nichts dagegen, wenn das alles gemacht werden soll. Und es wird auch geschehen! Diese Regierung verbürgt sich dafür, daß Österreich moderner gestaltet wird und daß im Zuge der Modernisierungen all das, was in den letzten Jahren nicht geschehen ist und was versäumt wurde, aufgeholt und ehestens verwirklicht wird. (*Beifall bei der SPÖ.*) Aber das alles kostet Geld!

Herr Abgeordneter Dr. Mussil! Dann darf man nicht so doppelzüngig sein, daß man einerseits von „Budgetexplosion“ und von unverantwortlicher Budgetausweitung spricht und andererseits gleichzeitig laufend neue Wünsche an diese Regierung stellt, an den Minister richtet. (*Zwischenruf des Abg. Doktor Keimel.*) Darf ich vielleicht weiterreden?

Herr Kollege Keimel! Ich werde Ihnen noch einige Ihrer Forderungen aufzeigen, um die Widersprüchlichkeit in Ihrer Haltung in aller Öffentlichkeit bloßzulegen und um zu zeigen, wie Sie agieren. Sie handeln nach dem Grundsatz des Januskopfes: die eine Seite muß nicht unbedingt wissen, was die andere getan hat. (*Abg. Dipl.-Ing. Tschida: Lesen Sie Ihre eigenen Reden im Protokoll von 1967 und 1968! — Weitere Zwischenrufe.*)

Ich darf Ihnen sagen, was der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher verlangt hat. Er ver-

Dr. Tull

langte den Ausbau der Bahnhöfe im Hinblick auf das steigende Verkehrsaufkommen. (Abg. *Steiner: Es wäre höchste Zeit!*) Natürlich ist es höchste Zeit! Aber dann dürfen Sie nicht gleichzeitig sagen, daß der Finanzminister in unverantwortlicher Art und Weise das Budget aufbläht und es zu einer Explosion gebracht hat. (Abg. Dr. Keimel: *Wir haben auf den Streckenkilometer doppelt soviel Personal wie in Schweden, Herr Dr. Tull!*) Ich glaube es Ihnen schon: „Doppelt soviel Personal.“ Das liegt ungefähr auf der gleichen Linie, wie es der Herr Abgeordnete Dr. Stix gesagt hat: Wir haben „um 25.000 Eisenbahner zuviel“. Die Eisenbahner werden eine Freude haben, wenn sie das vernehmen. Sie sind also auch der Meinung, wir hätten zuviel Personal! (Abg. Dr. Keimel: *Weil Sie es nicht zusammenbringen!*) Stellen Sie daher den Antrag, daß eine entsprechende Zahl abgebaut wird. (Abg. Dr. Stix: *Abgeordneter Ulrich! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Also bitte, sich wieder etwas zu beruhigen.

Abgeordneter Dr. Tull (fortsetzend): Herr Abgeordneter Dr. Keimel, ich darf Ihnen weiter zitieren: Der Herr Abgeordnete Hahn verlangte den raschen Ausbau der Schnellbahn nach Schwechat sowie die Errichtung eines Großhotels. Glauben Sie, daß das alles nichts kostet? Wer soll denn das bezahlen? Soll das der Weihnachtsmann bringen? Schreiben Sie dem Christkind einen Brief, vielleicht bekommen Sie es dann vom Christkind; aber vom Finanzminister können Sie es nicht erwarten. (Zwischenruf des Abg. Dipl.-Ing. Tschauder.)

Der Herr Abgeordnete Suppan verlangte zum Beispiel mehr Sicherheitswachebeamte, da 890 fehlen. Das ist gerade das, was wir in den letzten Wochen immer wieder gesagt haben: Wenn wir mehr Personal brauchen, so deswegen, weil wir verschiedene Sparten unterbesetzt haben (Abg. Sandmeier: *Mehr Ministerien!*) und sich das im Dienstpostenplan entsprechend auswirken muß. Man kann aber nicht auf der einen Seite sagen, daß der Dienstpostenplan aufgeblättert ist, während man auf der anderen Seite im Budgetausschuß beziehungsweise hier im Hause feststellt, daß es zuwenig Personal gibt (Abg. Dr. Keimel: *Der Verwaltungsdienstpostenplan!* — Abg. Sandmeier: *Mehr Ministerien!*), daß es zuwenig Justizwachebeamte gibt, daß es zuwenig Hochschullehrer, Assistenten und Lehrer gibt. Sie haben recht! Sie müssen aber doch endlich einmal wissen, was Sie wollen. So geht es nicht: Auf der einen Seite kritisieren und angreifen und auf der anderen Seite

gleichzeitig publikumswirksame Forderungen aufstellen! (Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Sandmeier: *Herr Dr. Tull! Für die Budgetstruktur ist der Minister verantwortlich!*)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Sie sollten mit der Schwarzmalerei, die Sie in den letzten Tagen so vehement betrieben haben, doch endlich einmal Schluß machen. Diese düsteren Weissagungen bringen doch nichts und haben doch gar keinen Sinn. In den Jahren 1966 bis 1970 haben Sie, als die Wirtschaft wirklich vor großen Problemen gestanden ist, unentwegt versucht, die Wirtschaft gesundzubeten, statt entsprechende zielführende Maßnahmen in die Wege zu leiten (Abg. Oeböck: *Das ist uns auch gelungen!*), während Sie jetzt versuchen, die Wirtschaft krankzujammern. (Zustimmung bei der ÖVP. — Widerspruch bei der ÖVP.) Das ist es, worum es Ihnen geht! (Abg. Sandmeier: *Davon leben Sie doch heute noch!* — Abg. Oeböck: *Wir sind mit der schlechten Zeit fertiggeworden, ihr werdet nicht einmal mit der guten fertig!* — Weitere Zwischenrufe. — Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.)

Sie sprechen von guten Zeiten. Der Herr Abgeordnete Sandmeier hat heute auch von der Preisentwicklung gesprochen. (Heftige Unruhe.)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Vielleicht ist wieder eine kleine Beruhigung im Hause möglich. Da soll ich gerade beruhigen, und es wird weitergeredet!

Abgeordneter Dr. Tull (fortsetzend): Nehmen Sie, Herr Abgeordneter Sandmeier, zwei Zahlen zur Kenntnis: Im Jahre 1967 haben wir eine Preissteigerung von 4 Prozent bei einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent gehabt. 4 Prozent Preissteigerung bei einer Wachstumsrate von 2,4 Prozent! (Abg. Sandmeier: *Das versteht er nicht!*) 1971 haben wir Preissteigerungen von 4,7 Prozent bei einer Wirtschaftswachstumsrate von 5,2 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist der Unterschied!

Herr Professor Koren hat sich selbst einmal als die „Kassandra vom Dienst“ bezeichnet, weil er uns alle Jahre wieder warnt. Er stellt alle Jahre wieder die Situation so dar, als wenn wir knapp vor einem Weltuntergang stünden. Der Herr Professor Koren erinnert mich eigentlich weniger an die Kassandra als an eine sehr liebrente Theaterfigur, und zwar an den Knieriem in „Lumpazivagabundus“. (Allgemeine Heiterkeit.) Dieser Knieriem hat auch immer wieder gesagt: „In ein Jahr kommt der Komet, nachher geht eh die Welt z'grund!“ (Abg. Sandmeier: *Sie er-*

5688

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Dr. Tull

innern mich an das Traummännlein!) „Und wenn er morgen nicht kommt, so muß er übermorgen kommen!“ So ähnlich ist es auch mit dem Herrn Professor Dr. Koren.

Dieser Knieriem hat einmal gesagt: „Diese Berechnung ist so klar wie Schuhwix. Freilich hat nicht jeder die Wissenschaft so im klein Finger als wie ich; aber auch der minder Gebildete kann alle Tag Sachen genug bemerken, welche deutlich beweisen, daß die Welt nicht lang mehr steht. Kurzum, oben und unten sieht man, es geht rein auf'n Untergang los.“

So ähnlich ist es bei Ihnen. (*Abg. Sandmeier: Ich habe immer gesagt: Ein guter Schauspieler!*) Jedes Jahr wird gewarnt: Jetzt stehen wir vor der Schwierigkeit! Jetzt kommt es, jetzt kommt es! (*Abg. Oenböck: Reden Sie vom Gallup-Institut?*)

Meine Damen und Herren! Sie können unbesorgt sein. Solange diese Regierung im Amt ist — und das wird noch sehr, sehr lange sein, davon sind wir überzeugt —, brauchen die Arbeiter und Angestellten in diesem Lande um ihre Arbeitsplätze nicht zu bangen. (*Abg. Oenböck: Der Komet geht eh unter!*) Solange diese Regierung im Amte ist, wird es mit der Wirtschaft weiter aufwärtsgehen und wird Österreich moderner werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Sie haben zwar sehr viel von der Aufblähung des Budgets gesprochen (*Ruf bei der ÖVP: Stimmt!*) — stimmt, richtig! —, aber ich darf Sie jetzt einladen, die Gegenrechnung anzustellen.

Nehmen wir an, der Umfang des Budgets ist zu groß. Geht in Ordnung. Kommen Sie jetzt bitte heraus und machen Sie konkrete Vorschläge — konkrete Vorschläge, aber nicht so herumreden —, was gestrichen werden soll. (*Abg. Sandmeier: Herr Dr. Tull! Für die Budgetstruktur ist der Herr Bundesminister verantwortlich!*) Wo soll gestrichen, wo soll eingespart werden? Wollen Sie weniger Dienstposten haben, wollen Sie die wirtschaftsfördernden Maßnahmen schmäler? (*Abg. Oenböck: Schichten Sie um!*) Wollen Sie für die Bauern weniger tun? Was wollen Sie eigentlich, meine Damen und Herren? (*Abg. Sandmeier: Aufgabe des Ministers!* — *Weitere Zwischenrufe.*)

Der Herr Abgeordnete Dr. Mock hat vor einigen Tagen hier erklärt: „Was die Opposition vorschlägt, ist uninteressant. Sie reden einfach nicht darüber.“

Meine Damen und Herren! Dabei wäre allerdings sehr interessant gewesen, einmal über das ÖAAB-Stabilisierungskonzept, das in

den Schubladen der Wirtschaftsbund-Hauptverantwortlichen verschwinden mußte, weil es ihnen offenbar nicht ins Konzept gepaßt hat, zu sprechen. Da heißt es beispielsweise bereits im Punkt 1, Herr Kollege Sandmeier — vielleicht hat man es Ihnen vorenthalten —:

„Wir alle wissen, daß die Ursachen der Inflation äußerst komplex sind, nicht nur im Inland zu suchen sein werden, und man bei allen Stabilisierungsmaßnahmen keine spektakulären sofortigen Erfolge, sondern lediglich stufenweise Fortschritte erhoffen kann.“

Was aber haben Sie vor einer halben Stunde gesagt? (*Abg. Sandmeier: Senken Sie den Mehrwertsteuersatz um 2 Prozent!*) Von hier aus haben Sie gesagt, es sei noch nichts zu bemerken. (*Weitere Zwischenrufe.*) Herr Kollege Sandmeier! Ich werde auch darauf noch zu sprechen kommen.

Senkung des Mehrwertsteuersatzes. In Ordnung; auch über diesen Vorschlag können wir uns unterhalten.

Aber ich darf Ihnen noch etwas vorlesen aus diesem ÖAAB-Stabilisierungsprogramm. (*Abg. Dr. Mussil: Kollege Tull! Zitieren Sie noch einmal hier den Knieriem, das war viel besser als das, was Sie jetzt zitieren!* — Heiterkeit.) Ja, das ÖAAB-Konzept paßt Ihnen nicht. Das kann ich mir schon denken, Herr Dr. Mussil. Das tut Ihnen weh. Aber hier ist noch etwas anderes festgehalten, Herr Abgeordneter Dr. Mussil, es heißt da:

„Wesentlich ist vielmehr die Weitergabe von Produktivitätseinsparungen in allen jenen Branchen zu erreichen, bei welchen die Produktivität rascher zunimmt als die Kosten.“

Begrüßenswert! Darüber kann man reden. Aber dieses Programm mußte ja verschwinden. Darüber dürfen wir nicht reden, weil der ÖAAB vom Wirtschaftsbund mundtot gemacht wurde. Er darf einfach nicht darüber reden. (*Abg. Oenböck: Reden Sie darüber!*)

Nun, meine Damen und Herren, komme ich nochmals auf den Vorschlag zurück, den Mehrwertsteuersatz zu senken. Herr Kollege Sandmeier, Sie wissen ganz genau: Ihr Vorschlag, der da auf 2 Prozent Mehrwertsteuersenkung gelautet hat, würde Mindereinnahmen von 4 Milliarden Schilling verursachen. Nun sagen Sie mir bei der äußerst schwierigen Situation im Hinblick auf die vielen reformatirischen Maßnahmen, die in den letzten Monaten gesetzt worden sind: Wie soll man dann eigentlich budgetieren? Dann wäre ja ein Budgetieren praktisch fast unmöglich geworden!

Diese Frage hat aber auch noch eine preispolitische Seite. Die meisten Unternehmer

Dr. Tull

haben ja — ich will mich sehr vorsichtig und elegant ausdrücken — bereits den 1. Jänner vor ihrem geistigen Auge und haben bereits entsprechende kalkulatorische Maßnahmen gesetzt. (Abg. Sandmeier: Verdächtigen Sie die Unternehmer nicht! — Abg. Fenzöck: Zitieren Sie den Knieriem!) Glauben Sie wirklich, Herr Kollege Sandmeier, daß, wenn wir jetzt den Steuersatz um 2 Prozent ermäßigen würden, deswegen die Waren entsprechend verbilligt wären? — Um keinen einzigen Schilling würde etwas billiger werden! (Abg. Sandmeier: Sicher!) Im Gegenteil, man würde nach wie vor das kassieren, was schon vorgesehen ist, beziehungsweise was man zu kassieren beabsichtigt. (Abg. Sandmeier: Beim Konsumverein vielleicht!)

Meine Damen und Herren! Während dieser Budgetdebatte haben Sie uns wiederholt aufgefordert, doch einmal aufzuzeigen, was eigentlich diese Regierung bisher verwirklicht hat. Wir werden in einigen wenigen Tagen ein Jubiläum begehen können: 1000 Tage Regierung Kreisky. 1000 Tage Regierung Kreisky bedeutet wirtschaftlichen Aufschwung, bedeutet mehr Wohlstand, bedeutet mehr Chancengleichheit für alle Österreicherinnen und Österreicher. (Ruf bei der ÖVP: Bedeutet höhere Preise! — Abg. Sandmeier: Mehr Preissteigerung! Mehr Defizite! Mehr Inflation!)

Meine Damen und Herren! Was haben wir in diesen knapp drei Jahren alles von unserem Vorhaben verwirklicht? (Erneute Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Da hat sich der Herr Abgeordnete Dr. König im Stil eines verwitterten Jugendführers hergestellt und gefragt: Was hat eigentlich diese SPÖ für die junge Generation getan? Ja glauben Sie, daß die Mitglieder Ihrer Jugendbewegung nicht auch sehr gerne die 15.000 S Heiratsbeihilfe vom Finanzminister Androsch kassieren? Sie sagen es Ihnen vielleicht nicht, aber im Grund ihres Herzens sind sie froh und dankbar. Unsere Aufgabe ist es, den Leuten das immer wieder ins Bewußtsein zu bringen, wer es gewesen ist, der diese 15.000 S beschlossen hat. Gegen Ihre Stimmen! Die Sozialisten waren es nämlich. (Beifall bei der SPÖ.)

Oder: Glauben Sie, daß die Mitglieder Ihrer ÖVP-Jugendorganisationen (Zwischenrufe des Abg. Kern) heute unbedingt darauf bestehen, weiter neun Monate Wehrdienst abzuleisten? Glauben Sie, daß die sich nicht auch so freuen wie alle anderen jungen Österreicher, für die die Wehrdienstzeit verkürzt worden ist?

Oder: Vor einigen Tagen hat der Abgeordnete Breiteneder im Zusammenhang mit der Erhöhung der Kinderbeihilfen gesagt, daß für die Hochschüler nichts getan worden sei. Ja glauben Sie, daß die Hochschüler es nicht dankbar vermerkt haben und in Erinnerung behalten werden — wir werden nämlich dafür sorgen und es ihnen immer wieder sagen —, daß die Hochschultaxenbefreiung eine Initiative dieser Regierung gewesen ist?

Oder glauben Sie, daß die Pensionisten es vergessen, wenn sie am 1. Jänner 1973 um 793 S mehr bekommen als vor zwei Jahren? Das ist das Entscheidende! Nicht Ihre Verdächtigungen! Nicht Ihre üble Nachrede! (Beifall bei der SPÖ.) Nicht die Behauptung, daß das ein falscher, ein übler Trick sei! (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das Geld zählt bei diesen Leuten. Sie wissen, daß das ein aktiver Beitrag im Kampf gegen die Armut in diesem Lande gewesen ist.

Oder glauben Sie, daß die Witwen es vergessen werden, daß wir es gewesen sind, die ihnen die Witwenpension von 50 auf 60 Prozent echt erhöht haben? Im Gegensatz zu jenem Trick, der in der ÖVP-Regierungszeit gemacht worden ist, als man 10 Prozent von 50 aufgeschlagen und gesagt hat: Sie müssen mit 55 Prozent das Auslangen finden. (Abg. Sandmeier: Die Erhöhung der Witwenpensionen kommt von der Frau Minister Rehor und nicht von Ihnen!) Ja, der üble Trick, wenn wir schon vom übeln Trick reden: Man hat nicht auf 60 Prozent, sondern nur auf 55 Prozent erhöht.

Oder glauben Sie, daß die Eltern in Österreich es übersehen, vergessen haben, daß die Geburtenbeihilfe auf 2000 S erhöht worden ist?

Glauben Sie, daß man die freien Schulfahrten, die Schulwegbeihilfe, die kostenlosen Schulbücher einfach vergessen wird?

Glauben Sie wirklich, daß zum Beispiel die Erhöhung der Kinderbeihilfen entsprechend den Bestimmungen des Familienlastenausgleichsgesetzes — nicht so, wie Sie es seinerzeit unter Koren getan haben, indem Sie die Gelder des Ausgleichsfonds zweckwidrig verwendet haben — von den Eltern einfach übersehen wird?

Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß die Arbeiter und Angestellten nicht wissen, wem sie die Verbesserung der Urlaubsvorschriften zu verdanken haben? Eine Maßnahme, die innerhalb dieser 1000 Tage Regierung Kreisky gesetzt worden ist.

Die Überstundenregelung, die Lohnsteuerreform ... (Heftiger Widerspruch bei der ÖVP. — Abg. Hahn: Was heißt Über-

Dr. Tull

stundenregelung? Das ist doch der Gipfel! Sie glauben, Sie haben lauter Dumme vor sich sitzen! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich darf Ihnen folgendes sagen, meine Damen und Herren. (Abg. Dr. Schwimmer: Sagen Sie die Wahrheit! — Abg. Hahn: Das ist eine Märchenstunde!) Auch die Bauern werden sich daran erinnern ... (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Unruhe. — Abg. Dr. Schwimmer: Sagen Sie doch die Wahrheit!)

Präsident Dr. Maleta (das Glockenzeichen gebend): Also, meine Damen und Herren, wieder ein bissel ruhiger!

Abgeordneter Dr. Tull (fortsetzend): Sie werden sich daran erinnern, daß die Bauern zum erstenmal im Jahre 1972 im Rahmen des Grünen Planes über 1 Milliarde Schilling bekommen haben, während sie in Ihrer Regierungszeit mit 800 Millionen Schilling das Auslangen finden mußten. (Abg. Dr. Keimel: Bei Ihren Preiserhöhungen war das auch notwendig!)

Glauben Sie, meine Damen und Herren, daß man es in Österreich übersieht ... (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Doktor Keimel: Bei Ihrer Preisentwicklung ist das auch notwendig!) Sie wollen eine Auskunft haben, und die gebe ich jetzt! (Präsident Dr. Maleta gibt das Glockenzeichen.) Herr Kollege Keimel! Sie wollten haben, daß wir aufzeigen, was diese Regierung getan hat! Diese Regierung hat das verwirklicht, was sie in ihrer Regierungserklärung als ihre Absichtserklärung verkündet hat. Darum geht es uns! (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.) Diese Regierung wird — da mögen Sie noch so sehr schimpfen, da mögen Sie sich noch so sehr alterieren — diesen Weg weitergehen, unbeirrt weitergehen! (Ruf bei der ÖVP: Das stimmt nicht: Die Inflation haben Sie ja gar nicht versprochen in der Regierungserklärung!)

Meine Damen und Herren! Während das ÖVP-Parteischiff nach wie vor manövriertunfähig im Trockendock liegt — das Salzburger Lüfterl hat überhaupt hier keine Besserung herbeiführen können (Abg. Dr. Schwimmer: Dann lesen Sie die heutigen Zeitungen!) —, stellen wir fest, daß diese Partei nach wie vor ohne Linie ist und konzeptlos agiert. (Weitere Zwischenrufe.)

Im Gegensatz dazu wird die Sozialistische Partei ihr Programm konsequent verwirklichen.

Herr Dr. Mussil hat vor einigen Tagen bei der Behandlung des Strukturverbesserungsgesetzes erklärt, man finde derzeit nicht leicht

den richtigen Weg, die ÖVP jedoch hätte ihn in der Zeit von 1966 bis 1970 gefunden.

Wir haben den richtigen Kurs angesteuert, wir, die Regierungspartei, und wir gehen den rechten Weg. Und Sie können weiterhin Ihren Weg gehen, markiert von fünf Bünden und zwei Firmen, wobei man nie weiß, welche Firma im jeweiligen Augenblick das Zepter führt. (Abg. Dr. Schwimmer: Aber es sind bereits mehr Österreicher für die ÖVP als für die SPÖ! Lesen Sie die Zeitungen!)

Wie „richtig“ Ihr Weg von 1966 bis 1970 gewesen ist, haben Ihnen die Nationalratswahlergebnisse 1970 und 1971 bereits gezeigt. (Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der ÖVP! Gehen Sie ruhig Ihren Weg weiter. Wir haben die Absicht, unseren zu gehen, jenen Weg des wirtschaftlichen Aufstieges unseres Landes (Abg. Dr. Schwimmer: Und der Inflation!), der Vermehrung des Wohlstandes für alle Bevölkerungsgruppen, des Ausbaues der sozialen Sicherheit, den Weg ins das große Europa.

Und wenn Sie nicht einsehen wollen, was diese Regierung in den letzten drei Jahren geleistet hat, möchte ich Ihnen einen Artikel aus einer angesehenen englischen Wirtschaftszeitung vom 11. Dezember dieses Jahres in Erinnerung rufen, wo es da heißt (Abg. Sandmeier: Englische „AZ“): „Trotz allem politischen Gezänk über die Verantwortung für die ‚dramatische Inflation‘ ist die wirtschaftliche Situation im ganzen, von welchem Standpunkt man sie auch betrachtet, immer noch besser ...“ (Abg. Dr. Schwimmer: Welche Zeitung ist das?) Die wirtschaftliche Situation — hören Sie meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! — ist trotz Ihrer Schwarzmalerei, Ihren düsteren Prophezeiungen noch immer besser „als in den meisten anderen westeuropäischen Ländern.“ (Abg. Dr. Schwimmer: Welche Zeitung, Herr Kollege?)

Das ermuntert und ermutigt uns, unseren Weg für ein modernes Österreich weiter zu gehen. (Beifall bei der SPÖ. — Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Neuner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Neuner (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Tull, ich kann Ihnen nicht mit Zitaten aus englischen Blättern dienen, ich zitiere Ihnen Ihren Parteivorsitzenden Bundeskanzler Kreisky, wie er uns berichtet hat über die Budgets

DDr. Neuner

der ÖVP-Regierung, die Sie als so schlecht bezeichnet haben.

Vorerst möchte ich betonen, daß doch jedes Budget nach der jeweiligen Wirtschaftslage beurteilt werden muß.

Ihr Bundeskanzler Dr. Kreisky legte am 6. Juli 1972 dem Parlament einen Bericht über die wirtschaftliche Lage vor, und ich zitiere daraus von Seite 8 die Wiedergabe des OECD-Berichtes. Da heißt es:

„Im vorjährigen Bericht wurde auf die eindrucksvolle Verbindung von raschem Wachstum, verbesserter Zahlungsbilanz und relativer Kosten- und Preisstabilität während des Konjunkturaufschwunges 1968 bis 1970 hingewiesen.“

Und im endgültigen Gutachten über den Preis- und Kostenauftrieb des Beirates lesen wir auf Seite 36, daß die Budgetsalden im untersuchten Zeitraum, in den Jahren 1966 bis 1970, als antizyklisch bezeichnet werden können.

Das ist die Kritik, die wir von Unabhängigen, von Außenstehenden und Neutralen zu unseren Budgets bekommen haben, und sie wiegt stärker als die Kritik des Herrn Doktor Tull. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Tull kritisierte hier auch die Entschließungen, die die ÖVP-Faktion im Finanzausschuß eingebracht und zum Teil auch hier im Plenum wiederholt hat. Wir von der ÖVP zeigen Ihnen, zeigen der Regierung, wie wir es besser machen würden, welche Vorschläge wir hätten. Und gegen den Vorwurf ... (*Zwischenruf des Abg. Wodica.*) Da steht es, da haben Sie nicht aufgepaßt. Ich habe Ihnen vorgelesen, daß wir es besser gemacht haben, Herr Wodica! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auf den Vorwurf, daß das Geld kostet, sagen wir Ihnen, wir würden es eben anderswo einsparen. Wir würden zum Beispiel nicht die Repräsentationskosten von 1970 auf 1973 um 75 Prozent erhöhen. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist eine gigantische Summe, die auf diese Weise herauskommt.

Der Herr Dr. Tull hat es auch für notwendig befunden, hier Ausdrücke zu gebrauchen wie „die ÖVP schimpfte“; er hat geglaubt, von einem meiner Parteidreunde als von einem „verknitterten Jugendführer“ sprechen zu müssen, er hat von „üblichen Tricks“ gesprochen. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Es sind ihm hier auch echte Irrtümer unterlaufen. Er hat es so hingestellt, als wären die 15.000 S Heiratsbeihilfe gegen unsere Stimmen beschlossen worden. Er hat die Überstundensregelung der Initiative der SPÖ zugeschrieben.

Herr Dr. Tull! Offenbar hat Sie das Studium des Sozialversicherungsrechtes in der letzten Zeit überfordert. Dort dürften Sie sich nämlich enorme Kenntnisse angeeignet haben. Denn als wirklicher Blitzkneifer haben Sie sofort erkannt, was der Antrag Schlager für einen Wert hat — und haben ihm auch zugestimmt, Herr Dr. Tull! (*Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.*)

Nach den Ausführungen, die ich dem Vorsitzenden der sozialistischen Fraktion, Herrn Dr. Tull, entgegenhalten wollte, nun zu dem, was ich mir vorgenommen habe.

Nach einer Monsterbudgetdebatte hat man nun am Ende über das Kapitel Finanzen zu sprechen. Das muß so sein, das Kapitel Finanzen kann eben nur am Ende dieser Budgetdebatte behandelt werden. Wir sind in einer sehr großen Zeitverspätung begriffen, die Ermüdung der Abgeordneten ist begreiflich. Die Sachverhalte, die wir hier zu behandeln haben, sind äußerst kompliziert. Ich werde mich daher auch dem Trend der heutigen Sitzung anpassen, mich sehr kurz fassen und nur einige Kapitel herausgreifen.

Thema eins in der österreichischen Wirtschaft und in der österreichischen Bevölkerung ist die Mehrwertsteuer. Diese Mehrwertsteuer macht uns derzeit die größten Schwierigkeiten, auf die wir, die ÖVP-Faktion, bei den Beratungen auch ständig hingewiesen haben. Wir haben darauf aufmerksam gemacht und gefordert, man möge die Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1974 einführen, um die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, in einer Einführungsphase überwinden zu können.

Das sozialistische Nein dazu war in erster Linie aus wahlaktischen Gründen gegeben worden. Sie haben sich über unsere Ausführungen hinweggesetzt. Als wir das sozialistische Nein gehört haben, haben wir Sie aufgefordert, doch alles zu tun, um der Wirtschaft und der Finanzverwaltung die Einführung der Mehrwertsteuer zu erleichtern. Was haben Sie aber in Wirklichkeit seit dem Sommer dieses Jahres getan? Sie haben Plakate affichiert, Sie haben Inserate aufgegeben, Sie haben Broschüren aufgelegt. Vom Standpunkt der Publicity für die SPÖ mag das vielleicht interessant gewesen sein. Jedenfalls steht fest, daß es auf Staatskosten geschehen ist. Vom Standpunkt des Steuerkundigen, der sich mit der Mehrwertsteuer zu befassen hat, ist der Informationswert überhaupt nicht gegeben, weder für diejenigen, für die es gedacht ist, nämlich für die Unternehmer, und schon gar nicht für die Fachleute.

Sie haben auch eine Schallplatte besungen, Herr Finanzminister. (*Bundesminister Doktor*

5692

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

DDr. Neuner

An d r o s c h: Besprochen!) Besprochen, bitte. Nicht gesungen? — Schade! Ich nehme das auch persönlich als einen Gspaß hin, nicht als eine unbedingte Mehrwertsteuerinformation, die Sie als Bundesminister herausgegeben haben. Ich kann mir auch kein Urteil darüber bilden, weil ich Sie noch nicht gehört habe, wie gut Sie darauf gesprochen haben. Ich schlage Ihnen vielleicht einen Tausch vor, Herr Bundesminister: Ich gebe Ihnen meine nächste Fachpublikation, den Steuerindex, und Sie geben mir dafür die Schallplatte. Einverstanden, Herr Minister? (*Bundesminister Doktor A n d r o s c h stimmt zu.*) Sehr gut.

Ich habe allerdings ein paar Schauspieler in meiner Klientel und kann mir ein Bild über deren Steuerkenntnisse machen. Ich bin überzeugt, daß ich hier zu der Aussage berechtigt bin, daß unter den Schauspielern der Finanzminister Dr. Androsch sicher der größte Steuerfachmann ist. Ob er unter den Steuerfachleuten auch der größte Schauspieler ist, das vermag ich hier nicht zu beurteilen, aber vielleicht vermag ich das, wenn ich Ihre Stimme von der Schallplatte herunter hören kann.

Nun aber zurück zum bitteren Ernst der Mehrwertsteuer. Sie haben auch weiterhin die Bevölkerung sehr schön aufklären lassen, indem jeder Steuerpflichtige, der eine Steuernummer hat, eine Einladung bekommen hat, er möge an Einführungsvorträgen teilnehmen, die Finanzbeamte zusammen mit Berufskollegen von uns abhalten.

Ich habe ziemlich eingehende Berichte aus mehreren solchen Vortragsveranstaltungen. Ich muß Ihnen sagen, Herr Bundesminister — Sie werden sicherlich auch die Berichte von Ihren Beamten bekommen haben —, daß diese Vorträge über das Elementarste nicht hinausgehen können. Das ist kein Vorwurf gegen die Veranstalter oder gegen die Vortragenden selbst. Soweit Finanzbeamte dort aufgetreten sind, sind sie nur in ganz kurzer Zeit für die Mehrwertsteuerbelange eingeschult worden, und sie sind mit jenen Fragen, mit denen die Wirtschaftstreuhänder bereits durch ihre Klienten ständig konfrontiert werden, nicht konfrontiert worden. Es fällt ihnen daher schwer, die wirklichen Fragen, die in der Praxis auftreten, zu lösen.

Sie haben, Herr Bundesminister, die Beamten damit überfordert.

Umso mehr treten die Schwierigkeiten auf, als der Entlastungskatalog erst am letzten Tag der gesetzlich vorgesehenen Frist herausgegeben worden ist.

Herr Bundesminister, Sie sind vor allem dafür verantwortlich, daß der Einführungser-

laß zu spät publiziert worden ist! Man hätte nach Sachgebieten und nach Dringlichkeit aufteilen sollen, hätte die dringlicheren Dinge vorweg behandeln müssen — nicht erst warten dürfen, bis auch jede Kleinigkeit geregelt wäre, was ja auch gar nicht der Fall ist, um dann einen geschlossenen einmaligen Erlaß herzugeben. Sie werden noch viele Erlässe diesem Erlaß nachfolgen lassen müssen. Es wäre zweckmäßiger gewesen, nach Dringlichkeit einzelne Fragenkomplexe zeitlich früher vorweg zu behandeln. Sie hätten damit der Wirtschaft und vor allem auch Ihren Beamten einen Dienst erwiesen.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel geben, Herr Bundesminister, das in den nächsten Tagen laufend in der österreichischen Wirtschaft vorkommen wird: Es hat jemand etwas für Weihnachten mit Umtauschmöglichkeit eingekauft und hat das dann verschenkt; der Beschenkte findet keinen Gefallen daran und tauscht es im Jänner um. Ich habe mir sagen lassen, daß in manchen Branchen in den ersten Jänner-tagen die einzigen Tätigkeiten dieser Branche die Umtäusche aus den Weihnachtseinkäufen sind. Der Einkauf des Jahres 1972 war noch nach dem alten Umsatzsteuerrecht durchzuführen, der Umtausch im Jahre 1973 liegt bereits im Geltungsbereich der Mehrwertsteuer. Wie ist nun vorzugehen, Herr Bundesminister? Eine einfache Frage aus der Praxis.

Für die Vorratsentlastung sind die Bestimmungen im § 27 Abs. 6 des Gesetzes enthalten. Aber wie ist im Hinblick auf die Preisenlastung vorzugehen, Herr Bundesminister? Welche Rechenoperationen hat der kleine Detaillist — meistens trifft es ihn — anzustellen, um hier völlig korrekt die alte Umsatzsteuer, die neue Mehrwertsteuer, die Vorratsentlastung und so weiter insbesondere dann zu ermitteln, wenn, was in der Vielzahl der Fälle vorkommt, eine Preisaufzahlung erfolgen wird oder eine Geldrückgabe möglich ist? Die Antwort darauf, Herr Bundesminister, die heute tatsächlich alltägliche Sachverhalte betrifft, fehlt im Einführungserlaß.

Aber dafür finden wir darin, Herr Bundesminister, die inhaltsschwere Aussage, die ich jetzt wörtlich zitiere:

„Ein Sektfrühstück wird in aller Regel nicht als ortsübliches Frühstück angesprochen werden können.“

Das steht im Abschnitt 59 Abs. 5. Als wenn das eine Neuigkeit wäre! Aber vielleicht war es eine Verbeugung vor irgendwelchen Gewerkschaftswünschen. Für die Finanzbeamten wäre es nicht notwendig gewesen, daß man ihnen solche Binsenweisheiten, noch dazu in

DDr. Neuner

so geschraubter Sprache, zur Kenntnis bringt.
(*Beifall bei der ÖVP.*)

Die fehlende Aufklärung durch Sie, Herr Bundesminister, die wirkliche Aufklärung — und nicht eine Scheinaufklärung — muß vielfach durch Interessenvertretungen ersetzt werden, insbesondere durch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft. Die Kammer hat hierbei enorm hohe Kosten. Ich habe Sie deshalb im Unterausschuß gefragt, ob Sie, Herr Bundesminister, bereit sind, aus Budgetmitteln der Kammer der gewerblichen Wirtschaft einen Beitrag für diese Kosten zu leisten, weil doch die Kammer hier auch für den Staat Aufgaben übernimmt. Herr Bundesminister! Sie haben damals unter anderem zur Antwort gegeben — ich habe mir das aufgeschrieben: „Nicht alles, was die Kammer tut, geschieht im Interesse der Finanzverwaltung“, und da haben Sie gleich darübergestreut: „und der Mieter“. Sie haben auf ein Schreiben der Kammer der gewerblichen Wirtschaft an die Mieter hingewiesen, und es sollte mit Ihrer Bemerkung der Eindruck entstehen, die Kammer hätte die Mieter mehr oder minder hineingelegt.

Herr Bundesminister! Sie haben uns damals dieses Schreiben nicht vorgelegt. Zum Unterschied dazu, weil ich jetzt damit argumentiere, lege ich Ihnen ein Schreiben vor, das ich jetzt behandle, damit Sie mithdenken können und es vor sich haben.

In diesem Schreiben vom 24. Oktober 1972 schreibt die Kammer der gewerblichen Wirtschaft Wien als Vermieterin für die Mieter in ihren eigenen Häusern:

„Wie Ihnen sicher bekannt ist, tritt am 1. Jänner 1973 das Umsatzsteuergesetz 1972 (Mehrwertsteuer) in Kraft.

§ 10 Abs. 2 Z. 5 dieses Gesetzes sieht für die nunmehr ebenfalls umsatsteuerpflichtige Vermietung und Verpachtung einen ermäßigten Steuersatz von 8 Prozent vor.

Während diese Umsatzsteuer den Mietern von Geschäftsräumlichkeiten, Büros, Magazinen und dergleichen jedenfalls angelastet werden kann, ist dies bei Wohnungen, die vor dem 1. 1. 1973 gemietet wurden, nur mit Zustimmung des Mieters möglich.

Diese Regelung bildet den Anlaß, an Sie mit der Frage heranzutreten, ob Sie eine Anrechnung der Mehrwertsteuer wünschen.

Für einen solchen Wunsch können folgende Gründe maßgebend sein“ — das erspare ich mir, das ist jetzt eine Erläuterung, wie das technisch durchführbar ist.

Abschließend heißt es wörtlich:

„Sollten Sie im Sinne der Einführungsvorschriften zum Umsatzsteuergesetz 1972 die Anrechnung der auf Ihr Objekt entfallenden Mehrwertsteuer wünschen, werden Sie um Ihre Unterschrift auf der Rückseite dieses Rundschreibens zum Zeichen Ihres Einverständnisses ersucht.“

Hohes Haus! Das ist eine absolut korrekte Information eines Hauseigentümers an seine Mieter über die neue Rechtssituation auf Grund der Einführung der Mehrwertsteuer. Das stellen Sie aber so als Begründung für Ihre Behauptung hin, als geschehe nicht alles im Interesse der Mieter; mit leichter Hand wurde das im Ausschuß so hingestellt.

Wir kreiden Ihnen das an, Herr Bundesminister, als einen Stil der Oberflächlichkeit, den Sie mitunter bei Ihrer parlamentarischen Tätigkeit entfalten. Ich muß sagen: bewußt entfalten, Herr Bundesminister, denn aus Ihrer beruflichen — unserer gemeinsamen beruflichen — Tätigkeit müssen Sie einen anderen Stil der Arbeit gewöhnt sein, denn sonst hätten Sie nicht erfolgreich eine Kanzlei führen können. Dort ist man präzise und korrekt. Seien Sie bitte auch in Ihren Argumenten als Finanzminister präzise und korrekt und unterlassen Sie solche scheinbare Beschuldigungen, hinter denen überhaupt nichts steht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Sie haben mit der Einführung der Individualbesteuerung auch gesagt: Der Absetzbetrag für die mittätige Ehegattin fällt weg; es soll eben der Unternehmer seine Ehegattin anstellen, ein echtes Dienstverhältnis begründen. Herr Minister! Das redet sich so leicht; wenn man aber die Praxis ansieht, steht man vor ganz großen Schwierigkeiten.

Zunächst einmal kann, was wir Ihnen schon bei der Einkommensteuerdebatte vor Augen geführt haben, mitunter bei einem gewissen Alter der Ehefrau die Ehefrau gar nicht mehr so viel Beitragszeiten erreichen, daß sie eine eigene Pension bekommt. Zum anderen aber ist es so, daß der steuerpflichtige Unternehmer seine Sozialversicherungsbemessungsgrundlage durch den Lohn kürzt. Es treten also mitunter zwei sozialversicherungsrechtliche Nachteile kumuliert auf.

So ist es Sache des Rechenstiftes des einzelnen Unternehmers, ob er eine solche Vorgangsweise wählt oder nicht. Vielfach wird er zum Schluß kommen, daß ein solches Dienstverhältnis unmöglich ist. Ihr Rezept aber bleibt bestehen, der Ersatz für den Freibetrag der mittätigen Ehegattin fällt weg.

5694

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

DDr. Neuner

Aber es kommt noch viel schlimmer. Herr Bundesminister! Ich nehme doch an, daß Ihnen bekannt ist, welche Auffassung zunächst einmal die Wiener Gebietskrankenkasse teilt, wenn ein Unternehmer seine Ehegattin, die bisher vollbeschäftigt mittätig war, als Angestellte anmeldet. Die Wiener Gebietskrankenkasse vertritt dann die Auffassung, daß auf den kollektivvertraglichen Lohn rückwirkend ab 1. Juni 1969 die Beitragspflicht nachgefordert werden könne. Ich betone, Hohes Haus, daß diesbezüglich Gespräche mit dem Herrn Sozialminister und Vizekanzler sowie mit dem Herrn Abgeordneten Sekanina stattgefunden haben. Wir haben Aussicht — die Sache ist leider noch nicht zu Ende geführt, Herr Vizekanzler —, daß von höherer Instanz diese Auffassung der Wiener Gebietskrankenkasse als nicht richtig bezeichnet werden wird. Ich betone, daß es unbedingt notwendig ist, daß wir diese Gespräche, Herr Sozialminister und Vizekanzler, zu Ende führen. Ich habe hier Berechnungen anstellen lassen: Eine solche Nachforderung würde beispielsweise bei einer Ehegattin, für die der Kollektivvertrag des Lebensmittelkleinhandels in der Beschäftigtengruppe 2 im zehnten Berufsjahr zutreffen würde — die bescheidenen Beträge: 1969 Monatslohn 2683 S, ansteigend dann auf 3729 S —, zu einer Beitragsnachzahlung von 42.016 S führen. Das wäre die Folge, wenn ein Lebensmitteleinzelhändler seine Ehegattin, die bisher im Betrieb mittätig war, ab 1. Jänner 1973 als Dienstnehmerin anmeldet.

Ich möchte mich jetzt hier nicht verbreitern, Herr Vizekanzler, weil Sie uns zugesagt haben, daß die Sache geprüft werden wird. Ich betone, Herr Vizekanzler, noch einmal die Dringlichkeit dieser Sache. (*Abg. Ing. Häuser: Wollen Sie eine Prüfung, oder wollen Sie ein Politikum daraus machen?*) Herr Vizekanzler! Ich sage mit aller Deutlichkeit, daß es notwendig ist, daß wir die Sache prüfen. (*Abg. Ing. Häuser: Wissen Sie nicht, daß wir es bereits vorbereitet haben?*) Es ist leider die Besprechung heute um 10 Uhr, Herr Vizekanzler, nicht möglich gewesen, weil der Herr, den Sie hierher beordert haben, nicht kommen konnte. (*Abg. Ing. Häuser: Ich habe niemanden herbeordert!*) Wir haben das jetzt für nachmittag — Herr Sekanina hat dann jemand herbeordert — um 1½ Uhr verschoben. Ich hoffe, Herr Vizekanzler, daß diese Sache beigelegt wird. Das ist ja kein Politikum, Herr Vizekanzler, da geht es um reines Geld. (*Abg. Ing. Häuser: Gehört es dann zur Spezialdebatte über das Budget?*) Ich sage Ihnen, unangenehm kann es Ihnen schon sein, wenn solche Dinge geschehen, weil dadurch das, was der Herr Finanzminister als Ersatz empfiehlt, eben nicht möglich ist.

Wie schwierig die Sache ist, zeigt schon der Umstand, Herr Vizekanzler, daß auch beim letzten Kammtag der Kammer der Wirtschaftstreuhänder über diese Angelegenheit eine Entschließung gefaßt worden ist. Auch die Kammer der Wirtschaftstreuhänder wird an Sie, Herr Vizekanzler, in diesem Punkt herantreten, wenn man nicht schon vorher heute nachmittag eine Lösung findet. Ich betone noch einmal: Am 2. oder 3. Jänner werden diese Anmeldungen pflichtgemäß abgegeben werden, wenn man ab 1. Jänner dieses Dienstverhältnis begründet; bis dahin muß die Sache geklärt sein.

Nun zu einem wesentlichen Kapitel, von dem ich auch sagen möchte, daß es kein Politikum ist, weil dieses Problem jede Regierung trifft. Es kommt nur darauf an, wie man es löst: Das ist die Personallage in der Finanzverwaltung.

Herr Bundesminister! Ich habe Ihnen im Ausschuß schon vorgehalten, daß es meiner Meinung nach nicht richtig war, in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. September 1972 im Zusammenhang mit einer Ankündigung des Herrn Bundeskanzlers eine Überschrift „Neuer Schwung in den Beamtenapparat“ zu bringen, damit einen vielleicht bei den Unkundigen und bei der Masse der Bevölkerung latent schwelenden Unmut gegen die Beamtenschaft auf diese Weise wachzurufen und wieder auf etwas anderes abzulenken, weil man eben eigene Fehler in der Regierung macht. Ich habe Ihnen das mit aller Deutlichkeit im Ausschuß gesagt. Ich habe es vor einem anderen Forum ebenfalls gesagt und wiederhole es hier.

Ich bin der Meinung, daß diese Aussage für die Finanzbeamten keineswegs Geltung haben kann. Denn die Finanzbeamten der ersten Instanz sind durch ihr alljährlich wiederkehrendes Arbeitspensum bei einer immer schwieriger werdenden Veranlagung, bei Betriebsprüfungen, bei der Lohnabgabenverwaltung ständig auf Schwung gehalten. Die Beamten der zweiten Instanz sind durch die Verfeinerung des Rechtsschutzes ständig auf Schwung gehalten, denn immer qualifiziertere Wirtschaftstreuhänder und Rechtsanwälte treten im Rechtsmittelverfahren auf und bringen Zweifelsfragen vor, die gelöst werden müssen. Die Beamten der dritten Instanz, Herr Bundesminister, sind dadurch auf Schwung gehalten, daß sie das, was sozialistische Gefälligkeitspolitik ist, in die Gesetzessprache umsetzen müssen. Es ist daher überflüssig, wenn der Herr Bundeskanzler davon spricht, man müßte die Finanzbeamten auch auf Schwung halten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

DDr. Neuner

Nun zu einer sehr wesentlichen Aussage in diesem Zusammenhang. Ihnen ist bekannt, Herr Bundesminister, daß der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes für das Verwaltungsjahr 1971 eine klare und eindeutige Aussage darüber macht, daß es unmöglich ist — trotz aller Anstrengungen —, den Iststand der Finanzämter voll an den Sollstand laut Dienstpostenplan 1971, geschweige denn an das wesentlich höhere Bedarfsoll heranzuführen. Ich zitiere noch einmal — ich habe es bei der Einkommensteuer 1972 gemacht — die Ausführungen des Rechnungshofes wörtlich:

„Da durch die rege gesetzgeberische Tätigkeit des Nationalrates im Jahre 1971 die Aufgaben der Finanzämter nicht nur in ihrem Umfang gewachsen, sondern auch schwieriger geworden sind, hat die Arbeitsbelastung der Bediensteten vielfach ein fast nicht mehr zumutbares Ausmaß erreicht. Den Finanzämtern wird daher die Erfüllung neuer Aufgaben in Hinkunft nur mehr durch Zuteilung zusätzlicher Dienstposten möglich sein, die auch besetzt werden müßten.“

Das, Herr Bundesminister, habe ich Ihnen im Finanzausschuß auch vorgehalten. Sie haben daraufhin geantwortet: Das ist nicht zutreffend; Sie haben nur 48 Posten nicht besetzt. Es ist in Ihrer Stellungnahme ungefähr das Gegenteil von dem herausgekommen, was der Rechnungshof aussagt.

In einer Zeitung ist ein Teil des Inhaltes des Tätigkeitsberichtes 1972 über eine Prüfung der Finanzämter in Tirol kundgemacht worden, wo für das Jahr 1972 für den Tiroler Bereich noch viel härtere Aussagen des Rechnungshofes vorliegen, als dies für das Verwaltungsjahr 1971 zutreffend ist.

Herr Bundesminister! Die Finanzverwaltung auf österreichischem Boden war dreimal mit großen Änderungen konfrontiert:

Im Jahr 1938/39, als das österreichische Steuerrecht durch das deutsche abgelöst werden mußte. Damals konnte man eine ganze Reihe von Neueinstellungen von arbeitslosen Beamten und Dienstnehmern vornehmen. Ich kann Ihnen einen Ausspruch eines damals tätigen Finanzbeamten sagen, der dem damaligen Oberpräsidenten in Wien gesagt hat: Na, Herr Oberpräsident, da werden wir also wahrscheinlich ein paar hundert neue Dienstposten besetzen müssen. — Darauf hat dieser gesagt: Ein paar hundert? Ich denke an 2000! Das können Sie nachprüfen; es wird sicher in den Archiven feststellbar sein, ob dieser Ausspruch richtig ist. Die Erfahrung zeigte jedenfalls, daß damals sehr viele neue Bedienstete eingestellt worden sind.

Das Jahr 1945 war die zweite Zäsur. Hier konnte die Rückführung der Finanzverwaltung auf die Friedenswirtschaft und die besondere Art der Besteuerung in einem demokratischen Gemeinwesen durchgeführt werden. Damals konnte die Finanzverwaltung wieder auf ein Reservoir zurückgreifen: auf die aus dem Krieg Heimkehrenden, auf die frisch absolvierten Juristen und so weiter. Es ist eine Vielzahl von neuen Bediensteten in der Zeit von 1946 bis 1949/50 in den Finanzdienst aufgenommen worden.

Nun kommt der große Reformer Androsch und hat keine Leute. Das ist die dritte Zäsur. Im Jahre 1973, Herr Finanzminister, kommen Sie mit der Mehrwertsteuer, einer grundlegenden Änderung des ganzen Steuersystems auf dem Gebiet der Umsatzbesteuerung und bringen zugleich auch noch eine grundlegende Änderung der Einkommensteuer, nämlich den Übergang von der Haushaltsbesteuerung zur Individualbesteuerung.

Herr Bundesminister! Ich komme auf das zurück, was ich Ihnen am Anfang dieses Kapitels gesagt habe, daß die Personalsituation in der Finanzverwaltung kein Politikum ist, zumindest von uns, von der Österreichischen Volkspartei, niemals als ein solches gesehen wird.

Die Überwucherung des Steuerrechtes, die nachhaltig kommt — davon lasse ich mich, der ich mich seit 1948 berufsmäßig mit dem Steuerrecht beschäftige, nicht abbringen, denn jede Steuerreform bringt eine neue Steuerkomplikation —, ist aber andererseits auch eine Herausforderung an unseren gemeinsamen Berufsstand der Wirtschaftstreuhänder. Es wird, das ist meine feste Überzeugung, auf längere Sicht gar nicht mehr anders möglich sein, als allmählich und schrittweise Staatsaufgaben auf die Wirtschaftstreuhänder, auf freiberufliche Bereiche zu übertragen, wie das beispielsweise schon in einem weiten Bereich auf dem Gebiet der Ziviltechnik der Fall ist. Das setzt natürlich voraus, daß unser Berufsrecht geändert werden mußte, daß die Voraussetzungen für die Berufsbefugnis in erster Linie einer Revision unterzogen werden müssten und so weiter.

Ich möchte aber mit aller Deutlichkeit sagen: Machen wir daraus keine parteipolitische Prestigeangelegenheit. Die Sache ist zu ernst, die Planung muß auch hier längerfristig sein, sie geht auch weit über eine Legislaturperiode hinaus.

Meine Aufforderung an Sie, Herr Minister, und an alle Fraktionen dieses Hauses: Setzen wir uns zusammen, ziehen wir auch die Personalvertreter der Finanzverwaltung zu diesen

5696

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

DDr. Neuner

Untersuchungen heran und benützen wir die nächste Gelegenheit, um dieses schwierige Kapitel eingehend zu beleuchten und zu behandeln. Ich glaube, daß sich dazu die Behandlung des Rechnungshofberichtes schon im Jänner dieses Jahres als das geeignetste Instrument für solche Beratungen ergeben wird. (*Beifall bei der ÖVP. — Bundesminister Doktor Androsch überreicht dem Redner von der Regierungsbank aus seine Schallplatte.*)

Präsident Dr. Maleta: Die Weihnachtszeit ist zwar die Zeit der Geschenke, aber die Geschenkaustausche zwischen Rednerpult und Ministerbank sollen doch nur ein individueller Einzelfall bleiben. Auf beiden Seiten. (*Heiterkeit.*)

Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mühlbacher. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Mühlbacher (SPO): Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sind nun mehr als hundert Stunden in der Budgetdebatte. Das Budget 1973 wurde durch mehrere Wochen auch im Ausschuß beraten. Die Budgetdebatte geht dem Ende entgegen, und es ist Bilanz zu machen.

Es war Zeit, seitens der Oppositionsparteien richtig Kritik zu üben. Es war aber meines Erachtens eine Kritik, die keine Alternativen brachte, sondern eine Kritik, die in Ausprüchen endete wie zum Beispiel vom Herrn Abgeordneten Mussil beim Kapitel Mehrwertsteuer: Wir waren eh und je für die Mehrwertsteuer, aber nicht jetzt und nicht so!

Oder da ist das Wort Gefälligkeitsdemokratie gefallen. Bei der Einkommensteuerreform sagte man, hier werden 5 Milliarden inflationsfördernd in die österreichische Wirtschaft hineingepumpt. Dabei hat man es aber bei den Ausschußberatungen nicht unterlassen, weitere Forderungen zu stellen, die dem Staat noch mehr kosten würden.

Auch ist vom Herrn Abgeordneten Sandmeier — und das hat mich überrascht — das Wort gefallen, der Mehrwertsteuersatz sei viel zu hoch und überhöht angesetzt worden. Dabei bin ich überzeugt, daß der Abgeordnete Sandmeier genau weiß, daß das nicht der Fall ist, sondern daß mit den 16 Prozent der neutrale Steuersatz errechnet wurde. Es ist nur zu hoffen, daß nicht das Gegenteil eintritt und der Mehrwertsteuersatz doch ausreicht. Aber das wird der erste Jahresabschluß des Jahres 1973 zeigen.

Außerdem wurde behauptet: Der Finanzminister irrt dauernd. Dazu kann ich nur sagen: Gott sei Dank stimmt das nicht, denn wer irrt, das sind die Prognosen der Oppositionspartei, die jedes Jahr immer wieder sagt: Es geht einem schrecklichen Ende entgegen,

zumindest kommt heuer die Stagnation bestimmt. Aber auch das, was durch Jahre hindurch prophezeit wurde, ist nicht eingetroffen. Diesen Irrtum Ihrerseits nehmen wir also gerne in Kauf. Daß aber der Finanzminister nicht irrt, das hat sich in der Zwischenzeit herausgestellt, und das wird sich im Jahre 1973 weiterhin bestätigen.

Etwas Neues wurde aufgeworfen. Während der Budgetdebatte wurde mehrmals erklärt, das Budget und die Regierungspolitik wären landwirtschaftsfeindlich, gewerbefeindlich, wirtschaftsfeindlich, und heute wurde vom Herrn Abgeordneten Sandmeier gesagt, die Hauptgeschädigten bei der Einkommensteuerreform seien die Arbeitnehmer. Also es gibt kaum oder überhaupt keine Gruppe mehr, die nicht von der Opposition als geschädigt hingestellt wird.

Zur Stabilität. Es ist hier das Weihnachtsgeschäft herausgestellt worden, und es wurde gesagt, das sei der typische Beweis für die Flucht in die Sachwerte. Meine Damen und Herren! Das ist der typische Beweis, daß es uns allen besser geht. (*Abg. Dr. Neuner: Angst vor der Politik!*) Das ist keine Angst vor der Politik. Das ist der normale Weihnachtseinkauf, aber im erhöhten Maße auf Grund des Bessergehens. (*Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Dr. Neuner: Aber die Spareinlagen müssen Sie dazusagen!*) Die Spareinlagen haben sich gar nicht geändert, denn wir haben einen Trend des Aufstiegs. Daß jetzt vor Weihnachten natürlich Entnahmen getätigkt werden, ist ja nichts Neues. Denn es wird ja größtenteils für Anschaffungen gespart, und die Anschaffungen erfolgen eben in der Weihnachtszeit. Das ist ein ganz normaler Vorgang.

Aber ich möchte jetzt auf ein Kapitel eingehen, das mir sehr am Herzen liegt, weil des öfteren die „Gewerbeindlichkeit“ des Budgets beziehungsweise der Regierungspolitik hier genannt wurde. Ich darf in Erinnerung rufen — und das liegt ja alles in unmittelbarer Vergangenheit — die Änderung des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes mit der Erhöhung der Dotierung von 3 auf 5 Prozent. Das ist eine wesentliche Stütze für unsere Mittel- und Kleinbetriebe und eine echte gewerbefördernde Maßnahme. Ich darf auch das im Budget festgehaltene soziale Paket hinsichtlich der Gewerbeleistung in Erinnerung rufen, nämlich die Einführung der Frühpension auch für selbstständig Tätige ab dem 1. Jänner 1973. (*Abg. Anton Schlagere: Jetzt dürfen sie noch 1600 S dazuverdienen! Sie haben aber nicht mitgestimmt!*) Ja, richtig. (*Abg. Anton Schlagere: Ein Teil war sozial, aber Sie nicht!*) — Aber ich muß Ihnen dazu

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

5697

Mühlbacher

sagen, es waren 111 Anträge. — Die Frühpension ist also, und das möchte ich noch einmal unterstreichen, keineswegs etwas Gewerbefeindliches, das kann man bei Gott nicht sagen.

Zur Einkommensteuerreform möchte ich vorerst als Hauptpunkt die Abschaffung der Haushaltsbesteuerung herausstellen. Denn dabei profitieren doch größtenteils die Selbständigen. Weiters darf ich auf die Erweiterung der Begünstigung hinsichtlich der Investitionsrücklagenbildung hinweisen. Ich darf auf die Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung hinweisen, nämlich für den größten Teil im Bundesgebiet von 45 auf 50 Prozent. Ich darf auf die Einführung einer Sonderabschreibung ab 1974 in dem bedeutenden Ausmaß von 25 Prozent hinweisen und auf noch etliches mehr. Ich habe das von dieser Stelle aus schon einmal getan.

Aber an der Spitze steht natürlich auch die Senkung des Einkommensteuertarifes, die in allen Einkommenshöhen durchwegs eine Ermäßigung der Einkommensteuer ab 1. Jänner 1973 ergibt.

Noch ein Wort zum Kinderabsetzbetrag, der wieder hier angezogen wurde. Es wurde gesagt, daß dieser Absetzbetrag, der für alle gleich ist und gleichmäßig für alle Kinder zur Anwendung kommt, in Widerspruch zum allgemeinen bürgerlichen Recht stehe. Das sehe ich nicht so. Denn wenn Sie davon ausgehen, daß die Alimentationspflicht standesgemäß gegeben ist und berechnet wird, dann hat das mit der Zuerkennung eines gleichen Absetzbetrages nichts zu tun. Daß die Alimentationshöhe sich nach dem Einkommen richtet, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber hier bleibt ja die standesgemäße Erziehung oder Erhaltung der Kinder auf Grund des erhöhten Einkommens gegeben. Hier kann man also nicht von einer Nivellierung sprechen, sondern davon, daß dem Staat alle Kinder gleich lieb sein müssen. Das sei nochmals ganz grob zur Einkommensteuerreform hervorgehoben.

Ich darf weiter die Hinaufsetzung des Freibetrages bei der Gewerbesteuer anführen, ich darf auf die Senkung des Vermögensteuersatzes und ich darf ferner auf die Verlängerung des Strukturverbesserungsgesetzes bis 1975 hinweisen.

Weiters beginnt, wie ja hier bekannt, bereits ab Jänner 1973 der Unterausschuß für die Vorberatung der neuen Gewerbeordnung zu arbeiten. Ebenfalls ein großes Werk, das für die gewerbliche Wirtschaft von Vorteil sein wird.

Ich glaube, damit ist wesentlich die Be- schuldigung widerlegt, daß hier gewerbeind-

liche Aktionen gesetzt worden seien, und damit sind die gewerbefördernden Maßnahmen dieser Bundesregierung erwiesen.

Etwas zur Finanzverwaltung: Es ist richtig, daß das Jahr 1973 und auch schon das zweite Halbjahr des heurigen Jahres für die Beamtenschaft der Finanzverwaltung sehr viel Arbeit gebracht hat und bringt. Für die Bewältigung dieser Arbeit möchte ich von dieser Stelle aus der Beamtenschaft der Finanzverwaltung danken. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch einmal auf die Mehrwertsteuer zurückkommend, glaube ich aber, daß die Finanzverwaltung auf dem Gebiet der Aufklärung und Information sehr viel getan hat. Broschüren und Plakate haben ihren Zweck erfüllt, auch wenn sich daran die Kritik der Opposition entzündet. Sehr wertvoll waren die aufklärenden und informierenden Vorträge, die heute schon Erwähnung fanden. In dieser Richtung wurde sehr viel getan, darin steckt wirkliche Arbeit, hier wurde sachliche Arbeit zur Information der Steuerpflichtigen geleistet.

Daß natürlich der Rest an Aufklärungsarbeit den Interessenvertretungen obliegt, erscheint mir als selbstverständlich. Nur — und darauf muß ich noch einmal zurückkommen — sehe ich keine Information und keine Aufklärung in Plakaten, wo draufsteht: „16 Prozent Mehrwertsteuer — wir kassieren für den Staat.“ Damit ist niemandem gedient, das ist keine Aufklärung, das ist keine Hilfe, das ist Politik! Ein solches Plakat ist wieder von der Sektion Handel der Bundeswirtschaftskammer — sprich gleich Österreichische Volkspartei — herausgegeben worden.

Mein Vorredner hat auf die Personalsituation bei der Finanzverwaltung hingewiesen. Sicherlich besteht hier ein Engpaß, und ich glaube, daß Überlegungen angestellt werden müßten, wie der Veranlagungsvorgang vereinfacht werden könnte. Nach meiner Vorstellung könnte dies vorerst in der Form geschehen, daß sämtliche eingehende Erklärungen sofort in dem Sinne bearbeitet werden, daß sie nicht durch den Referenten einer Überprüfung unterzogen werden, sondern sofort die Ausstellung des Bescheides in Angriff genommen wird. Das würde bedeuten, daß man die Bescheide sofort bekommt, ohne daß die vorgelegten Erklärungen hinsichtlich der Positionen überprüft werden. Der Vorteil ist, daß der Selbständige ehestens über seine Steuerschuld informiert wird und vorhandene Überzahlungen ehestens wieder vom Steuerpflichtigen in Anspruch oder in Verrechnung genommen werden könnten. Natürlich müßte, wo die Notwendigkeit vorhanden ist, durch Erweiterung der Betriebsprüfung abgesichert werden,

5698

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Mühlbacher

daß die abgegebenen Erklärungen auf ihre Richtigkeit überprüft werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum Abschluß möchte ich sagen, daß ich dem Jahr 1973 mit Optimismus entgegensehe. Ich glaube nämlich, daß der volkswirtschaftlich verantwortungsbewußte Selbständige dazu beitragen wird, daß die Stabilität nicht gefährdet ist. Ich glaube, daß auch die — und ich will es heute freundlich sagen — von der Opposition geäußerte Sorge hinsichtlich eines wirtschaftlichen Rückganges und die heute wieder vorgebrachte Schwarzmalerei sich nicht so auswirken wird, daß sie wirklich zum Nachteil der österreichischen Wirtschaft ausschlägt, sondern, soweit wirklich eine Abschwächung eintreten sollte, sie nur eine Verzögerung der Normalisierung ergeben würde.

Ich möchte mit einem Satz zum Budget 1973 schließen: Die Kritik der Österreichischen Volkspartei an dem Budget 1973 war, wie man jetzt schon sagen kann, etwas verwirrt; ich habe es eingangs aufgezeigt. Aber das ist verständlich: Wenn man ein gutes Budget kritisieren will — und es liegt ein gutes Budget vor! —, dann ist es eben schwer, eine Kritik zu finden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Peter. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Peter (FPO): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Einleitend bringe ich einen Entschließungsantrag der freiheitlichen Abgeordneten ein, der in den vorangegangenen Reden von meinen Fraktionskollegen bereits eine eingehende Begründung erfahren hat.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Peter, Dr. Scrinzi, Dipl.-Vw. Josseck und Genossen zur Regierungsvorlage 460 der Beilagen betreffend steuerpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Forschungsförderung.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Herr Bundesminister für Finanzen wird ersucht, ehest einen Ministerialentwurf ausarbeiten zu lassen, der steuerpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Forschungsförderung, wie sie in der „Österreichischen Forschungskonzeption“ des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung in Vorschlag gebracht und erst zu einem geringen Teil berücksichtigt wurden, zum Inhalt hat.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, diesen Entschließungsantrag in Verhandlung zu nehmen.

Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende einer überaus langen, zum Teil auch sehr langatmigen Budgetdebatte.

Am Ende dieser Budgetdebatte ist es meines Erachtens angezeigt, dem Hohen Hause einige Überlegungen zu unterbreiten, wie die nächstjährige Beratung des Bundesfinanzgesetzes im Plenum des Nationalrates für alle Beteiligten und Teilnehmer in einer befriedigenderen Form verlaufen kann.

Zweieinhalb Wochen hindurch haben 200 bis 250 Redner von diesem Platze aus zu den Problemen des Bundesfinanzgesetzes 1973 und darüber hinaus zu allen wirtschaftlichen, politischen, kulturellen, sozialen und allgemein interessierenden Anliegen aller Parteien und damit der gesamten Bevölkerung dieses Landes Stellung genommen.

Etwa 70 Stunden sind im Finanz- und Budgetausschuß aufgewendet worden, um das Bundesfinanzgesetz 1973 zu beraten und zu durchleuchten.

Am Ende dieser umfassenden Budgetarbeit erscheint es notwendig, Bilanz dahingehend zu ziehen: Was wurde mit diesem Arbeitsaufwand, was wurde mit diesem Arbeitseinsatz aller beteiligten Abgeordneten erreicht?

Wir stehen vor der Situation, daß das Bundesfinanzgesetz 1973 mit unwesentlichen Änderungen von der sozialistischen Regierungsmehrheit in kurzer Zeit zum Beschuß erhoben werden wird.

Einer kritischen Berichterstattung der Massenmedien stehen kritische Anmerkungen der Klubobmänner gegenüber. Beide Meinungsäußerungen, die eine umfassende Vielfalt von Anregungen beinhalten, stellen in ihrer Konsequenz aber nichts anderes als den Ausdruck der wechselseitigen Unzufriedenheit aller Beteiligten und Teilnehmer an dieser Budgetdebatte dar.

Damit nehmen alle ins neue Jahr ein großes Paket zum Nachdenken hinüber mit, wie man aus der Situation einen für alle Teile zufriedenstellenden Ausweg finden kann.

Der Zweck dieser Budgetdebatte, die eine Mammut- und Marathondebatte war, wie die Massenmedien es darstellten, wurde nicht in dem von uns gewünschten Sinn erreicht, die Regierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, Kürzungen des Bundesfinanzgesetzes 1973 vorzunehmen.

Das ist aus der Sicht der freiheitlichen Fraktion ein betrübliches Ergebnis. Warum? Weil wir Freiheitlichen der Meinung sind, daß das Ausmaß der Ausgabenpolitik, die der Finanzminister im Bundesfinanzgesetz 1973 für notwendig erachtete, der größte Feind der Stabili-

Peter

tätsbemühungen sowohl der Bundesregierung als auch der Sozialpartner ist.

Weil ich mich nun nur kurz, um die Budgetdebatte nicht noch weiter zu verlängern, mit dem Budget des Finanzministers auseinander setzen muß, bedaure ich, daß Dr. Androsch wieder nicht auf der Regierungsbank sitzt. Ich wiederhole jetzt den Vorwurf, den der freiheitliche Abgeordnete Jossek heute meines Erachtens zu Recht bereits erhoben hat. Es gibt kein Budget, meine Damen und Herren, das Dr. Hannes Androsch bisher vertreten hat, bei dem er so wenig im Plenarsaal des Parlaments anwesend war wie beim Bundesfinanzgesetz 1973! (*Zustimmung bei FPÖ und ÖVP.*) Beim Kapitel Finanzen gehört er auf die Regierungsbank und sollte meines Erachtens dieselbe nur in dringenden und sachlich gerechtfertigten Fällen verlassen, die ohne weiteres auch für einen Minister eintreten können. (*Abg. Regensburg: Die Dringlichkeit dauert halt lang!*)

Nun, Herr Abgeordneter Gratz, darf ich Ihnen einen Vorschlag unterbreiten und Sie bitten, ihn zu prüfen. Die Notwendigkeit der Reform der Budgetdebatte wird von niemandem und von keiner Fraktion bestritten. Ich bin aber persönlich der Meinung, daß die Reform der Budgetdebatte keine Einbahn darstellen darf.

Sie selbst haben ja als Klubobmann der Regierungsfraktion vor wenigen Wochen zum Ausdruck gebracht, daß Sie den Oppositionsparteien nicht zumuten, sich bei der Budgetdebatte Beschränkung aufzuerlegen. Diese Ihre Überlegungen sind darin begründet, daß die Aktionsmöglichkeiten der Oppositionsparteien, die Politik der Regierung auf den Prüfstand zu nehmen, nicht eingeengt werden sollen. Das war eine Meinungsäußerung auf der Grundlage der Waffengleichheit zwischen Regierung und Opposition.

Ich darf aber daran erinnern, daß ich von diesem Platze aus zeitgerecht, am Beginn des Jahres 1972, einen Vorschlag unterbreitet habe, der bisher von der Regierungsmehrheit nicht in Prüfung gezogen wurde. Ich habe vorgeschlagen, daß die Regierung jährlich einmal zu einem bestimmten Zeitpunkt dem Nationalrat einen Wirtschaftsbericht vorlegen soll. Zeitpunkt der Vorlage des Wirtschaftsberichtes könnte sein: das Ende der Herbst- oder der Beginn der Frühjahrssession.

Warum erbitten wir, die Abgeordneten der freiheitlichen Opposition, von der Regierung den Wirtschaftsbericht? Straffung der Budgetdebatte bedeutet freiwillige Selbstbeschränkung der Opposition. Auf einem anderen Weg

wird die Reform der Budgetdebatte kaum positiv verwirklicht werden können.

Wenn also auf der einen Seite die freiwillige Selbstbeschränkung der Opposition bei der Budgetdebatte zu Buche steht, muß andererseits eine Gegenleistung der Regierungsfraktion in diesem Zusammenhang erbracht werden, und zwar meines Erachtens eine für die Regierungsmehrheit zumutbare Gegenleistung.

Als die Klubobmänner vom Fernsehen vorhin die Frage vorgelegt bekommen haben: „Was erachten Sie als eine der vordringlichsten Aufgaben des Jahres 1973?“, da brachte ich vom Standpunkt der Freiheitlichen Partei aus zum Ausdruck, daß es in erster Linie notwendig ist, die Probleme des Preisanstieges und der sich ausweitenden Inflation in den Griff zu bekommen. Ich räume auch ein, daß die Bewältigung dieser Probleme nicht nur eine Aufgabe der Bundesregierung, sondern aller Beteiligten und Verantwortlichen ist.

Gerade auf Grund solcher Überlegungen scheint mir unser Vorschlag angesichts der Aktualität der Wirtschaftsfragen begründet zu sein und scheint mir das Anliegen der freiheitlichen Fraktion an die Regierungsmehrheit gerechtfertigt zu sein, nämlich alljährlich einmal einen Wirtschaftsbericht dem Nationalrat vorzulegen und darüber eine vielleicht auch mehrere Tage umfassende Debatte durchzuführen. So könnte man mehrere geeignete Anlässe finden, die meiner Meinung nach es rechtfertigen würden, die Budgetdebatte auf einen kürzeren Zeitraum zusammenzudrängen.

Aber es soll die Regierungsmehrheit nicht darüber klagen, daß das beim Budget für 1973 nicht möglich war. Der Lösungsvorschlag wurde zeitgerecht von uns Freiheitlichen unterbreitet. Die sozialistische Fraktion hätte Zeit gehabt, den Vorschlag einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen und zu verwirklichen. Vielleicht ist es möglich, mit Hilfe des aufgezeigten Weges für die Debatte über das Budget 1974 im Herbst 1973 einen Ausweg zu finden.

Heute stehen zwei starre Meinungsblöcke einander gegenüber: ein hundertprozentiges Ja zum Bundesfinanzgesetz 1973 durch die Regierungsmehrheit und ein hundertprozentiges Nein zum Budget 1973 durch die Österreichische Volkspartei. In der Mitte jedoch steht das differenzierte Nein der Freiheitlichen Partei Österreichs. Ein wohlüberlegtes, ein auch wohlabgewogenes und differenziertes, aber kein stereotyptes Nein aus Prinzip heraus.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen haben Haushaltskapitel für Haushalts-

5700

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Peter

kapitel in den abgelaufenen Wochen sachlich geprüft und ernsthaft gewogen. Wir haben uns — und das unterstreiche ich am Ende dieser Budgetdebatte noch einmal sehr nachdrücklich — ohne jede Gegenleistung der Bundesregierung zum Ja zu vier Haushaltgruppen deswegen entschlossen, weil uns dieses Ja vom Sachlichen her gerechtfertigt erscheint. Man wird uns also von der sozialistischen Regierungsmehrheit nicht vorwerfen können, wir hätten Justamentstandpunkte ihr gegenüber, ihren Grundsätzen und ihrem Budget gegenüber in dieser Budgetdebatte eingenommen.

Man wird uns Freiheitlichen ebenso von Seite der Regierungsmehrheit bestätigen müssen, daß wir auf das Einbringen populärer Forderungen verzichtet haben, daß wir Freiheitlichen uns echte Selbstbeschränkung auferlegt haben, um ja eine Belastung und weitere Ausweitung des Staatshaushaltes in der gegebenen Situation hintanzuhalten und zu vermeiden.

Differenzierte Haltung und sachbezogene Kritik waren Wesenselemente der freiheitlichen Beurteilung gegenüber dem Budget 1973. Wir glauben daher, von der sozialistischen Regierungsfraktion erwarten zu dürfen, daß dieses differenzierte, sachbezogene Nein der Freiheitlichen zum Bundesfinanzgesetz 1973 ein Anrecht hat, von der Bundesregierung ernst genommen zu werden. Dahingehend ernst genommen zu werden, Herr Bundesminister für Finanzen, daß die eine oder andere Anregung, die wir Freiheitlichen in dieser Budgetdebatte gemacht haben, auch Sie zum Nachdenken anregen soll.

Herr Bundesminister! Unser Vorwurf bleibt aber aufrecht, daß Sie uns ein Budget mit einem nominalen Rekorddefizit vorgelegt haben und daß Sie uns auch ein Budget vorgelegt haben mit einem zu erwartenden riesigen inlandswirksamen Defizit. Sie konnten uns nicht davon überzeugen, daß Sie mit Ihrer Budgetausweitung auf einem guten Weg sind. Sie werden auch nicht in Abrede stellen können, daß dieses 139-Milliarden-Budget des Jahres 1973 eine Konjunkturspritze im negativen Sinn enthält, daß der Staatshaushalt auf Grund seines Ausgabenrahmens und auf Grund seiner Ausweitung den Preisauftrieb nicht eindämmt, sondern eher belebt, und daß dieses Budget 1973 leider — leider muß man sagen — ein Inflationsbudget im wahrsten Sinne des Wortes ist.

Den Sozialpartnern und dem Kreditapparat der Notenbank hat die sozialistische Alleinregierung den Gürtel enger gezogen. All diesen Bereichen hat die sozialistische Allein-

regierung schwere Lasten aufgebürdet. Nur einer, meine Damen und Herren, glaubte, in dieser an und für sich überaus angespannten Situation darauf verzichten zu können, den Gürtel enger zu schnallen: der Finanzminister.

Herr Bundesminister für Finanzen! Ihr Budget 1973 hat einen zu weiten Hosenbund für den schlanken Dr. Hannes Androsch. Dieses Budget 1973 haben Sie, Herr Bundesminister, zu groß geschneidert für die derzeitige wirtschaftliche und finanzpolitische Situation Österreichs.

Am Beginn des politischen Herbstanfang waren Sie es, Herr Bundesminister für Finanzen, der eine sehr bedeutsame Erklärung abgegeben hat, von der wir Freiheitlichen uns etwas versprochen haben. Wir haben Ihre Erklärung vom September dieses Jahres überaus ernst genommen. Aber nicht nur wir, Herr Bundesminister für Finanzen, taten dies, auch die Presse tat es, wenn sie im Zusammenhang mit Ihren Überlegungen Schlagzeilen etwa unter dem Titel „Androsch: Vorrang für Inflationsbekämpfung“ veröffentlichte.

Aber leider haben Sie dem Nationalrat ein Budget vorgelegt, das Preisauftrieb und Inflationsausweitung in sich birgt. Und hier, Herr Bundesminister für Finanzen, sind Sie von der Erklärung, die Sie am 12. September 1972 abgegeben haben, bis zum heutigen Tag Ihrem eigenen und von Ihnen selbst aufgestellten Grundsatz untreu geworden. Sie besiegelten heute die Untreue gegenüber Ihrer eigenen Zielsetzung im Rahmen Ihrer Erklärung mit dem Satz: „Im besonderen wurde die Budgetpolitik in den Dienst der stabilitätspolitischen Zielsetzungen gestellt.“ Gerade dieser Satz ist meines Erachtens unrichtig. Ja, man müßte es härter formulieren, Herr Bundesminister, und Ihnen den Vorwurf machen und sagen: Dieser Satz ist unwahr, wenn nicht sogar in einer Situation, in der die Sozialpartner schwere Lasten auf dem Rücken tragen, zynisch.

Gerade das ist es, was mir in den letzten Monaten an Ihrer Politik, Herr Bundesminister für Finanzen, besonders mißfällt. Da steht das Stabilitätsabkommen der Sozialpartner, dort stehen die Einschränkungen, die der Kreditapparat auf sich nehmen muß, hier stehen die Sorgen der Notenbank — und da steht das Inflationsbudget der sozialistischen Alleinregierung für 1973 im Raum. Und solches, Herr Bundesminister, paßt nicht zueinander, sondern steht zueinander in einem unüberbrückbaren Gegensatz.

Opfer für die Sozialpartner, Lasten für den Bereich des Kreditapparates und Einschränkungen für die Familie Österreicher stehen

Peter

auf der einen Seite. Auf der anderen Seite steht die zügellose Ausgabenpolitik der sozialistischen Alleinregierung, um mit dieser Ausgabenpolitik natürlich die entsprechenden parteipolitischen Effekte zu erzielen. Aber das, Herr Bundesminister für Finanzen, ist Ihre Angelegenheit.

Nur eine Warnung erlaube ich mir zu wiederholen: Der Zeitpunkt ist nun da, zu dem die sozialistische Alleinregierung überlegen sollte und müßte, ob sie an ihrer bisherigen Versprechens- und Ausgabenpolitik weiterhin festhält. Der Augenblick ist da, wo die sozialistische Alleinregierung zu prüfen hat, ob sie an diesem Konzentrat ihrer Entschlußlosigkeit, dem Bundesfinanzgesetz 1973, endgültig festzuhalten beabsichtigt. Die Frage ist an Sie gestellt, Herr Bundesminister für Finanzen, ob Sie am Konzentrat Ihres Ziffernrausches festhalten, der das Bundesfinanzgesetz 1973 charakterisiert.

Schwere Partien, meine Damen und Herren, hat der Schachspieler Dr. Hannes Androsch im Jahre 1973 zu bestehen und zu bewältigen. Schwere Schachpartien stehen dem Finanzminister ins Haus. Wir wollen die Schwierigkeit der Aufgaben nicht verniedlichen. Auch wir Freiheitlichen wollen Ihnen, Herr Bundesminister für Finanzen, einräumen, daß jetzt sicher die schwerste Arbeit vor Ihnen liegt, die Sie in Ihrer bisherigen Amtszeit zu bewältigen haben. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Im großen sehe ich fünf besondere Aufgaben, die Sie im Rahmen Ihres finanzpolitischen Schachspiels im Haushaltsjahr 1973 zu bewältigen haben:

die Umstellung auf die Mehrwertsteuer,

die Änderung der Lohn- und Einkommensteuer,

den Zollausfall auf Grund des Interimsabkommens mit den Europäischen Gemeinschaften und

den Finanzausgleich.

Die fünfte und letzte Partie ist jene, die Sie im Interesse Österreichs und seiner Bürger gegen den Preisauftrieb und gegen die Inflation gewinnen sollten.

Ich bezweifle aber, daß Sie mit dem Budgetinstrumentarium, das Sie dem Nationalrat für 1973 vorgelegt haben und das Sie vor allem heute mit den Stimmen der sozialistischen Regierungsmehrheit zum Beschuß erheben werden, diese fünf Schachpartien, besonders die letzte, im Interesse Österreichs und seiner Bürger gewinnen werden.

Darum ersuchen wir Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, über unsere Anregungen, aber auch über unsere Kritik und nicht zuletzt über unsere konstruktiven Vorschläge, die wir Freiheitlichen in reicher Zahl unterbreitet haben, nachzudenken.

Ich schließe meine Ausführungen mit der Wiederholung meiner bereits zum Ausdruck gebrachten Bitte an die sozialistische Regierungsmehrheit und im besonderen an den Klubobmann der Regierungsfraktion: Herr Kollege Gratz! Bis heute gibt es eine Wirtschaftsdebatte im österreichischen Nationalrat nur, wenn die Bundesregierung es wünscht. Wenn die Bundesregierung es für notwendig erachtet, gibt sie Erklärungen zu Wirtschaftsthemen ab. Diese sind dann den Oppositionsparteien Anlaß, darüber nach der Geschäftsordnung eine Debatte zu verlangen. Herr Klubobmann Gratz! Ich appelliere an Sie als fairen Demokraten: Suchen wir gemeinsam einen Weg, der auch die Oppositionsparteien in die Lage versetzt, über die Wirtschaft unseres Landes im Nationalrat eine Debatte führen zu können, wenn die Oppositionsparteien es für notwendig erachten.

Die Gewichte können nicht ganz gleichmäßig zwischen Bundesregierung und Oppositionsparteien verteilt werden. Darüber bin ich mir im klaren. Ein gewisser Vorteil wird für die Regierung und für die Regierungsmehrheit weiter bestehen bleiben. Ermöglichen Sie den Wirtschaftsbericht der Bundesregierung am Ende der Herbstsession oder am Anfang der Frühjahrssession!

Hohes Haus! Unterziehen wir uns gemeinsam der Mühe, über das Budget hinaus Überlegungen anzustellen, wie die Bundesregierung und damit alle Österreicher die fünfte und schwerste Partie, die sie im Jahre 1973 zu bestehen haben, nämlich den Kampf gegen den Preisauftrieb und den Kampf gegen die Inflation, im Interesse aller Staatsbürger gewinnen können. Ich glaube, daß das Ende der Herbst- oder der Anfang der Frühjahrssession uns in die Lage versetzen würde, einen gewissen Abstand zu den jetzt offenen Dingen zu haben, erste Erfahrungswerte mit dem Bundesfinanzgesetz 1973 zu sammeln, um Überlegungen anzustellen, wie man es künftig besser machen kann und wie man Preisauftrieb und Inflation in den Griff bekommt.

Aber Einsicht, meine Damen und Herren, kann man nicht ausschließlich von den Oppositionsparteien verlangen. Einsicht und Entgegenkommen muß es in dieser Frage auch bei der sozialistischen Regierungsmehrheit geben. Wir Freiheitlichen vertreten mit Nachdruck die Auffassung: Der Wirtschaftsbericht

5702

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Peter

ist der erste Schritt zur Reform der Budgetdebatte. Herr Klubobmann Gratz! Setzen Sie den ersten Schritt! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Peter vorgelegt hat, ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kern. Er hat das Wort.

Abgeordneter Kern (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs als einer der letzten Sprecher der Agrarier doch noch ganz kurz auf die Einladung des Herrn Abgeordneten Dr. Tull zurückkommen. Er hat uns in seinen Ausführungen aufgefordert, der Regierung Ratschläge zu geben beziehungsweise hier zu sagen, wo im Budget gespart werden könnte.

Vom Standpunkt der Landwirtschaft aus, Herr Dr. Tull, darf ich nur einige Dinge aufzeigen, wo wir glauben, daß die Regierung sich Gelder in Millionenbeträgen hätte ersparen können:

Unserer Ansicht nach ist die Einführung und damit natürlich auch die Kostentragung für die Bundesprüfungskommission am Sitze des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft völlig überflüssig. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Nach unserer Ansicht, Herr Dr. Tull, ist die Vergabe von 5 Millionen Schilling aus Steuergeldern als Propagandamittel an diverse Bauernorganisationen, an kleine Gruppen völlig überflüssig. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Abschließend dazu darf ich nur sagen, Herr Finanzminister: Wenn Sie bei den anderen Ressorts nur einigermaßen so gespart hätten wie bei uns, beim Agrarbudget, wäre dieses Defizit absolut nicht entstanden! Denn wir stellen fest, daß das Agrarbudget als einziges Budgetkapitel in der Höhe fast unverändert gegenüber dem Voranschlag der Vorjahre ist.

Nun zu dem, was ich in meinem Diskussionsbeitrag sagen wollte. Der Herr Bundesminister hat eingangs dieser Debatte in seinen Ausführungen auch den Wirtschaftspartnern seinen Dank dafür ausgesprochen, daß sie mit der Bundesregierung sozusagen als Feuerwehr jetzt die Situation retten helfen. Der Herr Abgeordnete Peter, mein Vorredner, hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es in erster Linie die Wirtschaftspartner sind, die heute mit dazu beitragen, daß die Stabilität einigermaßen wieder gesichert wird.

Wenn Sie, Herr Bundesminister, als Wirtschaftspartner auch die Landwirtschaft mitrechnen, so möchte ich sagen, daß Ihr Dank-

Aussprechen zu dem Verhalten der Bundesregierung gerade in der letzten Zeit, in den „1000 Tagen“ der SPÖ-Regierung in absolutem Widerspruch steht, sowohl was das Materielle anlangt als auch in der grundsätzlichen Einstellung zur Landwirtschaft. Herr Kollege Dr. Scrinzi hat in der Agrardebatte richtig gesagt und seine Meinung kundgetan, daß Sie, die Damen und Herren von der SPÖ, noch immer nicht die richtige Einstellung zur Landwirtschaft haben.

Ich möchte daher auch in meinen Ausführungen einige grundsätzliche Fragen, soweit sie im Zusammenhang mit den Subventionsberichten und insbesondere mit der Aussage des Herrn Bundeskanzlers vom 27. September gestellt worden sind, beleuchten.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren — auch ich möchte mich bemühen, das in Kürze zu machen —, jetzt zurückrinnern an den Oktober 1970, als dem Parlament der erste sogenannte Subventionsbericht vorgelegt worden ist.

Unter der Schlagzeile „Endlich Licht im Subventionsdschungel“, „Die Regierung sorgt für Transparenz — Löwenanteil für die Landwirtschaft“ lese ich da: Von 5,2 vergebenen Milliarden hat die Landwirtschaft allein über 80 Prozent, nämlich 4,3 Milliarden Schilling, an Subventionen erhalten. Der Unterausschuß werde da weitere Klarheiten bringen. — So schrieb die „Arbeiter-Zeitung“ im Jänner 1971.

Ich stelle im nachhinein noch einmal fest: Nicht die Regierung oder der eingesetzte Unterausschuß, der einmal zusammengerat und dann nicht mehr, hat Licht oder „Transparenz“ gebracht. Es blieb der ÖVP-Opposition vorbehalten, Licht in diesen sogenannten Subventionsbericht zu bringen. In drei schriftlichen Anfragen und in einigen Parlamentsdebatten haben wir uns mit diesem Bericht auseinandergesetzt und haben auf die großen Widersprüche, die in diesem Bericht enthalten sind, aufmerksam gemacht.

Während zum Beispiel der Herr Sozialminister Hunderte Millionen vergebener Subventionen trotz Aufforderung von Seiten des Herrn Bundesministers für Finanzen in diesem Bericht absichtlich nicht angeführt hat, wurde der Landwirtschaft alles, was gut und teuer ist, angelastet. Angefangen von den Preisausgleichsmitteln, die bekanntlich — darüber könnte man verschiedener Meinung sein — nicht allein den Landwirten, sondern sicherlich auch im selben, wenn nicht in größerem Ausmaß den Konsumenten zugute kommen, über die Wildbachverbauungsmittel, die Mittel für Lawinenverbauung und Gewässerregulierung bis zu den Mitteln, die für die Spanische Hof-

Kern

reitschule, meine sehr geehrten Damen und Herren, verwendet worden sind! Das ist alles in diesem Bericht unter der Rubrik Land- und Forstwirtschaft drinnengestanden.

Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Bericht ohne Subventionsbegriff erstellt worden ist, daß er mangelhaft ist, daß er fehlerhaft ist, daß er nur Halbwahrheiten enthält, daß er also völlig unobjektiv ist.

Der Herr Bundeskanzler hat dann auch tätige Reue bekundet: Es werden alle Anregungen, so sagte er in der dritten Anfragebeantwortung, berücksichtigt werden. Er und auch der Herr Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft haben damals gesagt: Wir werden vor Herausgabe des nächsten Berichtes einen entsprechenden Begriff erarbeiten lassen.

Über den Aussagewert dieses Berichtes sagte der Herr Bundeskanzler, nachdem wir Licht in die Sache gebracht hatten, selbst: „Eine aussagefähige Studie über die Bevölkerungsschichten, die letzten Endes durch die Subventionsgewährungen begünstigt wurden, ist derzeit nicht mit den vorhandenen Daten erstellbar.“ Oder anders ausgedrückt: Man kann nicht sagen, wer diese Subventions-Milliarden echt bekommt.

Diese Anfragebeantwortung langte am 8. Februar 1971 im Parlament ein. Am 18. März 1971, sechs Wochen nachher, aber bringt die SPÖ ein Flugblatt heraus (*der Redner zeigt es vor*), wo die Bevölkerung von Wien und Umgebung lesen kann, daß die Bauern von Österreich „Milliarden an Subventionen“ erhalten, wobei unter anderem auch gleich die Gelder für die Sozialversicherung, weil es in einem Aufwaschen geht, mit einbezogen sind. (*Ruf bei der ÖVP: Eine Gemeinheit!*)

Der Herr Bundeskanzler hat also etwas ganz anderes gesagt als der Vorsitzende der SPÖ, und das innerhalb von wenigen Wochen!

Nun liegt uns seit 13. Juni der zweite Subventionsbericht, und zwar über die Vergabe von Subventionen im Jahre 1970, vor. In der Einleitung zu diesem Bericht wird von den Beamten, die diesen Bericht wahrscheinlich unter Ihrer Anleitung, Herr Finanzminister, erstellt haben, auf die Schwierigkeit hingewiesen, vor der sie stehen, wenn sie einen Bericht machen sollen, der ohne genaue Definition des Begriffes „Subvention“ erstellt werden soll.

Es werden dann Beispiele aus dem Ausland gebracht, und schließlich wird von der Bundesregierung lediglich wieder eine Absichtserklärung festgehalten, wie zukünftige Berichte aussehen sollen. Das heißt also: Die Regierung

hat auch heuer wieder einen Bericht ohne Subventionsbegriff herausgebracht, die Regierung, Herr Minister, hat ihr Versprechen nicht gehalten.

Sicherlich hat dieser Bericht eine andere Form, es sind Erläuterungen drinnen — das gebe ich zu —, aber ich stelle fest, daß im großen und ganzen dieser Bericht nicht anders als der erste Bericht ist. Das muß ich mit aller Eindeutigkeit festhalten! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Problematik der Subventionsberichte in dieser Form, meine Damen und Herren, darf ich Ihnen jetzt an einem Beispiel vor Augen führen.

Ich schicke voraus, daß nach meiner Meinung so wie im deutschen Bericht auch andere Subventionen, insbesondere die indirekten, die steuerbegünstigten, mit hineingehören. Während in den diversen sogenannten Berichten und ebenso im Bundesfinanzgesetz die Treibstoffverbilligung für die Bauern, für die Landwirtschaft per Heller und Pfennig aufscheint, ist von der Verbilligung des Ofenheizöls — ich sage gleich vorweg, um keinen Irrtum entstehen zu lassen: Wir bekennen uns dazu! — nirgendwo etwas zu lesen oder zu hören. Damit Sie wissen, wie die Größenordnungen und die Unterschiede sind, darf ich Ihnen sagen, daß beispielsweise die Treibstoffverbilligung für die Landwirtschaft im nächsten Jahr ungefähr 300 Millionen ausmacht und daß die Ofenheizölverbilligung über 1 Milliarde Schilling ausmachen wird.

Das ist die Problematik, Herr Bundesfinanzminister, vor der wir stehen. Erst dann, wenn das alles berücksichtigt und drinnen ist, gibt der Bericht eine echte Aussage über die Subventionsvergaben!

Der Herr Bundeskanzler sagt selbst am 8. Februar 1971: „Sollte vom Standpunkt der österreichischen Volkswirtschaft die Subventionsfrage gestellt werden, dann müßten alle Bereiche überprüft werden, in denen Leistungen oder Güter zu nicht kostendeckenden Preisen abgegeben werden.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hier würden natürlich auch die Subventionen, die über die Tarifermäßigungen der Bundesbahn vergeben werden — das ist fast 1 Milliarde Schilling! —, die jetzt bei den Bundestheatern und so weiter vergeben werden, mit einbezogen werden.

Nun darf ich folgendes festhalten: Auch dieser zweite Bericht macht keine echte Aussage über die Subventionsgewährungen. Herr Bundeskanzler Kreisky hat — ich sage das noch einmal mit aller Deutlichkeit — am 8. Februar 1971 das auch sehr deutlich zugegeben, indem er gesagt hat, man könne nicht

Kern

sagen, wer die „Echtbegünstigten“ sind. Dennoch und obwohl der Herr Bundeskanzler in dieser Anfragebeantwortung vom 8. Feber 1971 ebenfalls noch sagte, daß der erste Subventionsbericht in der Presse „mißbräuchlich interpretiert worden wäre“, also eine falsche Auslegung gemacht worden sei, sagt der Herr Bundeskanzler am 27. September 1972 im ORF vor der breiten Öffentlichkeit in Zusammenhang mit der Abgeltung der Brot- und Milchpreise auf die Frage des Journalisten, ob es nicht problematisch sei, von einer Gruppe auf die andere die Subventionen sozusagen zu verschieben oder eine Umschichtung vorzunehmen: „Eine Einkommensumverteilung“ — das sagt der Herr Bundeskanzler — „ist überhaupt nicht problematisch, denn die Bauern bekommen ja Milliardenbeträge“ — Milliardenbeträge! — „aus Steuergeldern.“

Herr Bundesminister! Das ist es, was wir dieser Regierung ankreiden müssen, daß wider besseres Wissen — ich kann es nicht anders auslegen, ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky am 27. September 1972 vergessen hat, was er am 8. Feber 1971 in der Beantwortung einer Anfrage gesagt hat — dieser Berufsstand, der, wie ich das seinerzeit auch in der Fragestunde sehr deutlich formuliert habe, bei Gott materiell heute nicht zu den bestfundierten gehört, der aber bei Gott seine Pflicht erfüllt und seine Arbeit leistet, vom Bundeskanzler Österreichs als Almosenempfänger hingestellt wird! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Aussage des Herrn Bundeskanzlers, die er gemacht hat, die er im Parlament wiederholt hat, hindert ihn überhaupt nicht, am 9. November einer niederösterreichischen Zeitung gegenüber, und zwar der NON, zu sagen: An die Abdeckung durch die Bauern war nie gedacht.

Dann haben aber Sie, Herr Bundesminister für Finanzen, bereits am 17. Oktober 1972 auch wieder im ORF angekündigt, daß ein Drittel bis zur Hälfte dieser Kosten für Brot- und Milchpreiserhöhung für die Rentner von den Bauern abgegolten werden müssen. Wenn wir uns das Budget ansehen, finden wir, daß dem auch Rechnung getragen worden ist.

Sie, Herr Minister, Sie konnten eine sachliche Begründung für diese Vorgangsweise nicht geben. Ich habe Sie im Ausschuß gefragt, ich frage Sie heute noch einmal. Eine solche Vorgangsweise halte ich für unmöglich. Ich sage aber wieder vorweg, daß wir uns natürlich zur Abgeltung dieser erhöhten Kosten für die Rentner bekennen, um keinen Irrtum entstehen zu lassen.

Nun sieht die Situation folgendermaßen aus:

Das Schwarzbrot ist bekanntlich um 50 Groschen pro Kilogramm teurer geworden. Der Anteil der Landwirtschaft an diesen 50 Groschen sind ganze 2 Groschen. Meine Damen und Herren: ganze 2 Groschen! Bei der Milchpreiserhöhung, die jetzt für den Konsumenten mit 30 Groschen pro Liter wirksam geworden ist, hat die Landwirtschaft je nach Qualität einen Anteil von 3, 10 oder 15 Groschen. Also auch hier ergibt sich, meine Damen und Herren, vom Sachlichen her gesehen bei weitem nicht die Begründung, daß die Hälfte dieser erhöhten Kosten von den Bauern bezahlt wird.

Aus welchen Motiven — und das ist jetzt meine Frage, Herr Minister — haben Sie nun in Konsequenz der Aussagen des Herrn Bundeskanzlers, in Konsequenz auch der Aussagen in den sogenannten Subventionsberichten, hier diese Forderung gestellt?

Ich glaube nicht, Herr Minister, daß Sie sagen können, daß Sie uns beim Agrarbudget so gut behandelt haben. Ich glaube auch nicht, daß Sie sagen können, daß Sie uns bei der Mehrwertsteuer oder bei der Einkommensteuerreform so gut behandelt haben. Ich glaube auch nicht sagen zu können, daß der Herr Bundesminister Weihs recht hat, wenn er sich unlängst gerühmt hat, daß die Landwirtschaft ohnehin sehr gut dran ist, weil die Ausgaben nur um ein wenig — ja: nur um ein wenig — niedriger liegen als die Einnahmen aus der Landwirtschaft, meine Damen und Herren.

Wo liegt also die Begründung, Herr Minister? Sind es sachliche Überlegungen oder sind es die Überlegungen, die eben Ihrer grundsätzlichen Einstellung zur Landwirtschaft entsprechen?

Abschließend mödite ich folgendes sagen, Herr Minister: Sie haben heute eingangs — ich sage: mit Recht, ich wiederhole das — darauf hingewiesen, daß die Wirtschaftspartner ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben. Wenn Sie hier auch die Landwirtschaft mit einbezogen wissen wollen, dann würde ich Sie, aber auch die anderen Damen und Herren der Regierung und auch der Fraktion, sehr darum bitten, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft, aller Gruppen der Bevölkerung, Ihre Einstellung, die Sie bis dato gezeigt haben, zu ändern! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Pelikan.

Abgeordneter Dr. Pelikan (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Tull von der

Dr. Pelikan

Sozialistischen Partei hat es in einigen seiner Passagen bei seiner Wortmeldung für notwendig befunden, der Österreichischen Volkspartei sozusagen Ratschläge zu geben, wie sie ihre Oppositionspolitik gestalten soll. Ich möchte dazu doch feststellen: Der Herr Abgeordnete Tull ist der letzte, von dem wir einen Rat brauchen, wie wir diese Politik gestalten werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte dann auf einige Äußerungen des Herrn Abgeordneten Mühlbacher eingehen. Die Erhöhung der Mittel aus dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz von 3 auf 5 Prozent des Gewerbesteueraufkommens ist — das möchte ich nachdrücklich feststellen — eine jahrelange Forderung des Wirtschaftsbundes der Österreichischen Volkspartei, die jetzt endlich von der Regierungspartei erfüllt wurde.

Was die Frühpension anlangt, so ist das Dazuverdienen für Selbständige in der Höhe von etwa 1600 S nur einem Irrtum der Regierungsfraktion zuzuschreiben, denn tatsächlich geht dies auf einen Antrag der Österreichischen Volkspartei zurück.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Budget 1973 ist — und damit möchte ich auf meinen eigentlichen Debattenbeitrag kommen — das Budget der Superlative, allerdings in negativer Hinsicht. Es ist das Budget mit den höchsten Ausgaben, mit dem größten Defizit, mit der höchsten Beamtenzahl, den meisten Dienstautos, den höchsten Inlandschulden, und es wird die höchsten Preisseigerungen hervorrufen, die es je in der Zweiten Republik gegeben hat. Es wurde auch mit der längsten Budgetrede, die je in diesem Hause gehalten wurde, eingebracht.

Mit dieser Budgetrede möchte ich mich nun befassen, weil ich glaube, daß die Budgetrede des Herrn Finanzministers noch nicht jene kritische Würdigung erfahren hat, die ihr eigentlich zukommen sollte. Vor allem möchte ich mich mit einigen — wie man sich im journalistischen Sprachgebrauch auszudrücken pflegt — „Sagern“ beschäftigen, die so instruktiv auf der rechten Seite der gedruckten Fassung ausgeworfen sind.

Da wird zunächst auf Seite 11 festgehalten: „Der Preisauftrieb ist ein internationales Problem und verlangt daher eine internationale Lösung.“

Ich sehe darin, meine Damen und Herren, einen Versuch, von der Bevölkerung sozusagen die Generalabsolution für das Versagen der Regierung in der Frage der Preisstabilisierung zu erzwingen.

Es dürfte auch dem Herrn Finanzminister der Grundsatz bekannt sein: „Stability begins at home.“ Gerade das Budget hätte einen wesentlichen Beitrag zu diesem Grundsatz leisten können. Ich möchte das an Hand einiger Zahlen, die Schuldenpolitik betreffend, demonstrieren.

Das inlandswirksame Defizit betrug im Jahre 1969 0,6 Milliarden Schilling und im Jahre 1970 0,1 Milliarden Schilling, 1971 ergab sich ein antizyklisch inlandswirksamer Budgetüberschuß von 1,8 Milliarden Schilling, und 1973 wird es ein inlandswirksames Defizit von 5,1 Milliarden Schilling geben. Davon findet sich in der heutigen Erklärung des Herrn Finanzministers kein Wort, auch nicht, daß der gesamte Budgetabgang 1973 die Rekordhöhe von 20 Milliarden Schilling erreichen wird, wenn man nämlich die Finanzierungslücke, die sich aus der Vorratsentlastung für die Mehrwertsteuer ergibt, hinzurechnet.

Der Herr Finanzminister hat kürzlich sein Heil in einer publizistischen Flucht nach vorne, wenn ich das so sagen darf, gesucht. Es ist sein gutes Recht, als Schallplattenstar oder auch als Quizmaster im Fernsehen aufzutreten, wenn er dazu die Zeit hat. Aber ich glaube: Finanzminister der Republik Österreich zu sein, ist ein sehr verantwortungsvolles Amt, so wie in jedem anderen Staat auch. Als solcher hätte der Herr Finanzminister die Pflicht gehabt, die Bevölkerung über die wahren Zusammenhänge objektiv aufzuklären und nicht, so wie am vergangenen Samstag, durch das Ausstreuen von Pseudo-informationen, die noch dazu falsch waren.

Wenn der Herr Finanzminister nämlich auf die Frage, was man zur Preisstabilisierung beitragen könne, antwortete, daß dazu die Preisdisziplin der Unternehmer, ein Preisbewußtsein der Bevölkerung und ein positives Sparverhalten notwendig wären, so knüpfte ich daran die Frage: Wollen Sie, Herr Finanzminister, die Schuld an der jetzigen Inflation ausschließlich der Bevölkerung geben? (Abg. Dr. Kohlmaier: Jawohl! Das ist es!) Diese Äußerung ist nicht nur im Inhalt falsch, sondern in höchstem Grade demagogisch und entbehrt auch jeglicher vernünftiger wirtschaftspolitischer Grundlage. (Beifall bei der ÖVP.)

Kein Wort, Herr Finanzminister, haben Sie in dieser Sendung darüber verloren, daß eine Preisstabilisierung auf zwei sehr wesentliche Faktoren zurückgeht und von zwei sehr wesentlichen Faktoren abhängt, nämlich von einer stabilitätsorientierten Budgetpolitik und von einer Lohnpolitik im Sinne des jetzt geschlossenen Sozialpartnerabkommens.

Dr. Pelikan

Aber ich stelle mit Genugtuung fest, daß diese Fernsehsendung in der Presse eine sehr kritische Würdigung erfahren hat. So schreibt unter anderem das „Linzer Volksblatt“ — und jetzt zitiere ich wörtlich, damit es auf der linken Seite des Hauses zu keinem Aufruhr kommt —, daß es „eine übler politische Schleichwerbung schon lange nicht — wenn überhaupt —“ im Fernsehen „gegeben hat.“ (Zustimmung bei der ÖVP. — Abg. Ing. Hobl: Das ist bei der Bevölkerung sehr gut angekommen!)

Auf jeden Fall hat die SPÖ — Herr Kollege Hobl, horchen Sie zu — am vergangenen Samstag die längste und billigste Belangsendung im Fernsehen gehabt. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Aber wenn das die Antwort des Herrn Finanzministers auf die Aktionswoche der Wirtschaft gewesen sein soll, so muß ich Ihnen mitteilen, meine sehr geehrten Damen und Herren: Diese Aktionswoche wurde von einem überwältigend hohen Anteil der Bevölkerung äußerst positiv beurteilt. Denn die Bevölkerung weiß nämlich sehr genau, von wem sie manipuliert wird (Abg. Gratz: Gratisbierdeckel!), nämlich von jenen, die die Macht zu Lasten weiter Bevölkerungskreise, Herr Kollege Gratz, ausüben. Sie weiß auch, daß es dem Konsumenten vollkommen freistehet, wo er seinen Konsumbedarf deckt. Sie weiß aber, daß sie einem Finanzminister mit einem schlechten Einkommensteuergesetz nicht entkommen kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich stehe nicht an, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier zu erklären, daß es auch in der Wirtschaft Außenseiter geben mag, aber ich weise Verallgemeinerungen auf das energischste zurück. (Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich mache mich hier mit dieser Feststellung auch zum Sprecher der Konsumgenossenschaften. (Abg. Dr. Kreisky: Hut ab!) Der Konsum im Salzburg-Taxham verlangt zum Beispiel für eine Dose Ovomaltine 28,90 S., und der Konsum in der Rainerstraße in Salzburg verlangt für die gleiche Dose 32,90 S. Das ist ein Preisunterschied von 15 Prozent bei den Konsumläden. Offenbar muß auch der Konsum standortbedingt oder eben wirtschaftlich kalkulieren.

Die Bevölkerung hat — das glaube ich mit gutem Gewissen feststellen zu können — erkannt, daß nur eine florierende Wirtschaft die Basis, die Grundlage für unseren Wohlstand ist. Mit Verteufelungen und Diskreditierungen, wie sie am vergangenen Samstag vom Herrn Finanzminister im Fernsehen vorgebracht wurden, wird eine Wohlstandsvermehrung, die er in der Budgetrede noch dazu als

sein Verdienst hinstellt, nicht erreicht werden können. (Zustimmung bei der ÖVP). Soviel zu dieser Fernsehsendung. (Zwischenruf des Abg. Ing. Hobl.) Herr Kollege Hobl, Sie müssen etwas lauter sprechen, sonst kann ich Sie nicht hören. (Abg. Ing. Hobl: Haben Sie die Sendung gesehen?) Ich habe die Sendung gesehen. Selbstverständlich! (Abg. Ing. Hobl: Von Verteufelung war gar keine Rede! — Abg. Skritek: Sie haben es so ausgelegt!) Das ist im Endeffekt herausgekommen. (Zwischenrufe.)

In einem möchte ich dem Herrn Finanzminister voll beipflichten, wenn er nämlich auf Seite 17 der Budgetrede schreibt: „Erfolgreiche Stabilisierungsmaßnahmen müssen die Mitwirkung aller am Wirtschaftsprozeß Beteiligten miteinschließen.“ Dem ist durchaus beizupflichten. Nur, meine ich, sollte das nicht in Form einer „societas leonina“ — einer Löwengesellschaft — geschehen, wo der eine alles und der andere nichts zu bestimmen hat — wobei ich mit dem einen die Regierung und den Finanzminister und mit dem anderen die Wirtschaft meine —, sondern es muß ein ausgewogenes partnerschaftliches Verhältnis sein.

Ich möchte in diesem Zusammenhang feststellen, daß es immer wieder zu ungleichen Startbedingungen zwischen Staat und privater Wirtschaft kommt. Das betrifft vor allem den Kreditsektor. Der Staat hat es immer wieder in der Hand, sich für seine Ausgaben, für seine Investitionen die nötigen Kredite zu verschaffen; nicht so die private Wirtschaft.

Der Herr Finanzminister spricht von einem „Budget der Reformen“ und führt als Beweis die Umsatzsteuerreform, die Einkommensteuerreform und das Abkommen mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft an.

Dazu muß ich feststellen, daß die ersten beiden Maßnahmen, die Umsatzsteuerreform und die Einkommensteuerreform, wohl nichts mit dem Budget an sich zu tun haben, es sei denn, sie führen zu Mehreinnahmen für den Fiskus. (Abg. Mühlbacher: Die Einnahmenseite!) Ich danke für den Hinweis, Herr Kollege Mühlbacher!

Es ist in dieser Budgetrede auch angeklungen, daß eine Neuordnung des Haushaltstrechtes in Vorbereitung ist (Abg. Dr. Tull: Schon eingebracht!) und daß diese Neufassung wegen der Reformen noch nicht durchgeführt werden konnte. (Abg. Dr. Kohlmaier: Ganz glücklich ist der Tull!) Ich hätte eigentlich erwartet, daß der Herr Finanzminister wenigstens Andeutungen in diese Rede aufnimmt, wie er sich denn eine solche Neuordnung des Haushaltstrechtes vorstellt.

Auf Seite 82 der Budgetrede findet sich eine sehr bemerkenswerte Aussage. Es heißt dort,

Dr. Pelikan

„daß der Mensch weder das Instrument der Wirtschaft noch der öffentlichen Verwaltung ist. Alles hat einzig und allein ihm zu dienen.“

Dazu möchte ich sagen: Die These „Im Mittelpunkt steht der Mensch“ ist keine Erfindung des Herrn Finanzministers oder der Regierungspartei, sondern wohl eine Selbstverständlichkeit für alle in der Politik Tätigen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Letztlich müßte das ja auch für den Sektor der Steuerpolitik gelten. In weiterer Folge müßte das auch heißen, daß die steuerlichen Gestaltungsfreiheiten, die es in unserem Einkommensteuerrecht gegeben hat, bestehen bleiben müssen. Dagegen hat aber der Herr Finanzminister in sehr eklatanter Weise verstoßen.

Als Beispiel für viele solcher Fälle möchte ich nur die Tatsache des Wegfalles des Freibetrages für die mittägige Ehegattin erwähnen. Dadurch wird eine wesentliche steuerliche Gestaltungsmöglichkeit gestrichen und indirekt ein Zwang auf diese Personengruppen ausgeübt, miteinander Dienstverhältnisse abzuschließen, was aus mehreren Gründen — und das wurde hier in diesem Hause schon oft gesagt — nicht als praktikabler Ausweg zu bezeichnen ist.

Weiters spricht der Herr Finanzminister in seiner Budgetrede von der Bereitschaft, Vorschläge und Anregungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu akzeptieren, also für solche Vorschläge offen zu sein.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Wir haben hier Vorschläge und Anregungen gebracht und sie auch hier deponiert; auch in den Ausschußverhandlungen. Ich frage Sie: Welcher Ansatz des Budgets für 1973 wurde auf Grund dieser Anregungen und Vorschläge geändert? Kein einziger Ansatz und kein Beistrich wurden an diesem Budget geändert.

Es findet sich in der Budgetrede noch eine Fülle von Ungereimtheiten, wenn zum Beispiel erklärt wird, daß die Aufwendungen für Umweltschutz 2 Milliarden Schilling betragen, darunter die einzelnen Posten bei der Zusammenrechnung aber nur 900 Millionen Schilling ergeben. Ich glaube, man hat offenbar damit gerechnet, daß viele, die diese Rede in die Hand bekommen, sie nicht oder nicht genau lesen werden.

Wenn in der Budgetrede abschließend davon gesprochen wird, daß alle Chancen genutzt werden müßten, damit die österreichische Wirtschaft weiter auf der Überholspur bleibt, so möchte ich dazu folgendes feststellen:

Wir fahren zwar auf der Überholspur, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber wir kommen nicht weiter. Der Grund ist der, daß der Motor zwar auf Hochtouren läuft, aber die Kupplung rutscht. Und die defekte Kupplung ist diese sozialistische Regierung, sind Sie, Herr Finanzminister! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Hans Mayr. Er hat das Wort. (*Abg. Mayr: Herr Kollege, ich bin nicht unbedingt ein Autofahrer, der seine Kupplung schleifen läßt!*)

Abgeordneter Hans Mayr (SPO): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Beginn meiner Rede mit ein paar Worten auf jene Ausführungen zurückzukommen, die der Herr Abgeordnete Withalm heute in der Früh beim Budgetkapitel Gesundheit gemacht hat. Er hat ein sehr bedeutsames Problem angeschnitten, nämlich das Problem der Versorgung unserer alten Menschen. Ich möchte über dieses Thema in der gleichen ruhigen und emotionslosen Weise sprechen, wie Abgeordneter Withalm es getan hat.

Zunächst darf ich aber auf einen Denkfehler aufmerksam machen. Man kann geriatrische Spitäler, das sind jene, die wir heute gemeinhin als Altersheime bezeichnen (*Abg. Doktor Mussil: Sie sind bei der falschen Tagesordnung!*) — ich weiß es schon, es kommt sofort, Herr Kollege Mussil —, nicht mit Heimen vergleichen, wo man rüstige alte Menschen aufnimmt und ihnen die notwendige Hilfe gibt.

Ich glaube, daß das wirklich ein sehr ernstes Problem ist und daß es auch dadurch nicht bereinigt wird, wenn man zu neuen Formen, zu Pensionistenheimen übergegangen ist. Herr Kollege Dr. Withalm! Nur war dies keine Wiener Erfindung, sondern es wird in Wien jetzt auch gemacht. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, daß jener Schaden, der durch die industrielle Revolution in unseren Familien eingetreten ist, daß nämlich die Drei-Generationen-Familie zerstört wurde, noch nicht gutgemacht ist und daß es noch sehr großer Anstrengungen bedürfen wird, um jene materielle und soziale Sicherheit und jene Pflege zu geben, die man früher von Verwandten, also Menschen, die mit der notwendigen Liebe den alten Menschen gegenüberstehen, bekommen hat und die es auch in unserer Gesellschaft der Kleinfamilie wird geben können.

Ich glaube — ich bin sehr froh über diese Anregung —, daß wir dieses Problem aus dem unmittelbar politischen Leben doch ausschalten sollten und in eine Sphäre zu stellen

5708

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Hans Mayr

haben, durch die wir mit sachlichen Überlegungen zu einer wirksamen Form der Altersversorgung kommen können.

Aber nun, Herr Kollege Mussil, bin ich schon beim heutigen Thema. (Abg. Dr. Mussil: Ich bin heute in Gönnerlaune, Herr Collega!) Danke vielmals! Ich werde es mir vormerken für den Fall, daß Sie beim nächsten Mal nicht in Gönnerlaune sind.

Präsident Probst (das Glockenzeichen gebend): Da paßt ich schon selber auf!

Abgeordneter Mayr (fortsetzend): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Klubobmann Peter hat hier namens seiner Fraktion — so nehme ich zumindest an, wenn er es auch nicht ausdrücklich betont hat — einen Vorschlag über die Straffung der Budgetdebatte gemacht. Er hat vorgeschlagen, daß die Bundesregierung einen Wirtschaftsbericht vorlegen soll.

Darf ich zunächst dazu feststellen: Sie werden uns als sozialistische Fraktion offen und aufgeschlossen zu Diskussionen über eine Form der Straffung der Budgetdebatte finden. Ich darf aber in diesem Zusammenhang einen Satz zitieren, den der Herr Klubobmann Peter hier gesagt hat. Er hat — und zwar vollkommen zu Recht — gemeint, eine Straffung der Budgetdebatte heißt Selbstbeschränkung der Opposition.

Daß wir Sozialisten hier als Mehrheitspartei und Demokraten bei einem Vorschlag zur Selbstbeschränkung der Opposition vorangehen, können Sie von uns nicht erwarten. Wir sind durchaus bereit, darüber zu sprechen. Wir meinen, daß der Vorschlag, den der Herr Klubobmann der FPO heute hier gemacht hat, ein Vorschlag ist, der wert ist, diskutiert zu werden. Aber von uns aus können Sie dazu Initiativen nicht erwarten, und ich glaube, Sie werden es auch verstehen, warum sie von uns aus nicht kommen.

Bin Wort noch zu den Ausführungen, die der Herr Kollege Sandmeier heute am Beginn dieser Diskussion gemacht hat. Er hat hier in beredten Worten von einer antizyklischen Budgetpolitik gesprochen und hat an das Jahr 1967 erinnert, wo von dem damaligen ÖVP-Finanzminister Konjunkturspritzen verabreicht wurden, als es ein Rezessionsjahr — er hat die Jahre 1967 und 1968 als Rezessionsjahre bezeichnet — gegeben habe. Ich habe sehr bewußt mir erlaubt, ihn in einem Zwischenruf zu fragen, wieso es denn Rezessionsjahre waren. Es hat eine ganze Weile gedauert, bis ich die Antwort bekommen habe. Ich mußte meine Frage einige Male wiederholen, bevor er sich zu der Antwort entschlossen hat: In ganz Europa waren Rezessionserscheinungen.

Ich habe dann auf diese Antwort „Danke“ gesagt. Herr Kollege Zittmayr, wir wollen also doch zur Kenntnis nehmen, daß die europäischen Volkswirtschaften auch schon vor Abschluß der EWG-Verträge so ineinander verschloßen sind, daß es zweifellos in einer kleinen Volkswirtschaft wie in der österreichischen nicht unbeschränkte Möglichkeiten gibt, sich den Wirkungen von außen her zu entziehen (Zwischenruf bei der ÖVP), und daß es hier sicherlich die Auswirkungen von außen her gibt. (Ruf bei der ÖVP: Das haben wir vier Jahre lang gesagt, nur habt ihr es bestritten! — Abg. Dr. Mussil: Die Inflation ist zu zwei Dritteln hausgemacht! — Abg. Dr. Withalm: Aber Österreich hat damals die Rezession früher überwunden als andere Staaten!) Herr Abgeordneter Withalm! Wir haben auch den Preisauftrieb früher und besser überstanden als andere Staaten, und wir sind heute noch im unteren Feld des Preisauftriebes. Wir sind heute noch im oberen Feld in bezug auf den Produktivitätszuwachs und den Zuwachs am Bruttonationalprodukt. Das heißt, wir werden auch diese gesamteuropäische Erscheinung dank der Wirtschaftspolitik dieser Regierung Kreisky besser überstehen, als es bei den anderen europäischen Staaten der Fall ist. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Mussil: Das walte Gott! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Das sehen wir ständig an der laufenden Entwicklung.

Meine Damen und Herren! Im Verlauf dieser Budgetdebatte, die am 4. Dezember begonnen hat, ist sehr oft ein Artikel des sozialistischen Journalisten und jetzigen Nationalbankkäurors Karl Ausch zitiert worden. Ausch hat in der „Arbeiter-Zeitung“ am 5. Dezember 1972 noch einmal einen Artikel geschrieben, in dem er einige Klarstellungen vornimmt. Zunächst einmal sagt Ausch, daß es ihm in seinem ersten Artikel darum gegangen sei, einen speziellen Aspekt hervorzuheben. Aber am Schluß seines Artikels hebt er einen anderen speziellen Effekt hervor, der auch nach seiner Meinung in der bisherigen Diskussion zu kurz gekommen ist. Das aber habe ich vermißt, daß dieser Artikel des Karl Ausch hier des öfteren zitiert wurde. Darf ich mir gestatten, Ihnen daher diese kurze Passage vorzulesen:

„Über die Diskussion mit Weissel hinaus noch eine kurze Bemerkung über die ‚importierte Inflation‘, die nicht, wie man oft annimmt, nur über die Importpreise kommt. Zwischen Mitte Juni und Mitte September stiegen die Währungsreserven der Nationalbank von 32 auf 44 Milliarden Schilling. Infolge einer wenig verständnisvollen Haltung der Kreditinstitute konnte dieser gewaltige Geldzufluß aus dem Ausland nicht, wie es

Hans Mayr

richtig gewesen wäre, zum größeren Teil stillgelegt werden, sondern er strömte über eine riesige Ausweitung der Kredite in den Konsum- und Investitionsbereich und heizte die Wirtschaft weiter kräftigst an." (Abg. Dr. Mussil: *Ist aber wieder ins Ausland zurückgeströmt! Aber das haben Sie noch nicht gelesen!*) Ich werde schon so weit kommen, Herr Dr. Mussil, aber wenn Sie mir vielleicht helfen wollen dabei, bin ich Ihnen sicherlich auch dankbar. (Abg. Dr. Withalm: *Das war der erste Versuch jetzt!*) Danke. Aber ich hoffe, es wird nicht der letzte sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen wir fest: Es ist das natürliche und das gute Recht der Opposition — und niemand von uns, am allerwenigsten ich, will es Ihnen beschneiden —, daß sie die Preissituation der Bundesregierung zum Vorwurf macht. Niemand macht Ihnen einen Vorwurf daraus. Das ist auch selbstverständlich, daß Sie den Versuch machen, aus der Situation auf dem Preis-sektor einen politischen Vorteil zu erzielen. Das ist Ihr gutes Recht.

Ich darf Sie nur auf einen Umstand aufmerksam machen und Sie bitten: Wenn wir in dieser Situation stehen, dann hat es auch psychologische Bedeutung, was gesprochen wird. Ich glaube, daß es irgendwo einen Punkt gibt, wo wir aufhören müssen, als Parteienvertreter zu handeln, und als gemeinsame Österreicher zu handeln haben.

Ich erkenne es durchaus an, daß das Abkommen der Sozialpartner eine solche gemeinschaftliche österreichische Handlung zugunsten aller Österreicher, zugunsten des gesamten Staates war. Ich glaube aber, daß es eine grobe Unterschätzung der Sozialpartner ist — ich unterschätze beide Teile nicht, Herr Dr. Mussil —, wenn man hier sagt: Es haben zwar die Sozialpartner Opfer gebracht, aber die Bundesregierung nicht. Das wäre doch eine mehr als gräßliche Unterschätzung der wirtschaftlichen Einsicht der Sozialpartner, das wäre doch mehr als Unterschätzung, das wäre doch eine Mißachtung unserer Sozialpartner, der wir uns wahrhaftig nicht schuldig zu machen brauchen.

Noch etwas, meine Damen und Herren: Es wäre auch eine Unterschätzung des Finanzministers, der ganz genau weiß, daß man in einer Situation der steigenden Preise Kaufkraft zurücknehmen muß, und der ganz genau weiß, daß eine entsprechende Budgetausweitung natürlich zu einer Kaufkraftsteigerung führt.

Aber, meine Damen und Herren, da zeigt sich ja die Schwierigkeit der Situation, in der Sie in Wirklichkeit sind. Denn Sie haben uns

seit 4. Dezember 1972 bei jedem einzelnen Budgetkapitel erzählt, um was ein Ausgabenansatz zuwenig, zu gering dotiert ist. (Abg. Dr. Withalm: *Wo?*) Herr Dr. Withalm, zwingen Sie mich nicht, Beispiele aufzuzählen. (Abg. Dr. Withalm: *O ja!*) Ich habe in der Schule Geometrie gelernt, und zwar noch immer den guten alten Euklid. Ich weiß heute, daß es darüber hinaus also nicht ganz stimmt, daß es nur der Sonderfall der Riemannschen Geometrie ist. Aber diese Arithmetik, die Sie haben wollen, wo zwei und zwei nicht vier, sondern drei ist, diese ÖVP-Arithmetik ist kein Sonderfall, die stimmt ganz einfach nicht. (Abg. Dr. Withalm: *Sogar weniger!* — Abg. Dr. Mussil: *Zweieinhalb!*) — Zweieinhalb nur? Bitte. — Denn, meine Damen und Herren, es ist noch nicht möglich, eine Addition zu erfinden, bei der die Summe der Einzelteile kleiner ist als die der Gesamtheit. Und das ist ja das, was Sie ständig verlangt haben. Wollen Sie ein Beispiel haben? (Abg. Dr. Mussil: *Wir verlangen Sparsamkeit!* — Aber wo gespart werden soll, muß die Regierung bestimmen!)

Herr Dr. Mussil! Sie haben doch auch ganz kräftige Forderungen gestellt. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Haben Sie nicht? (Abg. Anton Schlager: *Nein!*) Aber, Kollege Schlager, gerade Sie sagen das? (Heiterkeit.) Wir wär's denn mit der Umwandlung der Zuschußrente in die Bauernpension? Das waren keine Belastungen des Bundeshaushaltes? (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.) Natürlich wäre das sehr erfreulich, etwas sehr Sympathisches.

Präsident Probst: Meine Herren! Wir haben eine Debatte, keine Zwiesprache. Sie führen da dauernd eine Zwiesprache. Da werden wir nicht weiterkommen. Jetzt kommt der Schlager auch noch vor! Bleiben Sie doch auf Ihrem Platz. (Abg. Anton Schlager: *Ab 1. Jänner 1974! Erste Etappe!*) Bitte eine Debatte zu führen.

Abgeordneter Mayr (fortsetzend): Das kostet doch etwas! Und Sie haben nicht eine Erhöhung des Familienrichtsatzes auf 3000 S verlangt? Fragen S' doch den Kollegen Schwimmer! Hat er nicht verlangt, wirklich nicht? Natürlich etwas sehr Erfreuliches, natürlich etwas sehr Schönes. Aber, meine Damen und Herren, gezahlt muß es doch auch werden. (Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ist das nicht ein bißchen zu einfach, wenn man hier sich die politische Legitimation dafür verschafft, draußen in der Versammlung zu sagen: Ich hab's ja doch verlangt!, dann aber, wenn man darauf festgenagelt werden soll, sagt: Wo ist der

5710

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Hans Mayr

Antrag? Bitte, meine Herren, das ist etwas zu einfach, so darf man es nicht machen.

Wenn wir dort, wo wir die Verbesserungen gemacht haben, es zu keiner weiteren Ausweitung der Kaufkraft kommen lassen, wenn wir dort, wo wir die Verbesserungen eingeführt haben (*Abg. Dr. Zittmayr: Immer sparen bei den Kleinen!*), auch für die notwendige Bedeckung gesorgt haben, Herr Kollege Zittmayr, wie haben Sie denn dann diese Novelle zum ASVG benannt? Also, meine Herren, einigermaßen konsequent, ein bissel nur, soll man schon sein. Denn sonst kann man wirklich nicht mehr glaubhaft werden. (*Abg. Anton Schlager: Ich habe mich nur der Forderung von Kollegen Pfeifer und vom Abgeordneten Fischer angeschlossen!*)

Herr Kollege Schlager! Soll ich Ihnen jetzt darauf sagen, die haben es ja in einer Rezessionsperiode verlangt, wo Sie bitte den Sandmeier hören, was man in einer so einer Periode tun muß, nämlich die Kaufkraft steigern und mehr ausgeben?

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß man sich doch eine konsequenter Politik zurechtlagen muß.

Aber gestatten Sie mir noch ein paar Worte zu einem anderen Kapitel. Wir haben uns heuer in diesem Raum zweimal mit den Fragen der Assoziierung mit der EWG zu beschäftigen gehabt. Es war ein Erfolg dieser Bundesregierung, daß es zu einem Abkommen gekommen ist. (*Abg. Dr. Mussil: Es hätte mehr sein können!*) Es war ein eindeutiger Erfolg dieser Bundesregierung, Herr Kollege Dr. Mussil, daß es zur Assoziierung mit der EWG gekommen ist.

Ich unterschätze absolut nicht die Vorteile für die österreichische Wirtschaft aus der Schaffung des wirtschaftlichen Großraums von 300 Millionen Einwohnern — nicht Schilling, wie Professor Horst Knapp in seiner Broschüre „Auf dem Weg zur EWG“ schreibt; es war ein sehr lustiger Druckfehler, daß halt Wirtschaftspolitiker nur mehr in Schilling und nicht mehr in Einwohnern denken, auch Wirtschaftsjournalisten nur mehr in Schilling denken können.

Diese Assoziierung mit der EWG, dieser Assoziierungsvertrag wird zweifellos unserer österreichischen Wirtschaft bedeutende Vorteile bringen. (*Abg. Dr. Mussil: Auch gewaltige Risiken!*) Gewaltige Risiken auch, Herr Kollege Dr. Mussil, selbstverständlich, einverstanden; Sie haben mich nicht ausreden lassen. Wir werden sicherlich eine gewaltige Umstellung unserer Wirtschaft vornehmen müssen. Wir werden mehr internatio-

nale Arbeitsteilung haben als bisher, mehr internationale Verflechtung haben als bisher, wir werden stärker von der internationalen Entwicklung beeinflußt werden, als es bisher schon der Fall war.

Aber, meine Damen und Herren, ich darf auf einen besonderen Aspekt aufmerksam machen und bitte Sie, das durchaus nicht etwa polemisch zu nehmen; es richtet sich auch gegen niemand.

Ich bin der tiefen Überzeugung, daß durch diese Assoziierungsverträge mit der EWG die Chancen der österreichischen Wirtschaft nicht gleichmäßig verändert werden, sondern ungleichmäßig verändert werden. Ein Teil des österreichischen Raumes liegt nahe bei der wirtschaftlichen Hauptschlagader der EWG, nahe etwa der Rheinlinie, liegt also hier in einer sehr günstigen Position. Ein anderer Teil des österreichischen Gebietes, der noch dazu das Handicap zu tragen hat, traditionelle und alte Betriebe in seinem Bereich zu haben, liegt weit entfernt von dieser Hauptschlagader des Wirtschaftsrings. (*Abg. Doktor Mussil: Auf die Landwirtschaft haben Sie vergessen!*) Das ist nicht meine ursprüngliche Aufgabe, Herr Kollege Dr. Mussil. Aber ich freue mich, daß sich die Bundeshandelskammer auch der Landwirtschaft annimmt. Ich nehme es als gutes Zeichen, daß aus den dreien fünf geworden sind, daß sich die Fünflinge besser vertragen als die Drillinge.

Es wird ein Anliegen unserer Wirtschafts- und unserer Finanzpolitik sein, diese verschiedenenartigen Startbedingungen der österreichischen Wirtschaft und der österreichischen Gebiete, vor allem für den Raum des Ostens und des Südostens unserer Republik, auszugleichen und hier wieder die Chancengleichheit herzustellen. Es wird notwendig sein, daß wir hier Maßnahmen setzen. (*Abg. Doktor Mussil: Ein Grenzlandförderungsgesetz muß geschaffen werden!*) Das ist nicht unbedingt, Herr Dr. Mussil, mit einem Grenzlandförderungsgesetz zu erreichen. Aber ich meine auch, daß wir gemeinsam dafür Sorge zu tragen haben, daß der Raum Wien—Niederösterreich zum Beispiel rechtzeitig an eine künftige Wasserstraße, den Rhein-Main-Donau-Kanal angeschlossen wird, daß hier alle technischen Vorbereitungen getroffen werden, damit wir für den Europakahn mit einer durchgehenden Befahrbarkeit der Donauschiffahrtsrinne rechnen können.

Ich halte eine solche Maßnahme für dieses Wirtschaftsgebiet, aber auch für das obersteirische Wirtschaftsgebiet zum Beispiel von ausschlaggebender Bedeutung.

Hans Mayr

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß; ich will Sie nicht mehr länger aufregen. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Aber dies gestatten Sie mir noch zu sagen: Am Beginn dieser Budgetrede hat Ihr Generalsekretär Dr. Kohlmaier in seinem Debattenbeitrag einige Male davon gesprochen, er wird mit uns „salzburgerisch reden“. Nun, ich verstehe mich mit meinen Salzburger Landsleuten sehr gut, und es gibt eine Menge von schönen Dingen in unserem schönen Salzburg, angefangen bei der Stadt Salzburg und der herrlichen Landschaft über die Salzburger Nockerln bis zu den Salzburger Festspielen.

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob Salzburger Parteitage ebenso erfolgreich sind wie Salzburger Festspiele. Eines lassen Sie mich aber feststellen: Dieser Sturmwind, den wir erwartet haben — auch nach Ihren Ausführungen, Herr Kollege Prader —, ist ausgeblieben. Ich erinnere mich sehr gut daran, wie Sie, Herr Dr. Prader, dieses Beispiel gebracht haben, von dem Sie selbst zugegeben haben, es sei ein Extrem, daß nämlich wir Gleichheit so verstünden, daß wir dem einen, der etwas vertut und etwas weggißt, etwas daraufgeben von jenen, die anständig und ehrlich leben. Ich erinnere mich sehr gut an dieses Beispiel, das Sie gebracht haben, aber ich erinnere mich noch besser an eines, nämlich daran, was in der Klammer nachher steht: Beifall bei der ÖVP. Denn das wissen Sie ebensogut wie wir, daß dieses Beispiel nicht nur ins Extrem verzerrt ist, sondern es ganz einfach falsch ist, eine Unterstellung ist. (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Prader:* Schauen Sie Ihr Einkommensteuergesetz an!)

Zwingen Sie mich doch nicht wieder von vorne anzufangen mit dem Einkommensteuergesetz. Ich sage Ihnen, wir bekennen uns dazu; wir bekennen uns zu beidem: Es ist völlig richtig, daß ein Kind nach dem Vermögen und dem Stand des Vaters erhalten werden soll. Aber der Staat, der soll gleichmäßig daraufgeben, ganz egal, ob es ein Kind eines Hilfsarbeiters oder das Kind eines hohen Beamten ist. Das hat mit der sozialen Stellung eines Vaters nichts zu tun. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Eines, Herr Dr. Prader, das können auch Sie nicht verstehen und davon sollten auch Sie nicht reden: daß Sie nämlich dieses Beispiel umdrehen, daß jener, der das geringere Einkommen hat, daraufgeben soll, damit der andere, der das höhere Einkommen hat, etwas bekommt. So können Sie es doch wohl nicht gemeint haben. Dann machen Sie bitte diesen Zwischenruf nicht.

Aber der „Sturmwind aus Salzburg“ ist ausgeblieben, ist steckengeblieben. (*Abg. Hahn:* Denken Sie an das Salzburger Gemeinderatsergebnis!)

Herr Kollege Hahn! Wir reden vom Salzburger Parteitag, und da gibt es also eine Menge auch anderer Gründe in Salzburg. Dieser Sturmwind ist steckengeblieben. Dieser Sturmwind, dieser Herbstwind, Herr Dr. Kohlmaier, ist zu einem Maienlüftchen geworden. Ich kann mir zwei Gründe dafür denken, daß dieser Sturmwind so vergangen ist. (*Abg. Doktor Mussi: Werden Sie nicht poetisch, Herr Kollege!*) Ich werde nicht poetisch. Aber vielleicht brächten wir's zusammen. (*Abg. Doktor Schwimmer:* Wenn nichts herausgekommen ist, warum beschäftigt sich ein SPÖ-Redner nach dem anderen damit?) Herr Doktor Schwimmer! Ich geb's Ihnen sofort zum Nachdenken:

Ich glaube, daß Sie mit meiner Feststellung, daß diese Offensive steckengeblieben ist, auch weitgehend übereinstimmen. Und jetzt können Sie sich den Grund dafür aussuchen. Ich stelle Ihnen beide Möglichkeiten frei, Sie können sich also durchaus aussuchen und Sie haben jede Möglichkeit, Ihre Stellungnahme dazu zu beziehen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder ist diese Regierung so gut oder die ÖVP so schlecht! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Mayr hat mit einem Vergleich geschlossen. Er hat die Frage offengelassen: Entweder ist das die beste Regierung oder die schlechteste ÖVP. — Ich darf ihm sagen: Es ist die schlechteste Regierung! Das stimmt auf jeden Fall. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und er hat gemeint, daß der Salzburger Sturmwind ausgeblieben wäre. Aus den Debatten hat man aber gesehen, daß in einigen Fällen doch die sozialistische Opposition und auch die Regierung sehr unruhig geworden sind, daß sie also doch auch einige dieser Angriffe sehr unangenehm empfunden hat. Es wird ja noch einiges kommen. Ich schließe da an den Herrn Abgeordneten Mayr an, der so poetisch vom Maienlüftchen gesprochen hat und vom Sturmwind, der ausgeblieben wäre. Ich würde also an Ihrer Stelle nur hoffen, daß der SPÖ die ÖVP-Fraktion nicht wirklich noch in der nächsten Zeit sehr lästig wird.

Aber nun möchte ich zu meinen Ausführungen kommen. Ich darf zum Kapitel Finanzen doch noch einige Feststellungen treffen.

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Besonders die letzten Wochen haben uns gezeigt — und auch die Ausführungen, die wir von den verschiedenen Seiten, auch vom Herrn Finanzminister gehört haben, gehen in diese Richtung —, daß die Argumente der Österreichischen Volkspartei im Zusammenhang mit der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1973 tatsächlich bestätigt wurden. Die Regierung hat sich genötigt gesehen, Hals über Kopf und unüberlegt ein Stabilisierungsprogramm einzuleiten. Man hat erkannt, daß etwas geschehen muß, um diese negativen Auswirkungen der Einführung der Mehrwertsteuer ab 1. Jänner 1973 doch irgendwie auszugleichen. (*Abg. Mühlbacher: Das hat doch mit den Stabilisierungsmaßnahmen nichts zu tun!*) Lieber Herr Abgeordneter Mühlbacher! Sehr wohl haben die Stabilisierungsmaßnahmen mit der Einführung der Mehrwertsteuer etwas zu tun — ich komme darauf noch zu sprechen —, insbesondere weil man ja sehr viele Maßnahmen gesetzt hat, die verhindern sollen, daß alle Auswirkungen der Mehrwertsteuer plötzlich mit 1. Jänner 1973 wirksam werden.

Damit werden unsere Argumente bestätigt in der Frage des Benzinpreises, in der Frage des Strompreises, in der Frage verschiedener Grundnahrungsmittel und so weiter. Unsere Aussagen im Ausschuß über die Mehrwertsteuer, wo wir festgestellt haben, daß es also mit 1. Jänner zu sehr starken Verteuerungen kommen wird und daß der Index über 10 Prozent steigen wird, haben offensichtlich neben der massiven Teuerungswelle von 7 Prozent und darüber, die ja auch mit ein Grund war, warum plötzlich auf einmal geschaltet wurde, diese Stabilisierungsmaßnahmen der Regierung ausgelöst.

Nun ist offenbar auch in der Sozialistischen Partei die Erkenntnis, daß die Einführung der Mehrwertsteuer mit 1. Jänner 1973 ein sehr gewagtes Experiment ist, zutage getreten und hat sich durchgesetzt. Man hat eine ungeheure Angst vor dem befürchteten Überspringen der 10-Prozent-Marke bei der Indexsteigerung im Jänner 1973 gehabt.

Was hat man unternommen? Man hat versucht, die Teuerung nicht sofort wirksam werden zu lassen, sondern die Teuerung vor sich her zu schieben.

Bei Strom hat man gesagt: Wir können nicht mit 1. Jänner 1973 den Haushaltstrom teurer machen, daher machen wir ihn erst ab 1. Mai 1973 um 6 Prozent teurer.

Bei Benzin hat man gleichfalls plötzlich Angst bekommen. Unsere seinerzeitigen Einwendungen im Mehrwertsteuerunterausschuß und im Finanzausschuß, daß man eine solche

Benzinpreiserhöhung nicht verantworten könnte, hat der Herr Finanzminister noch wegewischt. Jetzt ist er offensichtlich draufgekommen, daß mit 1. Jänner 1973 wirklich diese Mehrbelastung nicht zu verkraften wäre, daß sie den Index auf jeden Fall zu weit hinauftreiben würde. Daher wurde ein Stufenprogramm vorgeschlagen: Benzin wird also erst ab 1. Juni 1973 um 30 Groschen und Superbenzin um 40 Groschen teurer, ab 1. Jänner 1974 um weitere 30 Groschen, zusammen also um 70 Groschen innerhalb eines Jahres. Wenn das keine wesentliche Belastung der Österreicher ist, dann weiß ich nicht, was die sozialistische Regierung überhaupt unter Belastungen versteht. Bei Dieselöl das gleiche: auch hier wurde die Erhöhung hinausgeschoben auf 1. Juni 1973 um 40 Groschen und ab 1. Jänner 1974 um weitere 5 Groschen, zusammen also wird das Dieselöl um 45 Groschen teurer. Ich darf feststellen, daß es wirklich ein Rekord dieser Regierung ist, daß sie vom 1. Jänner 1971 bis 1. Jänner 1974 das Dieselöl um 1,15 S beziehungsweise um 46 Prozent verteuert hat.

Auch die Erhöhung des Bierpreises wurde, weil Bier zu den Produkten gehört, die sich sehr auf den Index auswirken, um drei Monate hinausgeschoben, damit die Preissteigerung nicht in den Jännerindex hineinkommt.

Weiters haben wir auch bei den Rundfunkgebühren ein Hinausschieben erlebt: Eine Erhöhung der Rundfunkgebühr erfolgt am 1. Juli 1973 und dann wiederum am 1. Jänner 1974.

Das heißt mit anderen Worten: Diese massiven Teuerungen, die in erster Linie durch die Einführung der Mehrwertsteuer ausgelöst werden, werden hinausgeschoben und wirken sich erst immer in ein paar Monaten aus: Strom ab 1. Mai, Benzin ab 1. Juni, Rundfunkgebühren ab 1. Juli. Also ein sehr gezieltes Programm, damit der Index nicht zu sehr ausschlägt. Aber in Wirklichkeit kommt es im nächsten Jahr zu diesen Teuerungen, und die österreichische Bevölkerung muß diese Teuerungen auf sich nehmen.

Auch bei Zigaretten hat man sich in der letzten Zeit entschlossen, auf einen Teil der Tabaksteuer zu verzichten, damit man eine Verteuerung der Zigaretten vermeidet. Auch auf diese Probleme haben wir, Herr Minister, seinerzeit im Mehrwertsteuerunterausschuß hingewiesen; auch das war damals zwecklos.

Noch ein Punkt muß erwähnt werden: Das ist die Vergewaltigung der Landwirtschaft und ihrer Verarbeitungsbetriebe, die durch die Preiskommission bei der Festlegung der Preisentlastungssätze für Grundnahrungsmittel, wie Milch und Brot, entsteht. Die Belastung, die

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

den Bauern allein durch diese Vorgangsweise der amtlichen Preiskommission erwächst, liegt in der Größenordnung von 70 Millionen Schilling pro Jahr. Das ist eine ganz große Unrechtmäßigkeit gegenüber der Landwirtschaft.

Ich darf auch feststellen, daß der Appell der sozialistischen Regierung zur gemeinsamen Inflationsbekämpfung eigentlich das Eingeständnis der falschen Wirtschaftspolitik der letzten zweieinhalb Jahre ist. Denn wenn es nicht zu diesen Fehlern gekommen wäre, hätte man jetzt nicht diese Maßnahmen plötzlich aus heiterem Himmel ergreifen müssen. Es waren eben zuerst nicht die richtigen Maßnahmen und es gab zum Teil Fehler. Man hat die Entwicklung angeheizt, Preissteigerungen nicht ernst genommen und die Überhitzung der Konjunktur bagatellisiert. Ja, wenn wir auf diese Gefahren hingewiesen haben, wurden wir lächerlich gemacht, als würden wir nur schwarzmalen und als ob die Sache überhaupt nicht ernst wäre.

Jetzt folgt das zu späte und überstürzte Bremsen ohne Rücksicht auf die Dringlichkeit der einzelnen Maßnahmen und Projekte, was nach meinem Dafürhalten 1973 für die österreichische Bevölkerung große Schwierigkeiten und Gefahren mit sich bringen wird.

Die österreichische Land- und Forstwirtschaft ist — Herr Finanzminister, das muß ich hier zusammenfassend feststellen — vom Budget 1973 und den Maßnahmen der Regierung besonders betroffen. Ich darf vielleicht ganz kurz noch einmal die Punkte aufzählen:

1. Die Budgetansätze der Landwirtschaft haben nicht die durchschnittliche Steigerung der Ausgaben im Budget 1973 erfahren. Die durchschnittlichen Ausgaben sind um 13 Prozent gestiegen, das Landwirtschaftsbudget ist gleich geblieben. In ihrer Kaufkraft sind die der Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Mittel stark abgesunken.

2. Die Budgetmittel für die landwirtschaftliche Regionalförderung, also für die schwierigen Gebiete, für die Bergbauernzonen und die Entwicklungsgebiete, sind genauso gekürzt worden wie die Mittel für den Güterwegbau, für die Erschließung des ländlichen Raumes. Das ist im Zeitalter der Teuerung mit dieser Kaufkraftverminderung besonders tragisch.

3. Der Abänderungsantrag der ÖVP-Abgeordneten auf Erhöhung der Wegebaumittel um 110 Millionen Schilling wurde von den Sozialisten abgelehnt.

4. Die Mittel für den Erzeugermilchpreiszuschuß 1973 sind im Budget um 130 Millionen

Schilling zu niedrig veranschlagt, sodaß eine Erhöhung des Milchkrisengroschens zu befürchten ist.

5. Die bescheidenen Mittel im Budget erfahren jetzt eine Bindung von 15 Prozent, die Zinsenzuschüsse eine Bindung von 20 Prozent, obwohl alle beteiligten Stellen — einschließlich Landwirtschaftsminister, aber auch Finanzminister — wissen, daß es gerade auf dem Kreditsektor bei den AIK-Krediten am weitesten fehlt und Ansuchen um 700 Millionen Schilling nicht erledigt werden können, weil keine Mittel zur Verfügung stehen.

6. Besondere Schwierigkeiten bereitet uns die Einführung der Mehrwertsteuer, weil sie für die Bauern große Belastungen mit sich bringt:

16 Prozent beträgt die Mehrwertsteuer für Gebäudeerrichtung und Maschinen, 16 Prozent für Handeldünger, 16 Prozent für Dieselöl. Gerade die beiden letzten Positionen sind für uns unverständlich. Man hat weiters der Landwirtschaft wichtige Betriebsmittel, die bisher umsatzsteuerfrei waren, mit dem höchsten Mehrwertsteuersatz belastet. Es ist für uns unverständlich, daß man diese Haltung an den Tag gelegt hat, denn das bedeutet für die Landwirtschaft große zusätzliche Belastungen.

Herr Finanzminister! Ich darf hier eine kurze Rechnung machen. Laut Grünem Bericht 1971 hat die österreichische Landwirtschaft ausgegeben: für Bauten und Instandhaltung 7,11 Milliarden, für Maschinen und Reparaturen 6,40 Milliarden, für Energie und Treibstoffe netto (also unter Berücksichtigung der Treibstoffrückvergütung) 1,10 Milliarden, für Futtermittel 3,10 Milliarden, für Handeldünger 2 Milliarden, für Pflanzenschutzmittel 430 Millionen, zusammen 20 Milliarden 140 Millionen Schilling. Das hat die Landwirtschaft 1971 für Gebäude, Maschinen und Betriebsmittel ausgegeben.

Wenn man diese Summe für 1973 zugrunde legt — und das ist sehr niedrig gerechnet, weil ja die Preise in der letzten Zeit beachtlich gestiegen sind —, so muß die Landwirtschaft beim Einkauf und für diese Investitionssumme an Mehrwertsteuer rund 3 Milliarden Schilling jährlich tragen.

Der Erlös, der Endrohertrag der Land- und Forstwirtschaft betrug 1971 laut Grünem Bericht 29,7 Milliarden bei der Landwirtschaft und 6,5 Milliarden bei der Forstwirtschaft, also zusammen 36,2 Milliarden. Die Landwirtschaft erlöst demnach an Mehrwertsteuer beim Verkauf ihrer Produkte rund 2,28 Milliarden

Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr

Schilling. Das heißt mit anderen Worten, daß ein Betrag in der Höhe von rund 720 Millionen Schilling Ausgaben für Mehrwertsteuer systemwidrig der Landwirtschaft als Kosten bleiben und nicht gedekt sind.

Herr Finanzminister! Die vom Agrarwirtschaftlichen Institut ermittelte Vorsteuerbelastung für die Land- und Forstwirtschaft im Ausmaß von 8,7 Prozent des Umsatzes entspricht wirklich den tatsächlichen Verhältnissen. Dieser Wert ist noch eher höher anzusetzen als niedriger.

Wir erlauben uns daher noch einmal, diese Frage, die für die österreichische Land- und Forstwirtschaft und ihre Einkommensbildung sehr entscheidend ist, aufzurollen und einen Entschließungsantrag einzubringen, der zum Ziele hat, daß die Landwirtschaft einen pauschalen Vorsteuerabzug in der Höhe von 8 Prozent anstelle von 6 Prozent eingeräumt bekommt. Ich darf diesen Entschließungsantrag, der dem Herrn Präsidenten bereits vorliegt, zur Verlesung bringen.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr und Genossen betreffend pauschaler Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer in der Land- und Forstwirtschaft.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für Finanzen wird aufgefordert, dem Nationalrat ehe baldigst eine Novelle zum Umsatzsteuergesetz 1972 zuzuleiten, wonach allen Land- und Forstwirten ein pauschalierter Vorsteuerabzug in der Höhe von 8 Prozent eingeräumt wird.

Ich darf bitten, Herr Finanzminister, daß man diese Frage doch noch einer Überprüfung unterzieht, und zwar deshalb, weil in allen Ländern — besonders jetzt auch gerade im Zusammenhang mit den Stabilisierungsmaßnahmen — verschiedene Erleichterungen auf dem Mehrwertsteuersektor vorgesehen sind. Ich verweise besonders auf Frankreich, wo man sogar verschiedene Agrarprodukte aus der Mehrwertsteuer überhaupt herausgenommen hat und außerdem im Einführungsjahr auch den Mehrwertsteuersatz generell gesenkt hat. Bei uns denkt man an solche Dinge offensichtlich überhaupt nicht und nimmt diese zusätzlichen Teuerungen in Kauf.

Außerdem ist es so, daß der Hinweis des Herrn Finanzministers, die Landwirte könnten ja Buch führen und könnten dann die tatsächlich eingekauften Mehrwertsteuerbeträge abziehen, an und für sich in gewisser Weise einen Druck darstellt, der die Landwirte zu etwas zwingen soll. Die Buchführung bringt aber sowohl für die Bauern als auch für die

Finanzverwaltung — und für diese noch viel mehr — Mehrbelastungen mit sich. Es ist nicht zu verstehen, warum der Finanzminister, obwohl man die Vorsteuer genau ermitteln kann, in dieser Frage des pauschalen Vorsteuerabzuges der Landwirtschaft eine so ablehnende und harte Haltung einnimmt.

Bei Ablehnung unseres Antrages werden Millionenbeträge an Mehrwertsteuer beim Einkauf der Bauern systemwidrig zu Kosten und belasten daher effektiv das Einkommen der Bauern.

Zum Schluß möchte ich Sie, Herr Finanzminister, bitten: Legen Sie doch Ihre unfreundliche Haltung zu allen landwirtschaftlichen Belangen ab (*Beifall bei der ÖVP*) und geben Sie dem schwer um seine Existenz ringenden Bauernstand, was ihm auf Grund seiner Leistung gebührt. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP*.)

Präsident Probst: Der Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Zittmayr vorgelegt hat, ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung.

Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister Dr. Androsch. Er hat das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Androsch: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte zuerst auf die Anregungen des Herrn Abgeordneten Jossek eingehen, der eine ganze Reihe neuer Steuern vorgeschlagen hat und unter anderem als Kuriosität angeführt hat, daß bei uns noch immer die Essigsteuer eingehoben würde. Da das Ganze als Spaß gemeint war, nehme ich an, daß das auch ein Spaß war, weil er als Steuerberater sicherlich weiß, daß die Essigsteuer seit dem Jahre 1938 nicht mehr eingehoben wird.

Der Abgeordnete Sandmeier hat unter anderem die Behauptung aufgestellt, daß die größte Anzahl von Dienstwagen im Systemisierungsplan 1973 enthalten wäre. Wenn Sie die Fahrzeuge für Gendarmerie und Polizei meinen, dann ist es richtig. Wenn Sie weiter die Fahrzeuge der Straßenverwaltung ausklammern, also nur die Personenkraftwagen der Verwaltung nehmen, dann darf ich Ihnen folgende Zahlen zur Kenntnis bringen: 1969 567, 1970 577, 1971 576, 1972 525, also gegenüber dem Vorjahr minus 51. 1973 wird die Zahl der Personenkraftwagen 451 betragen, also weiter ein Minus von 74. Das heißt, in den drei Budgets, die wir als Regierung zu vertreten haben, hat sich die Zahl der Pkw um 126 verringert. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Zur Frage der Repräsentationsausgaben darf ich folgendes sagen: In der Vergangenheit war es so, daß ein niedriger Betrag, und zwar 100.000 S pro Ressort, eingesetzt wurde und im Laufe des Jahres dann entsprechend den

Bundesminister Dr. Androsch

Anforderungen nach der Anzahl der ausländischen Besuche oder Kongresse die Beträge überschritten wurden. Wir haben für das kommende Jahr erstmals eine Bruttobudgetierung, haben also das, was kommen könnte, präliminiert. Zum Vergleich darf ich sagen, daß im Jahre 1969 13 Millionen Schilling für diesen Bereich ausgegeben wurden. Im Budget 1973 sind 20 Millionen präliminiert, allerdings mit der Maßgabe, daß die Bundesregierung in der Zwischenzeit als Beitrag zu den Stabilisierungsbemühungen beschlossen hat, diesen Betrag um ein Drittel zu kürzen (*Abg. Hahn: Ein ÖVP-Erfolg!*); dabei ist auch festzuhalten, daß es bis auf weiteres keine Empfänge mehr im Schloß Schönbrunn geben wird.

Ich darf das aber auch zum Anlaß nehmen, auf das Problem der Aufwendungen für die Öffentlichkeitsarbeit einzugehen. Diesbezüglich wurden 1966 17,9 Millionen ausgegeben, 1967 24,4 Millionen, 1968 27,7 Millionen, 1969 25,1 Millionen, und im Voranschlag 1970 waren es 26,3 Millionen. Also in fünf Jahren — vier Jahre Ergebnis und ein Jahr Voranschlag — 121 Millionen Schilling.

Was das Jahr 1970 betrifft, so waren von den 26 Millionen Schilling bis zum April 13 Millionen Schilling bereits ausgegeben; die verbliebenen 13 Millionen wurden im Wege eines Budgetüberschreitungsgesetzes den Forschungsförderungsfonds zur Verfügung gestellt.

Nun darf ich Ihnen die Vergleichszahlen der Jahre 1971 und 1972 bringen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) — Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es wurden wohl den Fonds 30 Millionen zur Verfügung gestellt (*Abg. Dr. Klemel: Sie haben gesagt: „aus diesen Ausgaben“!*), es waren aber nur mehr 13 Millionen aus dem Titel zur Verfügung. (*Abg. Dr. Klemel: Sie haben hier erklärt: „aus diesen Ausgaben“!*) Das habe ich nie erklärt. Die verbliebenen Mittel sind mit 13 Millionen zur Verfügung gestellt worden. Zu einer Überschreitung ist es damals je 15 Millionen für die Fonds gekommen, woraus Sie ersehen können, daß 17 Millionen aus anderen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden. Fest steht aber, daß 26 Millionen präliminiert waren und innerhalb von dreieinhalb Monaten 13 Millionen vor den Wahlen bereits verausgabt waren.

Im Jahre 1971 wurden 8,7 Millionen Schilling für vergleichbare Tätigkeiten ausgegeben. Bitte das zu vergleichen zu den durchschnittlichen 26 Millionen der vorangegangenen Jahre. 1972 werden es voraussichtlich 9,3 Millionen sein, wozu allerdings die Mehrwertsteueraufklärung in der Höhe von 15 Millionen Schilling kommt, was aber ohne Zweifel

ein Sonderproblem darstellt, auf das ich gleich eingehen darf.

Wir haben folgende Aufklärungstätigkeiten entfaltet, und zwar unter Verwendung aller in Frage kommenden Informationsträger. Dabei meine ich, daß zu dem wichtigsten Teil dieser Informationstätigkeit die 385 Vorträge zählen, die die Finanzämter in ihrem Bereich selbst durchgeführt haben, wobei diese Vorträge in Wien gemeinsam mit der Kammer für Wirtschaftstreuhänder durchgeführt wurden. Diese Vorträge haben im gesamten Bundesgebiet etwa 90.000 bis 100.000 Steuerpflichtige, also Unternehmer, besucht. Dazu ist gekommen die Fibel in einer Auflage von 1,5 Millionen Stück, das Mehrwertsteuerbuch in einer Auflage von 500.000, 2 Plakate, 8 Fernsehsujets, 8 Einschaltungssujets, 8 Fernsehfilme zusammen mit der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und der Arbeiterkammer, ein zusammenfassender Film und 2 Kurzfassungen der zusammengefaßten Filme. Voraussichtlich im Februar werden noch etwa 2 Filme kommen, die sozusagen eine visuelle Gebrauchsanweisung für die erste Vorsteueranmeldung im März bilden werden.

Damit glaube ich, daß zweierlei gelungen ist: daß eine allgemeine Aufklärung des Systems für die gesamte Bevölkerung, gleichgültig ob sie unmittelbar damit zu tun haben wird oder nicht, erfolgt ist, zum anderen eine sehr intensive Tätigkeit, zu der ohne Zweifel die Tätigkeit der Interessenvertretungen anerkennenswerterweise gekommen ist, durchgeführt wurde und man erwarten und hoffen kann, daß eine größtmögliche Aufklärung erfolgt ist.

Was sicherlich nicht möglich war, Herr Abgeordneter Dr. Neuner: vorweg schon Zweifelsfragen, die auftreten können und sicherlich auftreten werden, zu lösen, weil diese Zweifelsfragen sich vielfach ja erst aus der Praxis ergeben und im Zuge mit dem Auftreten auch einer Lösung zugeführt werden müssen.

Hohes Haus! Nun gestatten Sie mir, mich ganz kurz der Frage zuzuwenden, inwieweit das Regierungsprogramm erfüllt ist.

Ich glaube bei aller gebotenen Bescheidenheit sagen zu können, daß im heurigen Jahr, was den Bereich des Finanzressorts anbelangt, eine ganze Menge legislatisch durchgeführt werden konnte. (*Beifall der SPÖ.*)

Ich erwarte nicht, daß diesbezüglich Lob seitens der Opposition kommt, aber ich sehe doch einen gewissen Widerspruch, wenn man einerseits sagt, daß die Arbeit so schleppend vorangeinge, daß so wenig durchgeführt würde, aber im selben Atemzug erklärt wird, daß infolge dieser angeblich so schleppenden

Bundesminister Dr. Androsch

Arbeiten ein so großer Arbeitsanfall im Bereich der Finanzverwaltung eingetreten wäre. Ist letzteres richtig, dann muß ja auch einiges geschehen sein. Oder ist so wenig geschehen, dann kann wieder letzteres nicht zutreffen.

Ich darf nur die Punkte Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Finanzausgleich, EWG-Arrangement und das, Herr Abgeordneter Doktor Pelikan, dem Hohen Haus inzwischen bereits zugegangene Haushaltsrecht hervorheben.

Wenn Sie fragen, was das mit dem Budget 1973 zu tun hat, so hat das sehr viel mit dem Budget 1973 zu tun, weil diese Maßnahmen allein $5\frac{1}{2}$ Milliarden Schilling Belastungen für den Bund bedeuten. Wenn Sie von dem Bruttodefizit von 11,2 Milliarden sprechen und diese Belastungen in Rechnung stellen, dann sehen Sie, ein wie großer Teil dieses Bruttodefizits gerade auf diese Maßnahmen, auf diese Reformen zurückzuführen ist.

Wenn in diesem Zusammenhang gesagt wurde, daß seitens des Bundes zuwenig zur Inflationsbekämpfung beigetragen, daß zu viele Maßnahmen getroffen worden seien, die das Defizit vergrößert haben, so darf ich darauf verweisen, daß sehr viele Maßnahmen, deren Berechtigung ich in keiner Weise bestreiten möchte, auf Wünsche, Anregungen und Forderungen der Oppositionsparteien zurückgegangen sind — seien es Begleitmaßnahmen oder Teile der Begleitmaßnahmen im Zusammenhang mit der Beschlüßfassung über die Mehrwertsteuer, seien es Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Interims- und des Globalabkommens im heutigen Herbst, Maßnahmen, die ihrerseits natürlich auch wiederum das Budget in belastender Weise betroffen haben. Das trifft auch auf das vor wenigen Tagen beschlossene Abgabenänderungsgesetz zu, wo gerade, Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr, Lösungen bei der Landwirtschaft nur getroffen werden konnten, indem ausschließlich die Lasten seitens des Bundes übernommen wurden. (Abg. Doktor Zittmayr: Vorratsentlastung!) Bei der Vorratsentlastung, natürlich. Aber das ist in die -zig und aber -zig Millionen Schilling gegangen. Ich bitte, doch auch das zur Kenntnis zu nehmen.

Hier darf ich gleich ein Wort zur Landwirtschaft sagen. Ich bin mir vollkommen der besonderen Situation der Landwirtschaft bewußt, die aber auch — wenn ich davon absehe, daß ihre Einkommensentwicklung von anderen Kategorien abhängig ist als im übrigen Wirtschaftsbereich — dadurch gekennzeichnet ist, daß es keine andere Berufsgruppe in Österreich gibt, die einen garantierten Preis, verbunden mit einer Absatz-

garantie, und damit eine Beschäftigungsgarantie hat. Ich bitte, diesen Aspekt auch nicht zu übersehen. (Abg. Dr. Zittmayr: Halten Sie die Garantie ein?)

Nun zum Budget 1973. Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Ich bitte, doch Ihrerseits fairerweise mit zu berücksichtigen, daß nicht nur die Ausgaben des Kapitels Landwirtschaft hier in Rechnung zu stellen sind, daß jedenfalls auch ein beträchtlicher Teil — jedenfalls der Teil, der auf die Überschußproduktion entfällt — der Preisstützungen in Rechnung zu stellen ist, daß die in dieser Sparte am stärksten festzustellenden Steigerungen im Kapitel Soziale Verwaltung — sei es die Bauernpensionsversicherung, seien es die Ausgleichszulagen aus der Bauernpensionsversicherung oder seien es die Zuschüsse zur Krankenversicherung — in Rechnung zu stellen sind und daß schließlich das in Rechnung zu stellen ist, was an Familienförderung aus dem Budget erfolgt. Wenn Sie sich vorstellen, daß in diesem Bereich etwa 1,4 Milliarden Schilling der Familienförderung zufließen bei einem Aufkommen aus diesem Bereich von 70 Millionen Schilling, dann können Sie ersehen, ein wie großer Teil hier der Landwirtschaft aus guten Gründen zufließt. (Abg. Dr. Zittmayr: 2 Milliarden sind Erziehungskosten für die abwandernden Arbeitskräfte!)

Herr Abgeordneter Dr. Zittmayr! Sie können diese Fakten nicht leugnen, und ich bitte, sie fairerweise auch zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Kern: 5 Millionen für Propaganda! — Weitere Zwischenrufe.)

Der Herr Abgeordnete Peter hat davon gesprochen, daß eine sozusagen auf fünf Brettern zu führende Schachpartie vorliege. Ich würde das so modifizieren und sagen:

Mehrwertsteuer, Lohnsteuer, Zollausfall, Finanzausgleich sind Maßnahmen, die legalistisch bereits beschlossen sind. Ich gebe zu, daß hier ein dreiteiliger Prozeß vorliegt, nämlich einmal, die Maßnahme parlamentsreif zu machen, zum zweiten, sie zum Gesetz werden zu lassen, aber sicherlich auch dann sicherzustellen, daß sie in geeigneter Form vollzogen werden kann; aber jedenfalls nur mehr die dritte Phase ist ausständig.

Aber ich bitte, Herr Abgeordneter Peter, wenn Sie schon diese Punkte, wofür ich Ihnen sehr dankbar bin, anführen, doch auch anzuerkennen, eine wie große Belastung das für das Budget 1973 bedeutet hat und daß man das Budget 1973 doch nicht beurteilen, kritisieren und charakterisieren kann, ohne in Rechnung zu stellen, daß das alles in ihm seinen Niederschlag gefunden hat.

Bundesminister Dr. Androsch

Ich stimme auch vollkommen mit Ihnen überein, daß der Preisauftrieb und die Bekämpfung des Preisauftriebes, sozusagen — wenn ich bei Ihrem Bild bleiben kann — die fünfte und schwierigste Partie noch geraume Zeit dauern wird, nämlich jedenfalls so lange, bis man international auf einen niedrigeren Preissockel herunterkommt.

Im Zusammenhang damit möchte ich noch auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Sandmeier eingehen, der in einem Zwischenruf hinsichtlich der günstigen Wirtschaftslage, die sich in einem Wirtschaftswachstum von 7,8 Prozent 1970, von 5,2 Prozent 1971, von etwa 5,6 Prozent im heurigen Jahr und von voraussichtlich 5 Prozent im kommenden Jahr niedergeschlagen hat und niederschlagen wird, gemeint hat, daß wir diesbezüglich sozusagen noch von den Leistungen der ÖVP-Regierung leben.

Dazu kann ich nur sagen: Diese Bundesregierung bekennt sich zur uneingeschränkten Verantwortung für Erfolge und Mißerfolge. Aber wenn es so ist, Herr Abgeordneter, daß diese Erfolge noch auf Ihre Tätigkeit zurückgehen, dann gehen die Preissteigerungen auch noch auf Ihre Tätigkeit zurück! (Abg. Sandmeier: Das ist sehr primitiv! — Abg. Doktor Kaimel: Herr Finanzminister! Aber den OECD-Bericht wegen der Preissteigerungen, den der Herr Kreisky zitiert hat, kennen Sie schon!) Herr Abgeordneter! Ich habe kofferweise Unterlagen. Ich möchte Ihre Zeit nicht dadurch beanspruchen, daß ich alles, was für die Regierung — und das ist sehr viel — an Positivem international vermerkt wurde, hier zitatweise zur Verlesung bringe. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Kaimel: Preissteigerungen!)

Herr Abgeordneter Dr. Pelikan! Ich habe zum Haushaltrecht in der Budgetrede nicht mehr gesagt, weil es mein Plan war, so rasch wie möglich das Haushaltrecht, das Bundesrechenamtsgesetz, das Bundesförderungsgesetz parlamentsreif zu machen. Das ist gelungen. Sie werden sicherlich gemerkt haben, daß es bereits im Haus liegt. Ich darf das Hohe Haus bitten, eine möglichst rasche Beratung vorzunehmen, um die Möglichkeit zu schaffen, bereits das Budget 1974 nach den neuen haushaltrechtlichen Bestimmungen zu erstellen.

Ich darf diesbezüglich aber eine weitere Anregung aufgreifen. Herr Abgeordneter Peter! Wir haben sowohl im Jahre 1971 wie auch 1972 auf freiwilliger Basis, das heißt, ohne daß eine gesetzliche Norm dafür bestünde, einen Bericht über die wirtschaftliche Lage vorgelegt. Ich darf sagen, daß wir dazu auch im Jahre 1973 selbstverständlich bereit sind

und ich mir darüber hinaus vorstellen kann, daß man da, wenn es die Mehrheit des Hauses will, eine gesetzliche Norm in das Haushaltrecht aufnimmt, um das nicht sozusagen nur auf freiwilliger Basis seitens der Regierung bewenden zu lassen, sondern als einen klaren Gesetzesauftrag zu formulieren. (Beifall bei der SPÖ und des Abg. Peter.)

Das wären einige Feststellungen zu den aktuellen Anlässen gewesen.

Gestatten Sie mir aber zum Abschluß noch auf zwei grundsätzliche Probleme hinzuweisen, auf Probleme, die sich mit zunehmender Schärfe stellen werden, deren Problematik zunehmend brennend wird:

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet werden wir in zunehmendem Maße mit dem Problem konfrontiert, wie man im nationalen Bereich Wirtschaftspolitik angesichts der immer stärker werdenden Verflechtung und Integration der nationalen Volkswirtschaften im Rahmen einer Großraumwirtschaft wird betreiben können. Ich darf das an einem Beispiel demonstrieren: Die großen Konzerne, die man multinationale Konzerne nennt, agieren in ihrer Geschäftspolitik völlig zu Recht bereits über die Grenzen hinaus, und die nationalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind an die Grenzen gebunden.

Das Problem, das sich hiebei stellt, wird mit zunehmender Verflechtung immer brennender werden und wird in zunehmendem Maße und mit größerer Dringlichkeit über nationale Antworten erfordern. Ich mache mir gar keine Illusionen über die Schwierigkeiten, die es dabei gibt und geben wird, doch dieses Problem wird sich eben stellen.

Das zweite Problem, das sich ebenfalls mit zunehmender Schärfe stellen wird, betrifft eine Frage, auf die in einem Teilespekt Herr Abgeordneter Dr. Withalm heute hingewiesen hat. Er hat auf den Bereich der älteren Menschen und die Vorsorge für diesen Bereich in materieller und auch — ich habe es so verstanden — immaterieller Sicht hingewiesen.

Das ist nur ein Bereich. Wir können hier eine ganze Fülle aufzählen: die Gesundheitspolitik für Mütter und Säuglinge, die Betreuung der Kinder im vorschulpflichtigen Alter, im schulpflichtigen Alter, an den Hochschulen, die Frage der Nahverkehrs- und Massenverkehrsmittel, die Frage des Umweltschutzes im weitesten Sinn, die Versorgung mit sonstigen Infrastruktureinrichtungen. Das ist eine Fülle von Problemen, deren Lösung zu einem großen Teil mit wachsenden Kosten verbunden ist. Von der Lösung dieser Probleme wird das abhängen, was man eben mit Lebensqualität oder angelsächsisch mit „quality of life“ um-

5718

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Bundesminister Dr. Androsch

schreibt. Das heißt: Wenn wir die Wohlstandsmehrung, die wir im privatwirtschaftlichen Sektor — dies jetzt wieder im weitesten Sinn verstanden — echt nutzen wollen beziehungsweise einen Nutzen davon haben wollen, wird das nur dann möglich sein, wenn die Komplementärelemente der Gemeinschaftseinrichtungen beziehungsweise der Infrastruktur entsprechend ausgebaut werden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sosehr Übereinstimmung darüber bestehen wird, daß diese Überlegungen zu treffen werden, werden sie nicht erfüllt werden können, indem man sagt, daß das gleichzeitig mit geringeren Staatsleistungen geschehen muß oder daß geringere Staatsleistungen mit einem geringeren Steueraufkommen möglich sein werden. Man kann also nicht mit Recht sagen: Diese Gemeinschaftseinrichtungen, diese Einrichtungen, die die „quality of life“ bestimmen, gehören ausgebaut — bei jedem einzelnen Ressortkapitel sind viele solcher Wünsche angemeldet worden, viele solcher Hinweise erfolgt —, gleichzeitig aber sagen, daß die Summe dessen, was im Einzelfall als zu niedrig bezeichnet wurde, zu groß ist, während man gleichzeitig eine Fülle von Forderungen stellt, deren Erfüllung bewirken würde, daß die Einnahmen noch geringer werden. Das läßt sich auf diese Weise nicht lösen.

Wir werden daher darüber einen Konsensus finden müssen, was wir als Gemeinschaft bereit sind, an Steuerbelastungsquote hinzunehmen, um gleichzeitig zu gewährleisten, daß die Gemeinschaftseinrichtungen in jenem Maße ausgebaut werden, wie das auch in der Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Withalm heute zum Ausdruck gekommen ist. (*Lebhafter Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Koren.

Abgeordneter Dr. Koren (OVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister! Vielleicht darf ich nur ganz kurz auf Ihre letzten Ausführungen eingehen. Ich fürchte, Investitionen allein werden die „quality of life“ in der Zukunft nicht herstellen können. Es wird dazu auch einer Vermenschlichung unserer Gesellschaft bedürfen. Und auf diesem Gebiet haben wir gerade in den letzten Tagen relativ wenig Bereitschaft gefunden, dort, wo der Bürokratismus schon überwiegt, ein paar menschliche Züge mehr in die Gesetzgebung zu bekommen. Ich darf nur an die Sozialdebatte vom vergangenen Freitag erinnern. (*Zustimmung bei der OVP.*)

Nun zu Ihren Feststellungen bezüglich Internationalisierung der wirtschaftlichen Probleme: Im Grunde haben Sie recht. Allerdings ist das kein neues Problem, sondern der internationale Wirtschaftszusammenhang besteht seit Jahrzehnten. Er nimmt nur mehr zu, zweifellos. In der letzten Zeit fällt nur auf, daß er in vielen Ländern immer mehr zur wechselseitigen Ausrede für das Versagen der nationalen Wirtschaftspolitik herangezogen wird. Eine weitverbreitete Erscheinung, das gebe ich sehr, sehr gerne zu. Aber wir sollten auf diesem Weg nicht fortfahren, denn die Zeche, die man zahlen müßte, wenn man die jetzige internationale Entwicklung, nämlich die übersteigerten Inflationsraten, als unentnarrbares Schicksal betrachtet, wäre viel zu groß, wenn man damit nicht rechtzeitig fertig wird.

Herr Finanzminister! Ich muß bei Ihrer jetzigen Intervention wirklich sehr bedauern, daß auch Sie nicht über den Schatten springen können, daß auch Sie das Trauma Ihrer Fraktion gegenüber der Agrarbevölkerung nicht überwinden können. Man sollte doch nicht jener Bevölkerungsgruppe in unserem Lande, die seit mehr als 20 Jahren im stärksten Strukturprozeß steht, den es überhaupt gibt — keine andere Bevölkerungsgruppe ist auch nur annähernd im gleichen Ausmaß davon betroffen! —, ununterbrochen vorzurechnen versuchen — etwas, was es bei keiner anderen Gruppe gibt —, wie groß die Hilfe der Allgemeinheit für sie ist! (*Abg. K e r n: Beschämend ist so was!*) Wäre das Ergebnis der Politik so, daß diese Gruppe zufrieden sein könnte, dann würde ja dieser Strukturprozeß nicht stattfinden, sondern wir hätten wahrscheinlich die größten Schwierigkeiten damit, daß wir die Menschen nicht vom Land in die Stadt hereinbekommen können. Genau das Gegenteil aber ist seit 20 Jahren tatsächlich der Fall. Unser wirtschaftlicher Aufschwung in den letzten zwei Jahrzehnten wäre gar nicht denkbar gewesen, wenn nicht dieses Arbeitskräfteervoir der Landwirtschaft für die Expansion der übrigen Wirtschaft zur Verfügung gestanden wäre. (*Beifall bei der OVP. — Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Ich würde deshalb wirklich begrüßen, wenn wenigstens in der Zukunft auch dieses Trauma — ich weiß, es geht auf weit mehr als ein halbes Jahrhundert zurück — endlich überwunden werden könnte. Wir haben im letzten Jahrzehnt oder, wenn Sie wollen, in den letzten sechs oder sieben Jahren manche solche psychologische Krisensituationen, die aus der Vergangenheit ins Heute übertragen worden sind, überwunden und abgebaut. Warum nicht auch diese? (*Erneuter Beifall bei der OVP.*)

Dr. Koren

Herr Finanzminister! Die Feststellung schien mir zu billig in Ihrer Argumentation: Ja, wenn diese Regierung schon verantwortlich ist für Erfolg und Mißerfolg, dann für alles oder für gar nichts! Ich glaube, so einfach kann man es sich nicht machen. Ich bin der letzte, der jetzt hier zu Beckmessern beginnt und feststellen will: Wie weit sind Sie von der wirtschaftlichen Entwicklung getragen worden, die nicht Ihr Verdienst war, und wo beginnt Ihr Verdienst? Die Diskussion in dieser Budgetdebatte ist aber doch primär um die Frage gegangen, wie wir die Gegenwart bewältigen und wie wir vor allem die nächste Zukunft bewältigen werden. Und darauf sind Sie uns leider manche Antwort schuldig geblieben.

Auch über das, was Sie, Herr Finanzminister, sagten über die Öffentlichkeitsarbeit, will ich hier nicht streiten, denn mit Zahlen kann man bekanntlich trefflich streiten, nur eine Bemerkung dazu: Angetreten ist seinerzeit die Minderheitsregierung des Herrn Bundeskanzlers mit der Erklärung: „Keinen Groschen mehr für Öffentlichkeitsarbeit!“ Das war die dezidierte Erklärung. Heute kann man dieser Regierung viele Vorwürfe machen, nur einen nicht, daß sie das Geschäft der Öffentlichkeitsarbeit nicht verstanden. Das muß man neidlos anerkennen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zum Haushaltsrecht, Herr Finanzminister: Ich habe mit Vergnügen gesehen, daß die Regierungsvorlage eingebracht worden ist. Wären vor mehr als vier Jahren die Voraussetzungen auch nur annähernd ähnlich gewesen wie heute, dann hätten Sie das Haushaltsrecht nicht mehr einzubringen brauchen, denn vor vier Jahren war es schon einmal hier im Haus, es wurde ein halbes Jahr in einem Unterausschuß behandelt — Sie gehörten diesem Unterausschuß an — und dann wurde es eben nicht mehr weiterbehandelt, weil Ihre Fraktion erklärte, diese Frage interessiere jetzt nicht mehr, man habe andere Sorgen. Das nur zur historischen Klarstellung, daß die Vorlage über ein Haushaltsgesetz keine Neuschöpfung ist. Sicher wird das Gesetz anders ausschauen als vor vier Jahren, davon bin ich überzeugt, aber es ist kein Novum, wir hatten uns schon einmal damit auseinanderzusetzen.

Zum ganzen Budget als Generalaussage, Herr Finanzminister! Ich glaube, eines ist richtig, das wurde schon am Beginn der Budgetdebatte zum Ausdruck gebracht: Dieser Bundesvoranschlag ist der Haushalt, der mit den stärksten Unwägbarkeiten belastet ist, die in den letzten Jahrzehnten überhaupt einem Budget aufgelastet waren. Einerseits wegen der vielen grundlegenden Änderungen im Steuersystem, die Sie kurzfristig vorgenom-

men haben, zum anderen aber auch, weil die wirtschaftliche und konjunkturelle Situation nicht überschaubar ist. Aus einem zweiten Grund aber, Herr Finanzminister, deshalb, weil vom Tag der Einbringung des Budgets ins Haus bis zum vergangenen Freitag eine Menge Änderungen an diesem Haushalt vorgenommen worden sind, die in dem, was Sie in einer halben Stunde oder in einer Viertelstunde beschließen werden, überhaupt keinen Ausdruck gefunden haben. Das heißt, das Budget, das beschlossen wird, ist längst durch zwischenzeitige Beschlüsse außer Kraft gesetzt, überholt, verändert und abgeändert worden, in einem Ausmaß wie selten bisher.

Am Ende dieser Budgetdebatte, am Ende der Auseinandersetzung der Opposition mit der Regierung, über deren Sinn ich später noch ein paar Worte verlieren möchte, wird selbstverständlich die Bestätigung der Regierungspolitik — denn um diese Auseinandersetzung ging es ja — durch die Regierungsmehrheit stehen. Das Ergebnis dieser Debatte ist aber, glaube ich, dennoch ein anderes als vor einem Jahr. Damals ist die Regierungspartei noch von einem kräftigen Aufwind getragen worden, vom Aufwind der eben errungenen absoluten Mehrheit und von der nahezu problemfreien wirtschaftlichen Entwicklung unterstützt. Wie es gar nicht anders zu erwarten war, ist Ihre Götterdämmerung im Bereich der Wirtschaftspolitik eingetreten.

Ich will nicht zu lange aufhalten, sondern nur daran erinnern, daß wirtschaftspolitische Maßnahmen dieser Regierung von der Opposition geradezu mit Macht erzwungen werden mußten. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das war so bei dem Begleitprogramm zur Mehrwertsteuer, über das im Juni verhandelt wurde, zu dem nur unsere Vorschläge, aber nicht ein einziger der Regierung vorlagen. Das war so beim EWG-Begleitprogramm, wo die gleiche Vorgangsweise galt, daß wir unsere Vorschläge präsentierte, aber nicht einen einzigen der Regierung bekommen haben. Und das war letztlich so beim Stabilisierungsprogramm, daß wir eineinhalb Jahre lang von Ihnen immer wieder gefordert haben, mit dieser Forderung aber abgelehnt wurden und nun doch in letzter Minute, hoffentlich nicht zu spät, bei Ihnen durchgedrungen sind. Bisher hat ja entgegen allen Warnungen und allen Überlegungen bis zum Tag seiner Budgetrede der Finanzminister die Entwicklung, die Gefahren und die Probleme, die vor uns liegen, nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Ich glaube, schneller und nachdrücklicher hat noch nie ein Finanzminister im Verlauf der Budgetverhandlungen seinen eigenen Standpunkt revidieren müssen.

Dr. Koren

Am 18. Oktober, am Tag der Budgetrede, war Ihre Welt, Herr Finanzminister, noch heil. Sie präsentierten ein Budget der großen Reformen; es war Ihrer Aussage nach konjunkturgerecht, wenn es um die Globalaussagen gegangen ist; es war fortschrittlich, das heißt expansiv, wenn es um die Detailbereiche gegangen ist.

Diese Illusion hat aber nur ein paar Tage gedauert, denn die Alarmmeldungen, die dann von der Preisfront gekommen sind, haben das Kartenhaus dieser Illusionen sehr plötzlich zum Einsturz gebracht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Kurze Zeit später hat der Herr Bundeskanzler den Reformstopp verfügen müssen. Sie selbst, Herr Minister, haben die Mobilmachung gegen die Preise ausgerufen, also die Mobilmachung gegen einen Gegner, den Sie bis zuletzt eigentlich nicht wahrhaben wollten. Mit diesem Akt, glaube ich, haben Sie selbst das bis dahin unverrückbare Dogma vom absoluten Vorrang der Wachstumspolitik — über Nacht scheinbar, wie sich jetzt herausstellt — vom Sockel gestürzt. Ich sage deshalb „scheinbar“, Herr Finanzminister, weil in Ihrer heutigen Erklärung wiederum eine neue Definition von Stabilität Eingang gefunden hat.

Lange Zeit war es Grundsatz und Alternative der Regierung — besonders der Herr Bundeskanzler rief es in die Menge —: Wollt ihr Inflation oder wollt ihr Massenarbeitslosigkeit?

Dann haben Sie, etwas subtiler, Herr Finanzminister, die Formel von der relativen Stabilität erfunden, was heißen soll, man solle etwa im Gleichgewicht mit anderen Ländern leben.

Und heute haben Sie eine neue Formel präsentiert, die da lautet, daß es „im Interesse der Vollbeschäftigung und eines optimalen Wirtschaftswachstums Ziel der Wirtschaftspolitik sein muß, ein größtmögliches Ausmaß an relativer Stabilität sicherzustellen“. Das, fürchte ich, ist schon wieder eindeutig ein Rückzieher gegenüber den Erklärungen, die noch vor wenigen Wochen von Ihnen abgegeben wurden, daß jetzt endlich in dieser — ich will es nicht eskalieren — doch mehr als bedrohlichen Situation Stabilitätspolitik Vorrang haben soll, wo Ihnen selbst die Leitartikel Ihres Parteiblattes nahelegen, doch endlich von Über- auf Vollbeschäftigung zurückzugehen. So schaffen Sie eine neue Formel, die sich nun größtmögliche relative Stabilität zum Ziel setzt. Das heißt, wenn ich es extrem interpretiere, daß dann wahrscheinlich die höchste Inflationsrate in Westeuropa noch genau diejenige ist, die in dieser Formel unterzubringen ist. Das halte ich von vornherein für eine Kapitulation gegenüber den Proble-

men, vor denen wir stehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Ich glaube, es ist bemerkenswert an dieser Budgetdebatte gewesen, daß nicht allein die Opposition Kritik an der Wirtschaftspolitik und am Budget geübt hat, sondern Fachleute aller Lager; sogar Ihr Parteiblatt war darunter. Experten und Wirtschaftsjournalisten haben Ihnen in diesen letzten Wochen mit seltener Einmütigkeit, die es kaum in einer anderen vergleichbaren Periode unseres Landes gegeben hat, bescheinigt, daß Ihr Budget falsch konzipiert ist, daß es expansiv ist und daß Sie 1972 — und nur davon reden wir — den falschen Weg in der Wirtschaftspolitik gegangen sind.

Ich glaube, das Ausmaß der Ernüchterung haben Sie ja selbst in den letzten Wochen deutlich und klar feststellen können. Denn Ihre Politik ist eindeutig unglaublich geworden. Sie sind von den Ereignissen überrollt worden. Das bedeutet aber auch, daß damit für Sie eine Verantwortung gekommen ist, die Sie begreiflicherweise zum Teil auf andere Schultern abladen wollen.

In den letzten Wochen haben Sie versucht, die Verantwortung für das Versagen Ihrer Wirtschaftspolitik weitgehend auf andere zu übertragen. Die Notmaßnahmen, die seither gesetzt worden sind, verlangen — das ist klar — Opfer von allen, Opfer, die erspart werden hätten können, wenn Sie rechtzeitig gehandelt hätten. Ich sage hier ausdrücklich, Herr Finanzminister: Wir bekennen uns dennoch zu den Maßnahmen, die gesetzt worden sind, wenn sie auch spät gesetzt worden sind. Nur eines möchte ich ebenso klarstellen: Die Verantwortung, die daraus erfließt, trägt die Bundesregierung. Die tragen Sie! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Herr Finanzminister! Noch eines, das mich — das sage ich offen — ziemlich tief getroffen hat: Ihre Teilnahme an der Fernsehshow vom vergangenen Samstag. Vielleicht, Herr Finanzminister, war diese Premiere für Ihre künftige Laufbahn ein Erfolg. Aber als Finanzminister, der ernst genommen werden will und der ernst genommen werden muß — ich glaube, das ist eine Voraussetzung in einer Demokratie —, haben Sie sich, fürchte ich, damit disqualifiziert. Denn ich kann es nicht ernst nehmen, wenn ein Finanzminister der Republik Österreich, der eben die Mobilisierung an der Preisfront verkündet, der ernste Aussagen zu machen hat, in einer Showsendung ein wirtschaftspolitisches Niveau vertritt, das einfach seiner nicht würdig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich glaube, daß Politik als Showgeschäft, Politik als Unterhaltung und Politik auf Lang-

Dr. Koren

spielplatten einfach nicht der richtige Weg ist, das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit demokratischer Politik zu fördern. Jedenfalls scheint mir Ihre Haltung in einem krassen Widerspruch zu der Verantwortung zu stehen, die Sie in den letzten Wochen von allen anderen Gruppen in diesem Land erwartet und auch dokumentiert bekommen haben, ein Verhalten — und das nehme ich für uns in Anspruch —, das auch die Opposition in diesen letzten Wochen — und das war eine Belastung für diese Budgetdebatte — mit übernommen hat, eine Verantwortung, die wir mitgetragen haben.

Diese Budgetdebatte hat aber auch weiter zutage gebracht, daß die Maschinerie der „bestvorbereiteten Regierung“ nun an verschiedenen Ecken und Enden unrund zu laufen beginnt, daß der Stil, der seit dem Jahre 1970 scheinbar so erfolgreich gewesen ist, nun allmählich seine Fehler und Schwächen offenbart.

Hohes Haus! Es sind in diesem Saal noch nie so viele Gesetze aus Überheblichkeit, aus übersteigertem Selbstbewußtsein unüberlegt und unausgereift, nur um des Prinzips willen zum Beschuß erhoben worden wie im letzten halben Jahr. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich fürchte, Herr Bundeskanzler, daß sich in den letzten Monaten das Ende eines Stils anbahnt, der schlechthin der Stil Kreisky genannt werden wird; später einmal. Sie haben an den Anfang Ihrer Regierungstätigkeit ein von Ihnen seither oft zitiertes Wort von Herriot gesetzt: man müsse die Demokratie ununterbrochen in Bewegung halten. (*Abg. Dr. Kreisky: „Man stabilisiert die Demokratie, indem man sie in Bewegung hält“!*)

Herr Bundeskanzler, das war tatsächlich Ihr Stil in den letzten zwei Jahren, es war der Stil: Blickt hierhin, blickt dorthin, sieht dort nach, lauft hierher! Ständig neue Bilder, ständig neue Aufforderungen an die Gesellschaft, die nun allmählich fragt: Warum laufen wir noch? Wir zerreißen uns dabei nur die Schuhe! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Probleme, die dabei auftauchen, sind einfach übersehen worden. Sie werden immer deutlicher, und sie sind mit dem Gag des Augenblicks nicht mehr zu bewältigen.

Ich will die wirtschaftlichen Probleme, die einen Schwerbereich bilden, nicht noch einmal anführen: das Versagen in der Stabilisierung, das Fehlen einer wirklichen längerfristigen EWG-Politik. Sie haben allein in den letzten Monaten ein Debakel erlebt, eine ganze Reihe von Krampflösungen gesetzt — ich habe vorhin kurz davon gesprochen —, einfach deshalb, weil Ihr Stil Sie ja dazu gezwungen hat, zu-

erst die Baugrube auszuheben, dann die Grundmauern gießen zu lassen und sich dann erst ans Reißbrett zu setzen, um die Planung für dieses Haus zu beginnen. Das kann, von Ausnahmefällen abgesehen, beim besten Willen nicht gutgehen. (*Beifall bei der ÖVP.*) So ging es Ihnen bei den Schulbüchern, bei den Ortstafeln, bei der Stahlfusion, beim Ombudsman, bei den Steuergesetzen, die wir novelliert haben, bevor sie noch im Bundesrat gewesen sind, bei den Sozialgesetzen.

Und das Ergebnis war schließlich der Reformstop, das Einbekenntnis eines falschen Weges, falscher politischer Methoden und letztlich nicht erreichter politischer Ziele.

Das war aber auch, Herr Bundeskanzler, das Eingeständnis personeller Schwächen. Es zeigt sich deutlich, daß Ihre Politik zu sehr auf einen zugeschnittenen war und daß fast die Hälfte Ihrer „Astronauten“, wie Veselsky am Anfang Ihr Team nannte, längst zum Bodenpersonal versetzt gehört (*Beifall bei der ÖVP.*), daß Ihre Staatssekretäre längst nicht mehr eine Entlastung, sondern eine Belastung für Sie sind. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Jetzt werden diese personellen Mängel überdeutlich und sollen durch neue Gesichter vielleicht wieder behoben werden. Vielleicht wollen Sie damit nur von Schwachstellen ablenken.

Ich las in den Zeitungen, daß Sie über Weihnachten darüber nachdenken wollen, was geschehen solle. Ich sage Ihnen in aller Freimütigkeit, Herr Bundeskanzler: Das hat schon einmal ein Bundeskanzler gesagt, er wolle über Weihnachten nachdenken. (*Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie werden nicht davon ablenken können, daß die einstige Mannschaft der strahlenden Sieger doch teilweise ziemlich müde geworden ist und mehr Fußmarode mitgeschleppt, als für den Marsch durch die Durststrecke, vor der Sie stehen, günstig sein kann (*Beifall bei der ÖVP.*), denn die nächste Oase dürfte noch ziemlich weit entfernt sein. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Erlauben Sie mir, meine Damen und Herren, abschließend nur ein paar Worte zur Budgetdebatte selbst und zu den Überlegungen, die Klubobmann Peter zu Mittag zum Ausdruck gebracht hat.

Ich glaube, die heurige Budgetdebatte ist viel mehr im Feld der Kritik gestanden als in früheren Jahren, und zwar im Felde und im Schußfeld der Kritik sowohl bei uns Parlamentariern selbst als auch in der öffentlichen Meinung, in den öffentlichen Medien.

5722

Nationalrat XIII. GP — 61. Sitzung — 20. Dezember 1972

Dr. Koren

Ich möchte eines auf alle Fälle zum Ausdruck bringen, weil ich vielleicht vor zehn Tagen mißverstanden worden bin. Ich begrüße diese Kritik, denn nur aus der Kritik heraus kann eine Verbesserung erfolgen, allerdings aus einem Prozeß gegenseitiger Kritik, der fruchtbar wird. Ich wollte mich vorige Woche nicht als Beknitierter beschweren, sondern über Gefahren, die ich in einer Verallgemeinerung der Kritik an der Institution des Parlamentes sehe. Wir sitzen hier in einem Gremium, das gewohnt ist, untereinander harte Kritik zu üben, dabei gar nicht zimperlich zu sein, und selbstverständlich vertragen wir auch Kritik von außen. Uns geht es nicht um den einzelnen, nicht um die Person, die gut oder schlecht qualifiziert wird, sondern darum, daß nicht aus einer Verallgemeinerung die Institution als solche in die Kritik und damit in eine Gefahr für die Zukunft gebracht werden kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir werden die Frage der Reform der Budgetdebatte heute und hier nicht ausdiskutieren. Aber nur ein paar Bemerkungen dazu.

Ich fürchte, daß wir noch sehr viel darüber reden müssen, über den Inhalt der Debatten, der natürlich unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden muß: Eine Debatte hier in diesem Haus soll sowohl die große Debatte, die Schwerpunkte, die neuen Ideen, mit anderen Worten die brillanten Reden zu großen Fragen bringen. Dieses Parlament ist aber genauso der Ort, in dem auch die Fragen und Interessen, die Teile der Bevölkerung, die regionale Gruppen betreffen, zum Austrag kommen müssen, denn dazu sind wir hier als die Vertreter von Bundesländern, bestimmter Wahlkreise, als die Vertreter bestimmter Bevölkerungsgruppen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Diese Aufgaben stehen zum Teil im Widerspruch mit den Aufgaben der öffentlichen Medien, die nur für den einen Teil begreiflicherweise Interesse haben können, nicht aber für den anderen.

Ich glaube, daß die Reform einfach mehr Möglichkeiten schaffen muß, auch während eines Jahres zu der einen oder zu der anderen größeren politischen Frage ausreichend diskutieren zu können. Nur wenn es uns gelingt, im Rahmen der Geschäftsordnungsreform solche Aufgaben wie die große Anfrage, die große Besprechung, mehr Möglichkeiten, grundsätzliche Fragen zu diskutieren, lösen zu können, dann werden wir auch mit Fug und Recht als Opposition einer wesentlichen Konzentration der Budgetdebatte das Wort reden können: wenn wir andere Möglichkeiten der Auseinandersetzung hier finden können.

Ich glaube, daß diese Aufgabe ein gemeinsames Anliegen ist, nicht nur dieses Parlaments, sondern auch der Medien, die uns in dieser Aufgabe durch ihre Kritik positiv und negativ unterstützen können, die mithelfen können, daß wir zu besseren Formen und besseren Methoden kommen.

Meine Damen und Herren! Am Ende dieser Debatte darf ich, glaube ich, feststellen, daß sie schwere kritische Punkte in der gegenwärtigen Politik aufgezeigt hat. Es wird das nächste Jahr die Wirtschaft fraglos im Vordergrund stehen. Mit dem bisherigen Stil, den Sie angewendet haben, Herr Bundeskanzler, werden Sie allerdings die Probleme, die kommen, nicht bewältigen können. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Berichterstatter ein Schlußwort? — Es ist dies nicht der Fall.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XI.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Kapitel 50 mit dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlages, den Kapiteln 51 bis 53, dem Kapitel 54 einschließlich des dazugehörigen Teiles des Konjunkturausgleich-Voranschlages, den Kapiteln 55 bis 57, 59 und 73 bis 76 in der Fassung des Ausschußberichtes die Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. **A n g e n o m m e n.**

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über das Bundesfinanzgesetz und die dazugehörigen Anlagen, soweit über diese nicht bereits abgestimmt wurde — es sind dies die Anlagen I a bis I d, Gesamtübersichten, der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes und der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes, die beide je eine Anlage zum Bundesvoranschlag darstellen, und Anlage III, Dienstpostenplan —, in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Mit Mehrheit **a n g e n o m m e n.**

Damit ist die zweite Lesung über das Bundesfinanzgesetz 1973 samt Anlagen beendet.

Der Berichterstatter beantragt die sofortige Vornahme der dritten Lesung. Wird ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Ich bitte daher jene Frauen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich

Präsident

von den Sitzen zu erheben. — Dies ist die Mehrheit.

Der Gesetzentwurf ist mit allen Anlagen auch in dritter Lesung angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über alle zum Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 eingebrochenen Entschließungsanträge.

Ich werde zunächst die Abstimmung über die dem Ausschußbericht (546 der Beilagen) beigedruckten Entschließungsanträge vornehmen und sodann über jene, die in der Spezialdebatte eingebrochen wurden.

Wir gelangen also vorerst zur Abstimmung über die dem Ausschußbericht beigedruckten Entschließungsanträge.

Zur Beratungsgruppe III liegt ein Entschließungsantrag vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen. (E 25.)

Zur Beratungsgruppe V liegt ebenfalls ein Entschließungsantrag vor.

Ich bitte auch hier jene Damen und Herren, die diesem ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Ebenfalls einstimmig angenommen. (E 26.)

Ich lasse nunmehr über den Entschließungsantrag abstimmen, der zur Beratungsgruppe IX eingebrochen wurde.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. (E 27.)

Schließlich liegt noch zur Beratungsgruppe XIV ein Entschließungsantrag vor.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen. (E 28.)

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über jene Entschließungsanträge, die in der Spezialdebatte über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1973 eingebrochen wurden.

Eine Übersicht, in der die einzelnen Entschließungsanträge mit Nummern versehen wurden, ist allen Abgeordneten zugegangen. Ich werde über die Entschließungsanträge in dieser Reihenfolge abstimmen lassen.

Wir gelangen vorerst zur Abstimmung über den Entschließungsantrag Nummer 1 der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend Datenschutzgesetz. (S. 4437.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag beitreten, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 2: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kaufmann und Genossen betreffend Reduzierung der Repräsentationskosten der Regierungsmitglieder zugunsten der Entwicklungshilfe. (S. 4491.)

Wer diesem Entschließungsantrag beitreibt, bitte sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 3: Entschließungsantrag der Abgeordneten Glaser und Genossen betreffend Bericht über den Stand der Arbeiten und die Absichten der Bundesregierung auf dem Gebiete des Verkehrswesens. (S. 4631.)

Ich bitte, wer diesem Entschließungsantrag beitreibt, sich vom Sitz zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 4: Entschließungsantrag der Abgeordneten DDr. König und Genossen betreffend Vorlage eines langfristigen Energiekonzeptes. (S. 4655.)

Wer diesem beitreibt, bitte dies durch Aufstehen vom Sitz zu bekunden. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 5: Entschließungsantrag der Abgeordneten DDr. König und Genossen betreffend Einsatz von Beamten für Suchtgiftkämpfung. (S. 4752.)

Ich bitte auch hier jene, die diesem Antrag die Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 6: Entschließungsantrag der Abgeordneten DDr. König und Genossen betreffend Schutz der Intimsphäre des Staatsbürgers und Wahrung der Kontrolle der Regierung durch das Parlament. (S. 4897.)

Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung gibt, möge sich vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 7: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Hanreich, Mitterer und Genossen betreffend Bevorratungsgesetz. (S. 4970.)

Wer diesem Entschließungsantrag die Zustimmung gibt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 8: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kotzina, Lukas, Dr. Schmidt und Genossen betreffend Verlängerung der Laufzeit von Krediten für Seenreinigung. (S. 5078.)

Präsident

Wer diesem Antrag beitritt, möge dies durch Aufstehen vom Sitz bekunden. — Einstimmig angenommen. (E 29.)

Nummer 9: Entschließungsantrag der Abgeordneten Hahn und Genossen betreffend Untersuchungen für Wiener Stadtautobahnprojekte. (S. 5109.)

Wer diesem Entschließungsantrag beitritt, möge dies durch Erheben vom Sitz bekunden. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 10: Entschließungsantrag der Abgeordneten Meißl und Genossen betreffend Treibstoffverbilligung in der Landwirtschaft. (S. 5130.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag beitreten, sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 11: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Tschida und Genossen betreffend Verbilligung des Diesels für die Land- und Forstwirtschaft. (S. 5145.)

Wer diesem Antrag beitritt, möge sich vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 12: Entschließungsantrag der Abgeordneten Brunner und Genossen betreffend die widmungsgemäße Verwendung der Absatzförderungsmittel in der Milchwirtschaft. (S. 5183.)

Wer diesem Antrag beitritt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 13: Entschließungsantrag der Abgeordneten Hietl und Genossen betreffend Maßnahmen zur Erhaltung der Kulturlandschaft. (S. 5206.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 14: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer betreffend Verbesserung des Kindergarten-systems. (S. 5454.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag die Zustimmung geben, sich von ihrem Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 15: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen betreffend Anpassung der Schüler- und Heimbeihilfen an die steigenden Ausbildungskosten. (S. 5473.)

Ich bitte auch hier jene Damen und Herren, die zustimmen, sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 16: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen be-

treffend Ausschreibungen von Dienstposten für Hochschullehrer. (S. 5522.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag beitreten, sich von den Sitzen zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 17: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend Erlaß fehlender Studienordnungen und Vorlage des Studiengesetzes für das Studium der Rechtswissenschaften. (S. 5523.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 18: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Ermacora und Genossen betreffend Unsicherheit in der Verwaltungspraxis hinsichtlich der Professoren neuen Typs. (S. 5523.)

Wer diesem Antrag beitritt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 19: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen betreffend Anpassung der Studienbeihilfen an die steigenden Ausbildungs- und Lebenshaltungskosten. (S. 5554.)

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 20: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen betreffend die Errichtung eines umfassenden technisch-wissenschaftlichen Dokumentationszentrums. (S. 5555.)

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 21: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Blenk und Genossen betreffend forcierter Ausbau des Bibliothekswesens an den Hochschulen. (S. 5556.)

Ich bitte, wer diesem Antrag zustimmt, sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 22: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Johanna Bayer und Genossen betreffend Universität Wien, Erweiterung. (S. 5566.)

Wer diesem Antrag zustimmt, möge dies bitte durch Aufstehen vom Sitz bekunden. — Minderheit. Abgelehnt.

Nummer 23: Entschließungsantrag der Abgeordneten Wedenig und Genossen betreffend EWG-Arbeitsmarkt-Anpassungsprogramm. (S. 5596.)

Präsident

Wer diesem Entschließungsantrag beitritt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. A b g e l e h n t.

Nummer 24: Entschließungsantrag der Abgeordneten Kinzl und Genossen betreffend Berechnung des landwirtschaftlichen Einkommens in der Arbeitslosenversicherung. (S. 5626.)

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. A b g e l e h n t.

Nummer 25: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen betreffend Vorlage eines jährlichen Berichtes über die Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes. (S. 5633.)

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. A b g e l e h n t.

Nummer 26: Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Zittmayr und Genossen betreffend den pauschalen Vorsteuerabzug bei der Mehrwertsteuer in der Land- und Forstwirtschaft. (S. 5714.)

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, möge sich bitte vom Sitz erheben. — Minderheit. A b g e l e h n t.

Nummer 27: Entschließungsantrag der Abgeordneten Peter und Genossen betreffend steuerpolitische Maßnahmen im Hinblick auf die Forschungsförderung. (S. 5698.)

Wer diesem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich, sich vom Sitz zu erheben. — Minderheit. A b g e l e h n t.

Einlauf

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage:

Bundesgesetz, mit dem das Volksbegehrensgesetz geändert wird (599 der Beilagen) eingelangt ist.

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 der Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die n ä c h s t e Sitzung, die für Mittwoch, den 24. Jänner 1973, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Schlüßansprache

Präsident: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Erledigung der Tagesordnung dieser Sitzung haben wir die Arbeiten des Nationalrates im Jahre 1972 beendet. Ich will diese Gelegenheit nicht zu einem

Rückblick auf unsere Leistungen als Volksvertreter während der Herbsttagung verwenden, weil ja der Arbeitsrhythmus des Parlaments vom Kalenderjahr abweicht: Wir unterbrechen bekanntlich jetzt nur für einige Zeit die im Oktober begonnene Herbsttagung 1972/73, der sich dann die Frühjahrstagung 1973 anschließen wird.

Trotzdem darf ich diese Gelegenheit zu mehr als nur zum Ausdruck konventioneller Feiertagswünsche benützen. Die vergangenen Wochen haben uns allen und unseren Helfern eine ungeheure Arbeitslast beschert. Ich habe mir zusammenstellen lassen, wie viele Beratungsstunden vom Beginn der Herbsttagung, also vom 2. Oktober dieses Jahres — ohne Berücksichtigung der außerordentlichen Tagung im September —, bis heute aufgewendet wurden. Da zeigt sich, daß allein die Beratungszeiten der verschiedenen Ausschüsse und Unterausschüsse rund 220 Stunden ausmachten; nur etwas weniger beträgt die Summe der Sitzungen des Plenums, nämlich etwas über 200 Stunden. Bekanntlich müssen aber auch den meisten Plenarberatungen mehr oder minder ausführliche Klubsitzungen und den Ausschußberatungen intensive Fraktionsbesprechungen vorangehen. Alles in allem kann man also rechnen, daß in den drei Monaten Oktober, November und Dezember dieses Jahres mindestens 500 Stunden für verschiedenartigste Sitzungen aufgewendet worden sind.

Diese Zahlen, sehr geehrte Damen und Herren, sprechen eine deutliche Sprache. Sie spiegeln eine Arbeitslast wider, von der sich die breite Öffentlichkeit häufig keine zutreffende Vorstellung macht. Man darf ja nicht übersehen, daß jeder von uns auch außerhalb des Parlaments noch Tätigkeiten in seinem Wahlkreis und in den verschiedensten Organisationen auszuüben hat, daß unsere auswärtigen Kolleginnen und Kollegen oft viele Stunden auf der Bahn oder in anderen Verkehrsmitteln verbringen müssen, sodaß sich die angeführten Arbeitszeiten noch wesentlich vervielfachen. Bei solcher Anspannung der physischen und psychischen Kräfte jedes einzelnen darf es nicht wundern und sollte es auch nicht tragisch genommen werden, wenn das eine oder andere Mal die Nerven „durchgehen“.

Freilich, Hohes Haus, ist auch die Frage berechtigt, ob dies alles so sein muß und ob es unabänderlich so bleiben soll. In einer Zeit wie der unseren wird man das Streben nach rationellem Kräfteeinsatz nicht allein auf den Bereich des Wirtschaftslebens beschränken dürfen. Auch die Volksvertretung muß sich fragen, ob sie ihre Kräfte und die ihres Hilfsapparates so sparsam, so zweckmäßig und so

Präsident

zielführend wie nur irgendwie möglich einsetzt. Diesbezüglich steht — und das ist Ihnen, verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, ja allen hinlänglich bekannt — die Reform der Budgetdebatte am Ende eines jeden Jahres im Mittelpunkt der Erörterungen; auch heute wurde sie wieder angezogen. Aber freilich leider nur so lange, bis wieder die Zeiterteilung für die nächsten Budgetberatungen fällig ist.

Ich freue mich, daß die Herren Klubobmänner bei den Debattenbeiträgen auf diese Frage so deutlich hingewiesen haben. Ich habe mir vorher diese Frage auch zurechtgelegt, und ich möchte sagen:

Ich bin mir ebenso wie Sie bewußt, daß die alljährliche, breit angelegte Budgetdebatte der Opposition Gelegenheit zu einer Generalkritik der Regierungspolitik in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung bieten soll.

Aber ebenso klar ist uns doch allen, daß die Mehrheitsfraktion den von der Bundesregierung vorgelegten Haushaltsplan meist positiv diskutieren und ihm zustimmen wird, weil der Haushaltsplan das in Zahlen gegossene Regierungsprogramm für das kommende Finanzjahr darstellt, während die Opposition ihn aus eben diesem Grunde ganz oder teilweise ablehnen wird.

Sehr geehrte Damen und Herren! Anlässlich der Einführung der Fragestunde durch die Geschäftsordnungsreform 1961 waren sich alle Fraktionen dieses Hauses darüber einig, daß diese Neueinführung der Fragestunde eine „Entlastung der Budgetdebatte“ bewirken sollte.

Damals lautete ein Debattenbeitrag wörtlich:

„Während der 14tägigen Budgetdebatte überschütten wir jedes Jahr im Budgetausschuß mit den in einem Jahr angesammelten Beschwerden die Minister, die Bundesregierung und uns selbst, sodaß wir alle fast untergehen, und dann folgt die Debatte im Haus, wo ja wieder Einzelbeschwerden in großer Zahl vorgebracht werden, die dann meist noch dazu veraltet sind. Sie sind nicht entsprechend vorbereitet, sodaß man nicht einmal die richtige Antwort des zuständigen Ministers bekommen kann. Man kann also wirklich nur sagen: Die Einführung der Fragestunde wird eine Entlastung der Budgetdebatte herbeiführen können, wird dazu führen, daß wir die Budgetdebatte wirklich zu einer Budgetdebatte machen können, wo wir über die politischen Dinge reden, nicht über eine Fülle von kleinen Beschwerden, und wir werden dann Gelegenheit haben, in unmittelbarem Kontakt mit den Ministern konkrete Einzelfragen der Verwaltung zu besprechen.“

Sehr geehrte Damen und Herren! So einsichtsvolle Vorsätze wurden hier schon vor mehr als zehn Jahren, am 25. Mai 1961, gefaßt.

Heute kann man rückblickend nur mit Bedauern feststellen, daß nichts dergleichen eingetreten ist. Denn, Hohes Haus, und auch das muß mit aller Deutlichkeit ausgesprochen werden, die Reform dieser bei uns üblichen Budgetdebatte — andere Parlamente wenden für den gleichen Zweck viel weniger Zeit auf — ist keine Angelegenheit des Präsidenten und auch keine der jetzt wieder in Beratung stehenden Geschäftsordnungsreform. Jedem Abgeordneten muß es zunächst einmal freistehen, sich zum Wort zu melden und so lange zu sprechen, wie es ihm beliebt — es sei denn, das Hohe Haus faßt einen Beschuß auf Beschränkung der Redezeit oder gar auf Schluß der Debatte. Doch von diesen Möglichkeiten abgesehen ist es gute Tradition der Geschäftsordnung des österreichischen Parlaments, daß diese — zum Unterschied von solchen anderer Volksvertretungen — nur einen verhältnismäßig weitgesteckten Rahmen darstellt, innerhalb dessen sich freilich die einzelnen Abgeordneten und die Fraktionen eine weise Selbstbeschränkung auferlegen können oder, wenn Sie wollen, sogar sollen.

Der Rückblick auf die letzten Wochen angespanntester Tätigkeit in diesem Hause soll uns allen, sehr geehrte Damen und Herren, eine Mahnung sein, es nicht bei guten Vorsätzen bewenden zu lassen. Ich habe mir deshalb vorgenommen, gleich zu Beginn des kommenden Jahres die Frage einer rationaleren, kräftesparenderen und womöglich noch zielstrebigeren Arbeitsweise des Nationalrates wieder — es ist ja schon einige Male geschehen — mit den Herren Klubobmännern zu besprechen, sei es, daß sich die Präsidialkonferenz eingehender mit diesem Thema befaßt oder daß das von dieser eingesetzte Komitee zur Vorberatung der Geschäftsordnungsreform, dem ja auch alle Herren Klubobmänner angehören, dieses Problem in seine Erörterungen mit einbezieht.

Es ist sicher richtig, daß in diesem Hause die politischen Meinungsverschiedenheiten ausgetragen werden müssen, daß es mitunter heftige Debatten geben kann und daß die Opposition eine wirksame Kontrolle ausüben soll. Aber es kann keinen Sinn haben, daß wir einander wechselseitig gesundheitlich und nervlich sozusagen „fertigmachen“.

Mögen uns, sehr geehrte Damen und Herren, die kommenden Wochen des Weihnachtsfestes und des Jahreswechsels Gelegenheit zu Muße und Besinnung auf das, was not tut,

Präsident

bieten. Sie sollen uns gleichzeitig die so notwendige Erholung unserer Kräfte ermöglichen.

Darf ich Ihnen daher, sehr geehrte Damen und Herren, in diesem Sinne ein freudenreiches Weihnachtsfest sowie Glück, Gesundheit und insbesondere auch Erfolg im kommenden Jahr bei der gemeinsamen Tätigkeit für die Bevölkerung unserer schönen Heimat, für die Republik Österreich, wünschen.

In Ihrer aller Namen richte ich diese Wünsche und den Dank auch an alle unsere Helfer, an die Beamten und Angestellten dieses Hauses, die uns wieder in dankenswerter Weise und insbesondere in der letzten Zeit manchmal bis an die Grenze der Erschöpfung zur Seite gestanden sind.

Ich danke ebenso den Damen und Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen, daß sie das hier Geschehene an unsere Bevölkerung weitergeben.

Schließlich gilt mein Gruß in Ihrer aller Namen allen unseren Landsleuten in Stadt und Land und auch jenen, die außerhalb der Grenzen unserer Heimat wohnen: Ein schönes Weihnachtsfest und ein glückliches Jahr 1973 allen Österreicherinnen und Österreichern!

Die Sitzung ist geschlossen. (*Allgemeiner anhaltender Beifall.*)

Unter dem Beifall des Hauses begeben sich die Klubobmänner Gratz, Dr. Koren und Peter zum Präsidenten und erwidern im Namen ihrer Klubs die Wünsche.

Schlufß der Sitzung: 15 Uhr 40 Minuten